



26. Sitzung

Mittwoch, 9. März 2005

Vorsitzende: Präsident Berndt Röder, Erste Vizepräsidentin Barbara Duden, Vizepräsidentin Bettina Bliebenich und Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe

Inhalt:

Mitteilungen des Präsidenten	1291 A	Wahl einer oder eines Deputierten der Finanzbehörde	
Gedenken und Schweigeminute zum Tode der ehemaligen Abgeordneten und Senatorin Paula Karpinski	1291 A	– Drs 18/1919 –	1298 A
Abwicklung, Änderung und Ergänzung der Tagesordnung	1291 B	Ergebnisse	1304 D
Aktuelle Stunde	1291 B	Antrag der Fraktion der GAL: Umsetzung des Kyoto-Protokolls in Hamburg – Drs 18/1852 –	1298 B
Faktionen der CDU, SPD und GAL:		dazu	
Vernachlässigung von Kindern – was muss Politik tun?		Antrag der Fraktion der SPD: Umsetzung des Kyoto-Protokolls in Hamburg – Drs 18/1916 –	1298 B
Marcus Weinberg CDU	1291 C	Christian Maaß GAL	1298 C, 1303 C
Michael Neumann SPD	1292 B	Hartmut Engels CDU	1300 C, 1303 D
Christa Goetsch GAL	1292 D	Dr. Monika Schaal SPD	1301 C
Alexandra Dinges-Dierig, Senatorin	1293 C	Jens Kerstan GAL	1304 C
Britta Ernst SPD	1294 C	Beschlüsse	1304 D
Christiane Blömeke GAL	1295 B	Bericht des Haushaltausschusses:	
Dr. Roger Kusch, Senator	1295 D	Sonderinvestitionsprogramm "Hamburg 2010" – Drs 18/1763 –	1305 A
Stefanie Strasburger CDU	1296 C	und	
Rüdiger Schulz SPD	1297 A	Bericht des Haushaltausschusses:	
Doris Mandel SPD	1297 C	Sonderinvestitionsprogramm "Hamburg 2010" – Drs 18/1764 –	1305 A
Thomas Böwer SPD	1298 A	Rüdiger Kruse CDU	1305 A
Unterrichtung durch den Präsidenten der Bürgerschaft:		Jan Peter Riecken SPD	1305 C, 1308 D
Wahl einer oder eines Deputierten der Justizbehörde – Drs 18/1882 –	1298 A	Dr. Willfried Maier GAL	1306 D, 1309 B
und		Gunnar Uldall, Senator	1307 D
Unterrichtung durch den Präsidenten der Bürgerschaft:		Beschlüsse	1309 D

Antrag der Fraktion der SPD:		Dr. Karin von Welck, Senatorin	1328 B
Ablehnung der EU-Richtlinie über Dienstleistungen		Besprechung erfolgt	1329 D
– Drs 18/1836 –	1309 D	Große Anfrage der Fraktion der SPD:	
dazu		Internetportal hamburg.de	
Antrag der Fraktion der GAL:		– Drs 18/1690 –	1330 A
Überarbeitung der Dienstleistungsrichtlinie		Uwe Grund SPD	1330 A
– Drs 18/1911 –	1310 A	Kai Voet van Vormizeele CDU	1331 A
Hans-Christoff Dees SPD	1310 A, 1316 B	Farid Müller GAL	1332 B
Rolf Harlinghausen CDU	1311 C	Gesine Dräger SPD	1333 C
Manuel Sarrazin GAL	1312 D, 1317 A	Beschluss	1334 C
Barbara Ahrons CDU	1315 A		
Beschluss	1317 B		
Antrag der Fraktion der CDU:			
10°Kunst: Den Weg über die Kunstmeile in die HafenCity erlebbar machen			
– Drs 18/1846 –	1317 B		
Brigitta Martens CDU	1317 B		
Tanja Bestmann SPD	1318 C		
Dr. Willfried Maier GAL	1319 A		
Beschlüsse	1319 C		
Bericht des			
Stadtentwicklungsausschusses:			
Ortsumgehung Finkenwerder			
– Drs 18/1733 –	1319 D		
und			
Bericht des			
Stadtentwicklungsausschusses:			
67. Änderung des Flächen-nutzungsplans und 51. Änderung des Landschaftsschutzprogramms			
– Drs 18/1734 –	1319 D		
Heiko Hecht CDU	1320 A		
Barbara Duden SPD	1320 C, 1323 D		
Jörg Lühmann GAL	1321 C, 1324 B		
Gunnar Uldall, Senator	1322 C		
Beschlüsse	1324 C		
Große Anfrage der Fraktion der CDU:			
Kunstbestände in den Archiven und Depots der Hamburger Museumsstiftungen			
– Drs 18/1616 –	1324 D		
Wolfgang Drews CDU	1324 D		
Dr. Dorothee Stapelfeldt SPD	1326 B		
Dr. Willfried Maier GAL	1327 C		

A **Beginn: 15.00 Uhr**

Präsident Berndt Röder: Meine Damen und Herren! Die Sitzung ist eröffnet.

(Die Anwesenden erheben sich von ihren Plätzen.)

Paula Karpinski, langjährige Abgeordnete der Hamburger Bürgerschaft und erste Senatorin im ersten gewählten Senat der Freien und Hansestadt Hamburg im Nachkriegsdeutschland, ist gestern im Alter von 107 Jahren verstorben. Frau Senatorin a. D. Karpinski gehörte der Bürgerschaft als SPD-Abgeordnete von 1931 bis 1933 und von 1946 bis 1966 an. Die Bürgerschaft trauert um eine großartige Politikerin und Parlamentarierin. Als Frauen noch selten waren in der politischen Landschaft, war sie bereits 1931 Mitglied der Bürgerschaft. Im Juni 1933 wurde die Sozialdemokratin verhaftet und wenige Tage später entlassen. Nach dem Attentat auf Hitler am 20. Juli 1944 war sie sieben Wochen im KZ Fuhlsbüttel inhaftiert. Aber sie ist ihren politischen Weg unabbar weitergegangen.

In einer Zeit, als die Stadt in Trümmern lag, als Kleidung und Nahrung Mangelware waren, hat sie den Kindern, Jugendlichen und Kriegswaisen dieser Stadt durch ihren hohen persönlichen Einsatz für die Jugendpolitik Hoffnung gegeben. Durch Fleiß, Geduld und große Sachkenntnis hat sie sich als Mitglied der Bürgerschaft und des Senates große Anerkennung über die Partegrenzen hinweg erworben. Sie war eine Pionierin der Politik, die sich immer für die Belange der Frauen, Sozial-, Familien- und Jugendpolitik eingesetzt hat. Bis heute finden sich die Zeugnisse ihres politischen Wirkens, insbesondere in der Hamburger Jugendpolitik.

"Dort, wo ich meine Füße unter den Tisch stecke, fangen Gleichberechtigung und Demokratie an,"

war einer ihrer markanten Aussprüche. Welch hoher Anspruch, welch nachahmenswertes Ziel. Wir werden sie als engagierte Politikerin in Erinnerung behalten und ihr ein ehrendes Angedenken bewahren. Ich bitte Sie, in einer Minute des Schweigens der Verstorbenen zu gedenken.

Sie haben sich zu Ehren der Verstorbenen erhoben. Ich danke Ihnen.

Abweichend von der Empfehlung des Ältestenrates haben die Fraktionen vereinbart, dass die Tagesordnung um drei Punkte ergänzt werden soll. Es handelt sich um die Wahl einer oder eines Deputierten der Finanzbehörde, Drucksache 18/1919. Diese wurde als Tagesordnungspunkt 3 b nachträglich in die Tagesordnung aufgenommen. Außerdem handelt es sich um einen gemeinsamen Bericht des Europaausschusses und des Familien-, Kinder- und Jugendausschusses, Drucksache 18/1920. Er wurde als Tagesordnungspunkt 28 a nachträglich in die Tagesordnung eingestellt. Schließlich wurde die Tagesordnung um einen interfraktionellen Antrag ergänzt, nämlich um die Drucksache 18/1927. Sie wurde als Tagesordnungspunkt 53 nachträglich aufgenommen. Darüber hinaus sind die Fraktionen übereingekommen, dass Tagesordnungspunkt 3 vertagt werden soll. Es handelt sich um die Wahl eines Mitgliedes des Hamburger Verfassungsgerichtes.

Meine Damen und Herren! Wir kommen nun zur

Aktuellen Stunde

Dazu haben die drei Fraktionen gemeinsam ein Thema angemeldet, und zwar

Vernachlässigung von Kindern – was muss Politik tun?

Ich bin gebeten worden mitzuteilen, dass die vom Bürgermeister geleitete Delegation nach Jordanien aufgrund unvorhersehbarer Schwierigkeiten sich leider verspätet wird. Wird das Wort gewünscht? – Das ist der Fall. Der Abgeordnete Weinberg hat es.

Marcus Weinberg CDU:* Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Hamburg trauert und Hamburg ist fassungslos über den Tod des siebenjährigen Mädchens, der kleinen Jessica. Wir alle sind noch mitgenommen und bewegt von dem, was wir in den letzten Tagen zu erleben hatten. Ein Mädchen, gerade sieben Jahre alt, das noch nicht einmal die Schönheit dieser Welt kennen gelernt hat, schlimmer noch die Vorstellung, nicht einmal die Sonne gesehen hat. Das wirkt wie ein Roman aus dem 19. Jahrhundert, aus der Zeit der Industrialisierung und das Schlimme ist, dass es hier und heute passiert.

Darüber sachlich zu reden fällt schwer und man darf es auch nicht. Der Tod eines Kindes ist nicht sachlich. Es ist die schlimmste gesellschaftliche Urkatastrophe. Aus der Trauer heraus und mit der Trauer müssen und werden wir arbeiten. Daraus muss das Entsetzen und die Wut hergeleitet werden und die Motivation, einen Zustand zu ändern, der möglicherweise dieses gesellschaftliche Ereignis hervorgerufen hat, denn bei der Bewertung von Gesellschaften fragt man sich, wie diese mit ihren Kindern umgeht und was möglicherweise gesellschaftlich auf uns zukommen kann. Ist möglicherweise der Tod der kleinen Jessica nur die berühmte traurige Spitze des Eisberges? Was spielt sich hinter den großen Häusern ab? Welche Tendenzen der sozialen Verwahrlosung gibt es, der familiären Vernachlässigung und der moralisch-kulturellen Armut in dieser Stadt? Hier müssen wir uns mit dem Problem beschäftigen, dem Problem der Anonymität einer Gesellschaft, aber auch mit der Frage von Fehlern in einem Hilfesystem, denn – und das steht fest und man darf es nicht leugnen und nicht tabuisieren – es sind Fehler passiert, auch im Fall der kleinen Jessica. Hierüber ist offen zu reden. Man darf nicht verdrängen, denn wer verdrängt, der vergisst und wer vergisst, der wiederholt.

Wie konnte es sein, dass dreimal geklingelt wurde und dann ein Bußgeldbescheid eingerufen wurde? Wie konnte es sein, dass es keine Hinweise darauf gab, dass es bereits in Zeiten davor Probleme in der Familie gab? Warum gab es keine Vorstellung dieses Kindes bei den entsprechenden Stellen? Welche Verrücktheit ist es, dass die Couch geliefert, die Katze genährt und das Kind verhungert ist? Das sind die Fragen der nächsten Tage, Wochen und Monate, die wir uns auch hier politisch stellen müssen. Eine Gesellschaft kann es bei aller Veränderung, bei aller Anonymität, nicht zulassen, dass staatlicherseits möglicherweise Fehler im System liegen. Diese Fragen werden gestellt werden. Wir werden diese Fragen politisch aufarbeiten.

Das hat nichts mit Schuldzuweisungen zu tun, sondern die Frage ist, ob ein System so gut ist, wenn es dieses zulässt? Ist das System von REBUS so gut, dass es funktioniert hat oder möglicherweise versagt hat? Dieses wird passieren und daraus müssen Konsequenzen abgeleitet werden. Hier müssen Ziele definiert, keine Beden-

A ken geäußert werden, man muss konsequent sein und darf in dieser Frage nichts relativieren. Wir müssen dafür sorgen, dass, wenn Kinder zum 1. August eines Jahres zur Schule angemeldet werden, frühestens zwei Wochen nach Schulbeginn auch klar ist, wo diese Kinder sind. In einer Stadt wie Hamburg kann es nicht sein, dass über Monate hinweg Kinder nicht auftauchen.

Wir wollen und müssen darüber diskutieren, ob wir ein Netzwerk der einzelnen Institutionen der Hilfe schaffen, der Sozialhilfe, des Jugendamtes und der schulischen Hilfe. Wir müssen die Prävention ausbauen. Wir müssen dafür sorgen, dass von Zeit zu Zeit – so wie in Holland – Kinder auch vorgestellt werden, und zwar verbindlich vorgestellt werden, dass man weiß, dass es diesen Kindern gut geht, und wir müssen über Restriktionen nachdenken. All das erfordert eine Diskussion in dieser Stadt und hier sollte sich Politik auch nicht in kleinkarierte Reiterei zurückziehen. Man sollte nicht versuchen, Vorwürfe zu machen, um sie politisch zu nutzen. Wer will denn der Erste sein, der den berühmten Stein schmeißt?

Also, trauern wir und aus dieser Trauer heraus gilt es, über das Entsetzen, dass hier etwas falsch gelaufen ist, die möglichen politischen Folgerungen, die Konsequenzen zu ziehen. Also Aufklärung und Konsequenzen. Das ist das, was es jetzt einzufordern gilt und das ist das Mindeste, was wir der kleinen Jessica noch schuldig sind. – Vielen Dank.

(Beifall im ganzen Hause)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Neumann.

B

Michael Neumann SPD:* Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen, meine Herren! Der Tod der Kleinen Jessica hat uns Hamburger tief betroffen und macht uns fassungslos. Wir können und ich will mir auch gar nicht vorstellen, welche Leiden, welche Schmerzen dieser kleine Mensch hat durchmachen müssen. Ich stelle mir immer wieder die Frage, was wir hätten tun müssen, um dieses Kind zu retten. Ich stelle mir auch die Frage – ähnlich wie Herr Weinberg –, wie viele Kinder es in unserer Stadt gibt, die ähnlich furchtbare Schicksale erleiden oder erlitten haben und von denen wir auch nichts wissen. Von denen wir erst erfahren werden, wenn es zu spät ist und wenn vielleicht jemand Feuerwehr oder Polizei alarmiert. Es ist für mich auch nicht hinnehmbar, dass der Tod dieses Kindes unausweichlich gewesen sein soll. Es ist für mich nicht akzeptabel, dass alle alles richtig gemacht haben sollen, denn wenn alle alles richtig gemacht hätten, unabhängig von dem, was in Gesetzen steht, was in Vorschriften steht, dann würde dieses Kind heute noch leben.

Wir werden Gesetze ändern. Dazu sind wir gemeinsam bereit. Doch mögen wir sie verschärfen, mögen wir sie konsequenter auslegen, mögen wir auch Richtlinien noch konkreter formulieren, was bleibt, ist doch die traurige Gewissheit, dass wir Weichen in unserer Stadt auch politisch falsch gestellt haben. Das betrifft auch in Teilen die Rhetorik dieses Hauses.

Ich glaube, die These, Familie soll es für sich alleine richten, ist falsch, wie wir spätestens jetzt wissen. Natürlich stehen Familien in erster Linie in der Verantwortung. Wenn Familien dies aber nicht können, dann steht der Staat in der Pflicht. Wir haben in der Vergangenheit auch

C Sätze gehört, die lauteten, Sozialhilfeempfänger brauchen keine Kinderbetreuung, die können sich selbst kümmern. Ich glaube, das war falsch. Wenn wir jetzt in der ganzen Stadt – auch vom Bürgermeister – Appelle für mehr Zivilcourage, für mehr Aufmerksamkeit, für mehr Nachbarschaft in Hamburg hören, dann sage ich, dass es bei diesen Appellen nicht bleiben darf. Wir dürfen uns nicht nur dem modischen Lamento über fehlende Zivilcourage und veränderte Werte hingeben, sondern wir müssen auch hier als Politikerinnen und Politiker zur Verantwortung stehen und uns dazu bekennen. Wir dürfen auch nicht den Datenschutz, Verwaltungsvorschriften als Rechtfertigung für staatliches Nichthandeln oder auch für Staatsversagen vorschreiben.

Wir leben in einer Zeit, in der es modern geworden ist, von Eigenverantwortung, von Privatisierung und dem Rückzug des Staates zu reden. Aber ein kleiner Mensch kann eben keine Eigenverantwortung übernehmen und es sind die Kinder, die schwächsten und wehrlosesten, für die unser Staat, für die wir auch in diesem Parlament Verantwortung tragen. Wir dürfen nach außen nicht den Eindruck erwecken, dass wir uns drücken, diese Verantwortung wahrzunehmen. Deswegen muss jeder von uns auch die Frage beantworten: Haben wir unsere Pflicht getan? Haben wir die Erwartungen, die unser Amt, die wir auch an uns selbst stellen, erfüllt? Sind wir unserer Verantwortung vor und nach dem Tod der kleinen Jessica nachgekommen? Haben wir uns anständig verhalten? Das ist eine Frage, die wichtig ist für die politische Kultur unserer Stadt und das sind wir allen Kindern schuldig.

D Deshalb möchten wir Ihnen vorschlagen, dass die Verwaltung, die Behörde aufklärt, dass sie Arbeitsgruppen einsetzt, sodass auch wir als Bürgerschaft das zum Anlass nehmen, das nicht gleich wieder politisch mit Enquete-Kommissionen und parlamentarischen Untersuchungsausschüssen zu bewegen, sondern einen gemeinsamen Sonderausschuss einzusetzen, der die Hintergründe, die Ursachen dieser Tragödie aufklären soll und muss und damit in Zukunft, zumindest nach menschlichem Ermessen, eine Wiederholung ausschließt.

Aber es sind eben nicht nur Gesetze, es sind nicht nur Verordnungen, es geht auch um den Geist in unserer Stadt. Es geht darum, wie es in Hamburg politisch, moralisch weitergehen soll. Deshalb will ich auch ein klares Bekenntnis dafür ablegen, dass wir gesellschaftliche Verantwortung brauchen, dass wir aber auch den starken Staat brauchen, der mutig, der bereit ist, Verantwortung zu übernehmen, der nicht wegschaut und der die Schwachen und Wehrlosen schützt und sie nicht ihrem furchtbaren Schicksal überlässt. – Vielen Dank.

(Beifall im ganzen Hause)

Präsident Berndt Röder: Das Wort erhält die Abgeordnete Goetsch.

Christa Goetsch GAL: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Kinderschutz in Hamburg hat versagt. Wenn wir heute hier auf politischer Ebene debattieren, dann gibt es nur zwei grundsätzliche Fragen zu klären: Wo ist versagt worden und was ist zu tun, das in Zukunft zu verhindern? Es sind immer noch viele Einzelfragen offen: Wie konnte es dazu kommen, dass ein Kind ein halbes Jahr lang nicht in der Schule erscheint, wie kann ein Kind in der Großstadt verschwinden? Wie konnte es sein, dass außer wiederholtem Klingeln an der verschlos-

A senen Tür der Elternwohnung durch Mitarbeiter der Schulbehörde und außer einem Bußgeldverfahren nichts weiter unternommen wurde? Wie wird die Tätigkeit von REBUS beaufsichtigt? Wie ist die Rückmeldung an die Schulen, die Zusammenarbeit der Jugendämter und der Polizei geregelt? Wieso hat keiner der Beteiligten erkannt, dass das Nichterscheinen des Kindes ein Alarmzeichen war? Bisher haben wir die Informationen darüber in erster Linie der Presse entnommen. Die offenen Fragen und weiteren Details müssen aber Schulbehörde und Sozialbehörde gemeinsam aufklären und öffentlich darstellen und das wird spätestens nach Ostern in der Sondersitzung des Schul- und Jugendausschusses passieren. Das System hat, meine Damen und Herren, in diesem Fall versagt. Das gilt auch, wenn Einzelne Fehler gemacht haben, weil dann anscheinend Rückkoppelungen und Kontrollmechanismen nicht ausreichen.

Was folgt daraus? Politik und Behörden müssen alles tun, dass dieses nicht noch einmal passieren kann. Jetzt gibt es seit gestern, vor allem aus der Schulbehördenleitung, eine Menge Forderungen, vom Schulzwang bis zu einer neuen Datenbank. Aus unserer Sicht greift der Schulzwang zu kurz. Solider wäre eine ausführliche Analyse der Schwachstellen und Darstellung der Fehlerquellen gemeinsam mit allen Beteiligten auf Landes- und Bezirksebene. Das ist gestern durch eine Arbeitsgruppe vom Senat initiiert worden und das ist auch der richtige Weg. Dann müssen daraus Konsequenzen gezogen werden, sei es, systemische Fehler abzustellen und die verbindliche Koordination zwischen den Ämtern anzusehen, sei es die Verpflichtung für Schule und Jugendamt einzuführen, regelmäßig zusammenzuarbeiten, wie es

B bereits in Schleswig-Holstein und Bayern vorgeschrieben ist, sei es zum Beispiel Hilfe aus einer Hand zu organisieren, dass nicht an verschiedenen Stellen unterschiedliche Akten geführt werden, sei es auch – das würden wir als GAL-Fraktion ausdrücklich unterstützen, das muss allerdings auf Bundesebene geregelt werden – Frühindikatoren mit einzubeziehen, zum Beispiel Vorsorgeuntersuchungen von der Geburt an verpflichtend einzuführen und die Kinderärzte als Partner in ein Netz der Prävention mit einzubeziehen, sie dafür zu gewinnen, natürlich auch mit der Verbindlichkeit, dann an das Jugendamt heranzutreten, wenn die Eltern nicht kommen und sei es, nicht nachzulassen, die soziale Stadtteilentwicklung weiter zu betreiben, um kurze Wege für schnelle Hilfe gerade auch für solche psychiatrisch kranke oder unfähige Eltern zu ermöglichen.

Wir brauchen in jedem Fall staatliche Aufsicht und Kontrolle. Die Stadt hat dann eben die Verantwortung und die Pflicht, bei Hilfebedarf oder drohender Verwahrlosung einzugreifen, um des Kindeswohl, wie es in der Fachsprache heißt. Dann muss Staat, Jugendamt, entscheiden, ob ein Ganztagesplatz in der Krippe ausreicht, ob ein Platz im Kinderschutzhause angemessen ist oder ob auch ambulante Hilfen durch aufsuchende Sozialarbeiter zusätzlich nötig ist. Aber wichtig ist vor allem eines, auch meine Damen und Herren von der Regierung, dass wir nicht nur Daten brauchen, sondern eine ausreichende Zahl von Plätzen, von Personal, von Sozialarbeitern für vernachlässigte Kinder und Jugendliche, damit sie nicht aus unserem Blick geraten. – Danke.

(Beifall im ganzen Hause)

Präsident Berndt Röder: Das Wort erhält Senatorin Dinges-Dierig.

Senatorin Alexandra Dinges-Dierig: Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Jessica, ein Hamburger Kind aus unserer Mitte kam nach Jahren grausamer Misshandlungen ums Leben. Wir alle sind erschüttert und fassungslos. Wir alle fragen uns, wie das geschehen konnte. Wir alle fragen uns, ob es Möglichkeiten gegeben hätte, Jessica dieses Schicksal zu ersparen. Der Tod Jessicas führt uns drastisch vor Augen, dass wir das Netz der öffentlichen Hand, dessen Funktion immer auch ein Schutz vor Versagen im privaten Bereich ist, engmaschiger knüpfen müssen.

Was wissen wir heute über das Schicksal von Jessica nach einer Woche Aufklärungsarbeit? Was können wir alle tun, damit sich solche Schicksale nicht wiederholen?

Wir wissen heute, dass Jessica bereits vor der Geburt ein schweres Schicksal vorgezeichnet war. Als viertes Kind einer Mutter, die vermutlich – nach heutiger Sachlage – nicht in der Lage war und ist, Kinder in Verantwortung großzuziehen, kam Jessica 1997 zur Welt. Das erste Kind der allein erziehenden Mutter wurde im Alter von acht Monaten mit bereits erkennbaren Zeichen von Entwicklungsrückständen durch Verwahrlosung zur Adoption freigegeben. Die zwei Kinder aus erster Ehe wurden, nachdem der Ehemann die Scheidung mit der Begründung eingereicht hatte, seine Frau kümmere sich nicht genug um die Kinder, dem Vater zugesprochen. Wir wissen heute, dass auch Jessica keine Chance durch ihre Eltern bekam. Anzeichen für Auffälligkeiten im Leben dieser Familie in den ersten Lebensjahren des Kindes hat es gegeben, die heute jedoch nicht mehr rekonstruiert werden können.

Meine Damen und Herren! Den Versuch, sowohl die Anmeldung zur Schule als auch die Beschuldigung Jessicas zu erzwingen, unternahm im Januar und Februar 2004 die Schule Oppelner Straße mit – wie Sie wissen – insgesamt drei Schreiben. Dabei wurde ein Schüler der achten Klasse, der im gleichen Haus der Familie Schmidt wohnt, gebeten, dort den dritten Brief abzugeben. Der Schüler, obwohl er im gleichen Haus lebte, kannte Jessica auf Nachfrage nicht. Die Briefe blieben ohne Reaktion. Die Schule gab den Fall daraufhin an REBUS ab. Ein Mitarbeiter von REBUS in Billstedt versuchte im April dreimal erfolglos durch Hausbesuche die Familie zu kontaktieren. Er verbrachte einen Nachmittag mit der ergebnislosen Suche nach Informationen über Jessica im Haus, deren Anmeldung die Meldebehörde dort bestätigt hatte. Nachdem all dies erfolglos war, leitete der REBUS-Mitarbeiter Ende April ein Bußgeldverfahren ein, das ab Ende Mai lief.

Meine Damen und Herren! Dass dieses Verfahren hier ohne Einschaltung des Jugendamtes eingeleitet wurde, war aus heutiger Sicht eindeutig ein tragischer Irrtum, ein fataler Fehler, den ich zutiefst bedauere. Dieser Fehler führt uns zur Beantwortung der Frage, warum die Gefahr, in der sich Jessica, wie wir heute wissen, befand, nicht erkannt worden ist. Der REBUS-Mitarbeiter hat sein Urteil über diesen Fall von Schulabstinentz auf der Grundlage von Erfahrungswerten gefällt. Danach sind in Hamburg im vergangenen Jahr von 360 Erstklässlern, die trotz Aufforderung nicht angemeldet wurden, allein 170 Meldefehler gewesen. Fast jeder zweite Fall ist also einer, in dem nachlässige oder absichtlich falsche Anmeldung zu diesem Problem führt. Dieser Erfahrungswert und die Tatsache, dass vor Ort niemand und nichts über Jessica bekannt war, ja im Gegenteil, es gab Nachbarn, die davon

A überzeugt waren, dass es in dieser Wohnung noch nie ein Kind gab, hat zu dem furchtbaren Irrtum geführt. Dies hat den REBUS-Mitarbeiter davon abgehalten, sich mit dem Jugendamt in Verbindung zu setzen, wie es der Ermessensspielraum nach dem Kinder- und Jugendhilfegesetz als Möglichkeit vorsieht.

Meine Damen und Herren! Was können die Behörden im Bereich Schule tun, um einen solch tragischen Irrtum und seine furchtbaren Folgen in Zukunft soweit wie möglich auszuschließen? Ich denke, wir müssen zunächst einmal vorhandene Ermessensspielräume an wichtigen Stellen einschränken, und zwar so, wie ich in der vergangenen Woche gesagt habe, dass das Jugendamt in Zukunft immer einzuschalten ist, und zwar unverzüglich und schriftlich. Diesen Ermessensspielraum darf es hier nicht mehr geben.

Nach derzeitigter Sach- und Rechtslage kann das Jugendamt eine Nachschau in der Wohnung beziehungsweise in Gewahrsamnahme des Kindes bei Verdacht auf Gefährdung des Kindeswohls nach Einzelfallprüfung veranlassen. Sie sehen, dass wir auch hier darüber nachdenken müssen, wie wir diesen Ermessensspielraum vielleicht doch einschränken.

Weiterhin wird der Senat der Bürgerschaft auf meine Initiative hin vorschlagen, das Schulgesetz um eine Norm "Schulzwang" zu ergänzen. Dann können Kinder, deren Eltern sich der schriftlichen Aufforderung zur Vorstellung oder Anmeldung zur Schule widersetzen, oder auch Kinder und Jugendliche, die die Schulpflicht verletzen, durch die Bildungsbehörde mit Hilfe von Vollstreckungsbeamten, auch mit Hilfe der Polizei und Feuerwehr, vorgeführt werden. Das bedeutet eindeutig Zeitgewinn, wichtige Zeit, und das bedeutet auch, dass der Fall in den Händen einer verantwortlichen Stelle bleibt.

Meine Damen und Herren! Das wird jedoch nicht reichen, denn als Jessica schulpflichtig wurde, hatte sie bereits sechs lange Jahre Leiden hinter sich. Das dürfen und können wir so nicht hinnehmen. Deshalb ist es wichtig, dass wir Informationen über gefährdete Kinder und Familien, die in verschiedenen Behörden, teilweise über verschiedene Bezirke über die Jahre entstehen, besser vernetzen und den Mitarbeitern vor Ort, wie zum Beispiel REBUS-Mitarbeitern, den Zugriff auf diese Informationen erleichtern. Wir alle sind aufgefordert, zum Datenschutz ein differenzierteres Verhältnis aufzubauen. Ich denke, das Schicksal Jessicas beweist es uns. Deshalb wird eine bei der Justizbehörde angesiedelte senatsübergreifende Arbeitsgruppe den Aufbau eines vernetzten Dateninformationssystems prüfen. Hierbei gilt es, rechtliche Hürden zu erkennen und abzubauen, notfalls auch mit Initiativen auf Bundesebene. Insbesondere dieser raschere Datenabgleich der Sozial-, Jugend- und Gesundheitsämter sowie der Bildungsbehörde wird so ermöglicht. Informationen, wie zum Beispiel über die Mutter von Jessica mit ihren ersten drei Kindern, würden so nicht mehr unge nutzt bleiben. Parallel dazu wird die Bildungsbehörde den Aufbau eines zentralen Schülerregisters vorbereiten.

Meine Damen und Herren! Nach all dem bleibt aber bei vielen, auch bei mir persönlich, ein großes Stück Trauer und Entsetzen darüber, dass mitten unter uns ein solches Schicksal möglich ist. Ich meine, es ist deshalb abseits aller Möglichkeiten staatlicher Regelungen und Eingriffe unsere Pflicht, diesen Fall zum Anlass zu nehmen, für mehr Verantwortung zu werben, mehr Verantwortung, die jeder von uns in seinem Umfeld für Kinder wahrnehmen

C kann, für ihr Schicksal und für ihr Wohl. Der Fall Jessica muss eine Mahnung dafür werden, dass wir mehr Aufmerksamkeit und Zuwendungen, aber auch mehr Nachfrage und Vorsicht brauchen, um der wachsenden Unkultur des Wegschauens entgegenzuwirken. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt die Abgeordnete Ernst.

Britta Ernst SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Egal, wohin man geht in Hamburg und mit wem man spricht, immer wieder kommt das Gespräch auf den Tod von Jessica und seine Umstände. Nach wie vor sind viele Fragen offen und nicht geklärt. Es herrscht Entsetzen und Unverständnis darüber, wie Eltern ihr Kind so vernachlässigen und es sogar verhungern lassen können. Es bestürzt uns, ein siebenjähriges Kind, das so wenige Menschen kennen, dass fast niemand ein Bild mit diesem Kind verbinden kann. Deshalb fragen wir uns heute in dieser Debatte zu Recht, was hätte getan werden können, um diesen Tod zu verhindern. Als Abgeordnete fragen wir zu Recht, wie hätten staatliche Stellen anders agieren können.

D Im Kern steht nicht die Schulpolitik an erster Stelle, denn sie greift erst zu späteren Jahren. Die Eltern von Jessica waren im staatlichen Hilfesystem. Sie haben jahrelang von Sozialhilfe gelebt. Auch das Kind hat Sozialhilfe bezogen. Mehrfach sollen Jugendämter Hinweise auf die Vernachlässigung der Kinder geliefert haben. Diesen Hinweisen ist wohl nicht nachgegangen worden. Wir kennen zwar noch nicht alle Fakten. Aber wir kommen sehr entschieden zu dem Schluss, dass staatliche Stellen hier Fehler gemacht haben. Wir möchten nicht, dass diese beschönigt werden, und wir möchten auch nicht, dass durch schnelle Vorschläge von Gesetzesveränderungen der Eindruck erweckt wäre, dieser Fall hätte nicht vermieden werden können. Wer von anderen Verantwortung einfordert, muss sie auch selber tragen. Und das berührt diesen Fall.

Es gibt aber natürlich eine weitere Ebene, die uns Unbehagen verursacht, weil wir wissen, dass es viele vernachlässigte Kinder in Hamburg gibt, und wir wissen, dass die Hilfe sie oft nicht erreicht.

Wir haben in Hamburg sichergestellt, dass Vermieter die Miete direkt vom Sozialamt überwiesen bekommen, wenn nicht gezahlt wird. Wir haben aber nicht sichergestellt, dass Kindergeld und Sozialhilfe für Kinder direkt die Kinder erreichen. Das passt beides nicht zusammen.

Ein Mitarbeiter des Sozialamtes war in der Wohnung und hat sich vergewissert, dass die Eltern bei der Finanzierung einer Couchgarnitur Hilfe brauchten. Er hat diese Hilfe gewährt, aber der Hilfebedarf des Kindes ist unbemerkt geblieben. Auch das passt nicht zusammen.

Es zeigt, wir brauchen in Hamburg ein besseres, ein entschlosseneres Hilfesystem. Das Netz muss enger geknüpft werden.

Wer unterwegs ist, wie es viele von uns sind, und zuhört, kann tausende von Geschichten erfahren über Hilfe, die unterbleibt, die zu spät kommt, obwohl Menschen versucht haben, Hilfe für Kinder zu organisieren. Da endet man beim Telefonat mit nicht zuständigen Menschen,

- A Initiativen verzögern sich so lange, bis sie sinnlos geworden sind, und manchmal endet staatliches Handeln auch an der Haustür, wenn sie denn überhaupt so weit kommt. Manchmal enden Hilfeversuche aber auch, weil es keine Angebote gibt.

Wir sollten ein wenig von skandinavischen Ländern lernen, in denen das Kindeswohl mehr zum Maßstab von Politik und Handeln gemacht wird und bei dem auch an der Wohnungstür nicht Halt gemacht wird. Wir müssen uns allerdings klar darüber sein, dass es diese konsequente Politik für Kinder und Jugendliche nicht umsonst gibt. Wir brauchen nicht weniger Angebote, wir brauchen mehr, und wir müssen sie umgestalten, damit Kinder gesund, stark und gewaltfrei aufwachsen können.

Ich würde mir wünschen, wenn der Vorschlag von Herrn Neumann aufgegriffen wird und wir Gelegenheit haben, intensiv über diese Fragen zu diskutieren. Ich will zu Herrn Weinberg sagen, wir können die Debatte sachlich führen, aber sie wird nicht ohne Streit bleiben, weil wir nicht zu denen gehören, die unter dem Stichwort der Eigenverantwortung den Rückzug des Staates in Hamburg aus vielen Hilfesystemen betreiben. Das werden wir besprechen müssen.

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Tod von Jessica hat in dieser Stadt etwas aufgewühlt, was noch nicht zur Ruhe gekommen ist. Wir sollten unsere parlamentarische Verpflichtung wahrnehmen und all diesen Fragen sehr intensiv nachgehen. Wir werden nicht alles beantworten können, aber ein Ergebnis steht aus meiner Sicht fest: Wir brauchen eine nachhaltige Verbesserung der Hilfe für Kinder und Jugendliche in dieser Stadt.

B – Danke.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt die Abgeordnete Blömeke.

Christiane Blömeke GAL:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Jessica ist für Hamburg ein tragischer Fall, aber wir sollten uns bewusst machen, leider kein Einzelfall.

In den letzten fünf Jahren sind bundesweit mindestens acht Kinder aufgrund von Vernachlässigungen gestorben; letzte Woche auch ein Kind in Berlin, das noch nicht schulpflichtig war.

Laut UNICEF-Studie sterben in den Industrieländern jedes Jahr rund 3500 Kinder unter 15 Jahren an den Folgen von Misshandlung und Vernachlässigung und die Dunkelziffer ist, wie wir alle wissen, unbeschreiblich hoch.

Die Vernachlässigung von Kindern ist dabei wohl eine der schlimmsten Formen von seelischen und körperlichen Kindesmisshandlungen, denn sie kann, wie wir gemerkt haben, ganz unbemerkt stattfinden.

Aus diesem Grund müssen wir alle – damit meine ich die Gesellschaft, ich meine die Politiker, Politikerinnen und die Behörden – aufmerksamer werden. Das viel zitierte Hinschauen, nicht Wegsehen, sollte in den Vordergrund unseres Alltags rücken. Wichtig ist jedoch, dass unsere Aufmerksamkeit nicht bei schockierenden extremen Fällen stehen bleiben darf.

Meine Damen und Herren! Nach meiner Wahrnehmung führten menschliches Versagen, führten Fehler und lü-

ckenhafte Vorschriften zu Jessicas Tod. Die Ausführungen von Senatorin Dinges-Dierig haben mich in dieser Wahrnehmung bestärkt.

Bei der Suche nach den Ursachen von Jessicas Tod sollten wir aber auch den Vorschlag des Kinderschutzbundes aufgreifen und ein unabhängiges Gutachten zu den Umständen des Todes in Auftrag geben, um uns abschließend ein Urteil zu bilden. Dazu wird natürlich auch der gemeinsame Ausschuss dienen.

Dann können wir gezielt Maßnahmen entwickeln, um der Vernachlässigung von Kindern besser entgegenzutreten. Notwendig werden da an erster Stelle sicherlich vor allem die Maßnahmen sein, die Hilfen aus unterschiedlichen Bereichen besser verknüpfen und aufeinander abstimmen. Wir müssen dabei vor allem die Frage klären, wie das Jugendamt sein doppeltes Mandat von Hilfe und Kontrolle, Elternförderung und Kinderschutz am besten umsetzen kann. Wir müssen verstärkt Hilfe und Beratung für Eltern anbieten und diese untereinander vernetzen. Familienhebammen sind ein Beispiel dafür. In Kindergärten, Sozialeinrichtungen und behördlichen Stellen muss viel stärker als bisher der Kontakt zu den Eltern gesucht werden. Nicht zuletzt müssen die Jugendämter personell so ausgestattet sein, dass die aufsuchende Arbeit, die Hausbesuche ohne Probleme möglich ist.

Diese Hilfen, meine Damen und Herren, schützen die Kinder letztendlich und nachhaltig wesentlich besser als jede staatliche Zahlung an die Familien. In diesem Zusammenhang macht auch der Vorschlag der Senatorin durchaus Sinn, rechtlich zu überprüfen, ob die routinemäßigen ärztlichen Früherkennungsuntersuchungen – die U 1 bis U 8 – verbindlich als Pflichtuntersuchungen eingeführt werden, um diese Lücke zwischen Geburt und Schulpflicht zu schließen. Ich denke, daran sollte gemeinschaftlich gearbeitet werden.

Der Maßnahmenkatalog der Bildungsbehörde ist ein erster Schritt, aber er kommt aus unserer Sicht viel zu schnell, viel zu unüberlegt und ist Folge des enormen Drucks der Öffentlichkeit, unter dem die Senatorin Dinges-Dierig steht. Der Fall Jessica macht deutlich, wie wichtig die Zusammenarbeit zwischen Schul- und Sozialbehörde ist. Ich denke, hier haben die beiden Senatorinnen noch eine große Menge Arbeit vor sich.

Wir unterstützen aus diesem Grunde die Einrichtung einer behördenübergreifenden Arbeitsgruppe. An der sollten allerdings auch Experten aus der Jugendhilfe beteiligt sein. Es macht Sinn, alle Maßnahmen, die bislang vorgeschlagen wurden, nur als Vorschläge zu sehen und sie in einer solchen Arbeitsgruppe einer Prüfung zu unterziehen. Gemeinsam sollten wir alle dafür sorgen, dass ein gesellschaftliches Klima geschaffen wird, das jegliche Gewalt gegen Kinder ächtet und die Kultur des Hinschauens statt des Wegsehens fördert.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt Senator Dr. Kusch.

Senator Dr. Roger Kusch: Herr Präsident, meine Damen und Herren! In den letzten Tagen ist öfter die Frage gestellt worden, ob der Senat die Verantwortung für diesen tragischen Fall übernimmt. Ich kann nur sagen, er braucht sie gar nicht zu übernehmen, weil er sie hat. Der Senat ist verantwortlich dafür, dass die Mitarbeiterinnen

A und Mitarbeiter der öffentlichen Hand in Hamburg ihre Arbeit rechtmäßig, korrekt und mit der Erfüllung ihrer Aufgaben in kluger Übereinstimmung bringend handeln und nicht nur Paragraphen erfüllen, um sich selbst einen "Persilschein" auszustellen für rechtmäßiges Verhalten.

Die Vorstellung, dass der Staat Fehler gemacht hat, dass staatliche Instanzen Fehler gemacht haben, besagt aber nichts über die Intensität. Wir sind im Moment nach meiner Wahrnehmung noch nicht in der Lage, die Art und Weise und Intensität staatlichen Fehlverhaltens richtig zu bewerten. Deshalb meine ich, Frau Goetsch, ist es im Moment noch zu früh, wenn Sie sagen, das System habe versagt. Ich bin mir nicht sicher, ob das nicht eine zu kräftige Formulierung dafür ist, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter selbst in diesem tragischen Fall überwiegend sehr sachgemäß und vernünftig gehandelt haben und in einzelnen Fällen eben nicht sachgemäß. Diese einzelnen Fälle haben sich in tragischer Weise zu dem Endergebnis kumuliert.

Ich finde es sehr positiv, dass bei der Analyse der Beiträge aller drei Fraktionen nicht der Versuch gemacht wurde, diesem tragischen Fall mit irgendeiner Form eines Patentrezepts beikommen zu wollen. Ich möchte daran erinnern, dass wir uns hier auf dem Feld der einerseits wichtigsten und andererseits schwierigsten staatlichen Aufgabe überhaupt befinden, im intimen, geschützten Familienbereich Kindesmisshandlungen zu verhindern oder – wenn sie begangen sind – aufzuklären.

B Für eine solch schwierige Aufgabe, die viel schwieriger ist als Strafverfolgung an anderen Stellen, an öffentlichen Plätzen und Orten, muss man sich bei der Problemlösung von vornherein Folgendes klar machen und eingestehen: Man kann nicht mit einfachen Patentrezepten die Zäsur zwischen den beiden Bereichen finden, die intakten Familien von staatlicher Bevormundung frei zu lassen und die nicht intakten Familien frühzeitig zu beobachten und zu kontrollieren, damit der Staat dann die Möglichkeit zum Eingreifen hat. Es wird Aufgabe der nächsten Wochen und Monate sein, die Schnittstellen, die nach meiner Wahrnehmung in Hamburg überwiegend sehr klug, vernünftig und einfühlsam gezogen werden, noch besser zu analysieren und festzustellen, ob die Mitarbeiter mit noch mehr Indizien ausgestattet früher, besser und prägnanter ihre Prognose stellen können, ob eine Familie mit bestimmten Merkmalen zur Kategorie der schwierigen und deshalb hilfsbedürftigen Familien gehört oder zu jenen Familien, in die sich der Staat nicht einzumischen hat.

Die Projektgruppe "Informierte Jugendhilfe" hat die Aufgabe, ein Defizit, das wir schon in diesen Tagen erkannt haben, aufzuarbeiten und einer Lösung nahe zu bringen, nämlich das Defizit, dass der Staat sich gar nicht anders organisieren kann, als die Hilfe für junge Menschen in verschiedenen Institutionen zu organisieren. Zur Hilfe für junge Menschen zählt nicht nur die Jugendhilfe, nicht nur REBUS, sondern beispielsweise auch Polizei oder das Familieninterventionsteam. Auch die Staatsanwalt ist daran beteiligt, denn der Fall Jessica zeigt, dass das Verhältnis von familiärer Tragödie zur Begehung schwerer Straftaten oftmals in einer Relation zueinander ist. Das heißt, diese Institutionen, die ich gerade nenne – es sind ja nur einige wenige Beispiele von mehreren, die ich sonst noch nennen könnte –, werden immer einzelne Institutionen bleiben. Es kann der Staat sich nicht so organisieren, dass es eine einzige Institution gibt, die auf diesem Sektor tätig wird. Deshalb ist es unsere Aufgabe,

C die wir mit Tatkräft und Engagement erfüllen wollen, dass die verschiedenen Institutionen leichter, schneller und besser auf die Informationen der anderen zugreifen können. Ich möchte das an einem abschließenden Beispiel dokumentieren.

Um einen Fall wie die katastrophalen familiären Verhältnisse bei Jessica zu erfassen und aufzuklären, müssen sich die entsprechenden Instanzen mit tausenden und abertausenden von Familien beschäftigen, denn zunächst einmal ist die Familie von Jessica eine Familie von vielen tausend in Hamburg. Die Frage, dass man genügend Indizien zusammenträgt, ist auch eine Frage der Schnelligkeit des Informationsflusses. Wenn wie bisher ein Sozialarbeiter des Jugendamtes mühsam Akten anfordern muss, dann wird er sich bei den tausenden von Familien, bei denen er zunächst immer die gleiche Indizienausgangslage hat, sehr viel schwerer tun, als wenn er eine bestimmte Information durch Onlinezugriff abrufen kann.

Wir werden uns bemühen, uns auf diesem Sektor und auch in der Organisation zu verbessern, und hoffen, damit zu den Zielen beitragen zu können, die hier alle übereinstimmend genannt wurden. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt die Abgeordnete Strasburger.

D **Stefanie Strasburger** CDU: Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Ich glaube, alle Reden aller Fraktionen haben die feste Überzeugung deutlich gemacht, dass unser Hilfesystem in dieser Stadt verbessert werden muss. Daran werden wir arbeiten. Die Schulsenatorin hat bereits einige gute Vorschläge gemacht, wie das Hilfesystem verbessert werden kann. Sehr sinnvoll ist es, die Schulpflicht zum Schulzwang und die ärztlichen Vorsorgeuntersuchungen zur Pflicht zu machen. Ich glaube, Frau Blömeke hat es gesagt, Hinschauen und nicht Wegschauen ist ein sehr wichtiger Aspekt, den man hier betonen muss. Wir Politiker in diesem Hause können viel tun, damit so etwas in unserer Stadt nicht wieder passiert.

Für mich ist ein außerordentlich wichtiger Faktor, dass sich auch in der Gesellschaft einiges verändern muss. Wir leben in einer großen Stadt und es ist nicht so wie auf dem Dorf, wo sich jeder kennt. Das ist uns allen klar. Aber jeder ist aufgerufen und kann daran mitarbeiten, mehr auf seine Mitmenschen zu achten, jeder muss sein Gegenüber mehr angucken. Dabei können uns Kirchen und Verbände helfen. Das ist sicherlich keine Garantie dafür, dass so ein Fall nicht mehr passiert. Aber wir müssen aufmerksam und mutig sein und in unserer Gesellschaft Missstände aufdecken.

Wie ich der Presse entnehmen konnte, ist die Mutter schon aus schwierigen Verhältnissen gekommen, auch sie wurde missbraucht. Das ist sicherlich keine Rechtfertigung für solch ein grausames Verhalten einer Mutter. Aber vielleicht ist es auch Ursache. Immer wieder hört man, dass Eltern, die in ihrer Kindheit geschlagen wurden, ihre Kinder schlagen. Das ist eigentlich erstaunlich. Man sollte meinen, dass Menschen, die selber Leid erfahren mussten, ihre Kinder besser behandeln. Aber leider ist es anders. Man muss daher auch an die Ursachen herangehen. Wenn Menschen in ihrer Kindheit traumatisiert sind, dann muss man diese Traumatisierung sofort

A aufgreifen. Misshandelte Kinder müssen sofort, nachdem man von ihrer Misshandlung erfährt, von einem Professionellen betreut werden, denn misshandelte Kinder werden selber irgendwann gefährdet sein, ihre Kinder wieder zu misshandeln. An diesem Punkt müssen wir ganz stark arbeiten.

Die Voraussetzung für eine effektive Prävention ist die Vernetzung von Einrichtungen und Behörden. Wir müssen aufklären, wo es Kindesmisshandlungen gibt. Das ist für unsere Stadt außerordentlich wichtig.

Wichtig ist, dass man, wie es Frau Dinges-Dierig angeprochen hat, eine zentrale Stelle – eine Schülerzentralbank – einrichtet, bei der man alle tragischen Fälle dieser Stadt sammeln kann. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Berndt Röder: Das Wort erhält der Abgeordnete Schulz.

Rüdiger Schulz SPD:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich bin seit zwölf Jahren Abgeordneter und es ist das erste Mal, dass ich mir im Vorfeld einer Debatte über meine eigenen Gefühle völlig im Unklaren war. Ich glaube, ich hatte vor dieser Debatte Angst. Angst aus zwei Gründen: Einmal, dass wir es als Parlament nicht schaffen würden, einem entsetzlichen Ereignis entsprechend zu reagieren. Das ist nicht selbstverständlich, dass das so passiert. Ich kann mich sehr gut erinnern und ich werde es nie vergessen, als an dieser Stelle ein Hamburger Innensenator den entsetzlichen Mord an einer Familie instrumentalisierte, mit den Händen auf uns zeigend

B sagte:

"An Ihren Händen klebt Blut."

Ich werde auch nicht vergessen, dass ein Teil der CDU-Fraktion frenetisch Beifall klatschte. Ich werde allerdings auch nicht vergessen, dass es eine ganze Reihe von Abgeordneten gab, die völlig versteinert im Plenum saßen und denen es sehr, sehr unangenehm war.

Die ganze Debatte hier und auch die Behandlung in den Medien ist völlig anders, als wir es ein paar Mal in Hamburg erlebt haben. Das zeigt mir, dass es eine angemessene Diskussion dieses Themas gibt. Darüber bin ich außerordentlich froh. Das ist nicht zuletzt Ihr Verdienst.

Der zweite Teil meiner Angst oder meiner Befürchtung ist, ob wir es schaffen, wenigstens jetzt der toten Jessica gerecht zu werden, einem siebenjährigen Mädchen, 1,10 Meter groß, 9,5 Kilogramm schwer, als sie – auf der einen Seite mitten unter uns und auf der anderen Seite offensichtlich von aller Welt verlassen – in dieser Stadt starb.

Als Jessica lebte – ich weiß nicht, ob man dieses Martyrium überhaupt als Leben bezeichnen kann –, wurden wir offensichtlich ihrem Recht auf Hilfe zum Leben, zum Überleben nicht gerecht. Das ist für mich eine bittere Erkenntnis. In einer der reichsten Regionen der Welt – das sind wir nach wie vor – erhält jemand, der es ganz dringend braucht, keine Hilfe. Wenn wir das ändern wollen, dann glaube ich nicht, dass es ausreicht, Datenabgleiche zu machen, klarere Dienstanweisungen auszusprechen, Gesetzesänderungen vorzunehmen. Das mag alles hilfreich sein, das wird hilfreich sein, gar keine Frage, es wird auch notwendig sein. Das entscheidende Problem, meine Damen und Herren, liegt woanders.

C Wenn wir erwarten, dass sich Lehrer, Sozialarbeiter, Kindergärtnerinnen und Kindergärtner, Erzieher, alle die, die in Beratungsdiensten arbeiten, mit hoher Professionalität, mit ganz großer Sensibilität und – wenn es geht – auch mit leidenschaftlichem Engagement für ihr Klientel einsetzen, dann haben wir eine Bringeschuld zu leisten. Wir müssen sie materiell so ausstatten, dass sie diesen Aufgaben auch nachkommen können.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Wir müssen ihnen auch gleichzeitig glaubhaft deutlich machen, für wie wichtig wir sie und ihre Arbeit halten. Ich glaube, in beiden Punkten liegt es in Hamburg im Argen. Das in den nächstfolgenden Wochen und Monaten mit aufzuarbeiten, sollte Teil unserer eigenen Verpflichtung der toten Jessica gegenüber sein. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD, der GAL und vereinzelt bei der CDU)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt die Abgeordnete Mandel.

Doris Mandel SPD: Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Gestern gab es einen Bericht im NDR 3 Fernsehen, der mich zutiefst erschüttert hat. In der Medienlandschaft Hamburgs wurde über den schrecklichen Tod Jessicas berichtet und alle Hamburger mussten es wahrgenommen haben, was passiert war. Vor dem Hintergrund dieses schrecklichen Ereignisses hat ein NDR-Fernsehteam bei einer Außentemperatur von einem Grad minus einen Kinderwagen an der Außenalster abgestellt, versehen mit einem Lautsprecher und einer Kassette, die ein Babygeschrei wiedergab. Es klang so, wie ein Baby schreit, wenn es Hunger oder Schmerzen hat. Dies geschah nicht am Mümmelmannsberg, nicht in Jenfeld, nein, es war in Harvestehude, an der Außenalster. Das Fernsehteam hat gefilmt, dass 182 erwachsene Menschen ohne nachzusehen an diesem allein stehenden Kinderwagen vorbeigegangen sind. Wo blieb ein erwachsener Mensch, eine andere Person, die sich darum kümmerten? Sie sind einfach weitergegangen. So etwas passiert, nachdem wir uns alle in dieser Stadt die ganze Woche vor Trauer über den tragischen Tod eines Kindes in Not und Leid schier zerrissen haben. Das ist für mich das Erschütternste gewesen.

D Wir haben in Hamburg einmal eine Kampagne gehabt, die hieß "Wer nichts tut, macht mit". Ich bitte ganz dringend darum, dass wir gerade auf dem Gebiet, wo es um Hilfe für Kinder geht, wieder an alle Menschen in dieser Stadt appellieren, guckt hin, macht nicht mit, indem ihr weg schaut. Ich hoffe sehr, dass der Geist, der inzwischen in dieser Stadt herrscht, weil offensichtlich die Mehrheit in Singlehaushalten lebt und es für sie in ihren Lebensentwürfen nicht mehr vorstellbar ist, überhaupt jemals eine Familie oder Kinder haben zu können oder zu wollen, nicht überhand nimmt und die Allgemeinheit auf das Wohl der Kinder achtet. Deswegen sollten wir gemeinsam an unsere Mitmenschen appellieren: Wenn ein Kind in Not ist, guckt hin und macht nicht mit. – Danke.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Präsident Berndt Röder: Das Wort wünscht der Abgeordnete Böwer und er bekommt es.

A **Thomas Böwer** SPD: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Zu Beginn dieser Bürgerschaftssitzung haben wir an Paula Karpinski erinnert, die erste Jugend- und Familiensenatorin.

Ich weiß nicht, was Paula Karpinski anlässlich einer solchen Debatte gesagt hätte. Es wäre in die Richtung von Herrn Weinberg gegangen, ein wenig in die Richtung von Herrn Schulz. Aber, Frau Schnieber-Jastram, Paula Karpinski hätte bei einer solchen Debatte als Familiensenatorin nicht geschwiegen. – Danke.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL – Olaf Ohlsen CDU: Typischer Böwer!)

Präsident Berndt Röder: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht mehr vor. Damit ist die Aktuelle Stunde beendet.

Ich rufe auf die Tagesordnungspunkte 3 a und 3 b, Drucksachen 18/1882 und 18/1919, Wahl einer oder eines Deputierten der Justizbehörde sowie der Finanzbehörde.

[Unterrichtung durch den Präsidenten der Bürgerschaft:

Wahl einer oder eines Deputierten der Justizbehörde – Drucksache 18/1882 –]

[Unterrichtung durch den Präsidenten der Bürgerschaft:

Wahl einer oder eines Deputierten der Finanzbehörde – Drucksache 1919 –]

B Die Stimmzettel liegen Ihnen vor. Sie enthalten bei jedem Namen je ein Feld für Ja-Stimmen, für Nein-Stimmen und für Enthaltungen. Sie dürfen auf jedem Stimmzettel nur ein Kreuz machen. Mehrere Kreuze oder Eintragungen machen den Stimmzettel ungültig. Auch unausgefüllte Zettel sind ungültig. Bitte nehmen Sie Ihre Wahlentscheidung vor.

(Die Wahlhandlung wird vorgenommen.)

Sind alle Stimmzettel eingesammelt? – Das ist der Fall. Ich schließe die Wahlhandlung. Die Wahlergebnisse werden jetzt ermittelt. Ich werde sie Ihnen im Laufe der Sitzung bekannt geben.*

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 51 auf, Drucksache 18/1852, Antrag der GAL-Fraktion: Umsetzung des Kyoto-Protokolls in Hamburg.

[Antrag der Fraktion der GAL:

Umsetzung des Kyoto-Protokolls in Hamburg – Drucksache 18/1852 –]

Hierzu liegt Ihnen als Drucksache 18/1916 ein Antrag der SPD-Fraktion vor.

[Antrag der Fraktion der SPD:

Umsetzung des Kyoto-Protokolls in Hamburg, hier: Berücksichtigung künftiger Effizienzgewinne und Kraftwerkskapazitäten – Drucksache 18/1916 –]

Beide Drucksachen möchte die SPD-Fraktion an den Umweltausschuss überweisen. Wer wünscht das Wort? – Der Abgeordnete Maaß hat das Wort.

C **Christian Maaß** GAL: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es fällt uns sicherlich allen jetzt nicht ganz leicht, zu einem gänzlich anderen Thema zu kommen, zum Klimaschutz.

Am 16. Februar dieses Jahres ist das Kyoto-Protokoll endlich in Kraft getreten. Kyoto mag weit weg liegen von Hamburg, aber Kyoto ist aus zwei Gründen für Hamburg wichtig. Zum einen treffen die Auswirkungen des globalen Klimawandels auch Hamburg unmittelbar und zum anderen kann der in Kyoto unterzeichnete Vertrag nur dann erfüllt werden, wenn auch die Städte rund um den Globus aktiven Klimaschutz betreiben.

(Beifall bei der GAL und Dr. Monika Schaal SPD – Erste Vizepräsidentin Barbara Duden übernimmt den Vorsitz.)

Wir sollten uns zu Beginn der Debatte noch einmal ver gegenwärtigen, warum es das Kyoto-Protokoll überhaupt gibt und warum wir heute hier über Klimaschutz sprechen. Wenn man die öffentliche Diskussion verfolgt, kann man teilweise den Eindruck gewinnen, als sei Klimaschutz so etwas wie ein Luxusspielzeug insbesondere der Grünen, das in Zeiten hoher Arbeitslosigkeit vernachlässigt werden könne. Nichts jedoch wäre verkehrter auch für unsere Volkswirtschaft, denn Klimaschutz ist kein Luxus, sondern eine Frage des Überlebens.

D Wir müssen auch gar nicht weit schauen, um uns zu ver gegenwärtigen, was Klimawandel ganz konkret bedeutet. Wir brauchen nur die Klimaforscher am Max-Planck-Institut in Hamburg zu fragen und was man von denen zu hören bekommt, ist wirklich alles andere als schön. Alle seriösen Klimaszenarien gehen von einer massiven Erwärmung der Erdatmosphäre aus. Im gemäßigten Szenario steigt die Temperatur um 1,4 Grad Celsius bis zum Jahre 2100 an. Andere Szenarien prognostizieren eine Erwärmung um 5,8 Grad Celsius bis zum Jahre 2100. Beides sind Veränderungen, wie es sie in diesem Ausmaß in den letzten 10 000 Jahren nicht gegeben hat. Das hat zur Folge, dass der Meeresspiegel – da sind wir in Hamburg nun wirklich nahe dran – nach diesen Szenarien in einem Rahmen von 9 bis 88 Zentimeter steigt und die meisten Forschungsgruppen gehen von einer Steigerung des Meeresspiegels um einen halben Meter aus.

Um dem Thema vielleicht ein wenig mehr Gewicht zu verleihen – ich schaue jetzt auf die Senatsbank –, möchte ich darauf hinweisen, dass es bei diesen Szenarien auch für Sylt ganz düster aussehen mag.

(Beifall bei der GAL – Klaus-Peter Hesse CDU: Das war ja richtig witzig, Herr Maaß!)

– Das ist vielleicht auch eine Antwort auf die Aufmerksamkeit, die mir bei diesem Thema hier entgegenschlägt, gewesen.

(Klaus-Peter Hesse CDU: Das liegt vielleicht auch am Redner!)

In jedem Fall nimmt die Wahrscheinlichkeit von Überschwemmungen zu. Insbesondere die Küstenregionen werden regelmäßig von Stürmen und Überschwemmungen heimgesucht werden. Ebenso wahrscheinlich ist nach Angaben der Wissenschaftler, dass es in vielen heute sehr fruchtbaren Gegenden weniger Niederschläge geben wird und damit auch mehr Dürren.

Ich verfalle ungern in Alarmismus, weil ich das aus den Achtzigerjahren selber kenne und diesen Ton in der Um-

* Ergebnisse siehe Seite 1304 D

A weltdebatte auch nicht besonders schätze, aber bei den aktuellen Prognosen der versammelten Elite der Klimaforscher müssen wir einfach konzedieren, dass tatsächlich Alarm angesagt ist, denn diese prognostizierten Aussichten, die ich gerade referiert habe, bedeuten doch in concreto nichts weniger als Tod, Obdachlosigkeit und Elend für Millionen von Menschen. Das muss man sich immer wieder vor Augen führen, wenn man hier gemütlich sitzt und ganz abstrakt über die Klimaveränderung als ein schlechendes Phänomen spricht, was ja so erst einmal nicht sichtbar ist. Deswegen gibt es das Kyoto-Protokoll und deswegen ist es auch wichtig, dass wir hier heute über dieses Protokoll sprechen und vor allem für die Umsetzung dieses völkerrechtlichen Vertrags sorgen.

(Beifall bei der GAL)

Kyoto kann dabei – das ist uns allen klar – nur der erste Schritt sein, nicht mehr und nicht weniger. Das Protokoll sieht für die Industriestaaten eine Reduktion der Treibhausgase um 5,2 Prozent gegenüber 1990 vor. Die meisten Industrieländer sind weit entfernt davon, die Ziele zu erreichen, die sie sich in Kyoto gesetzt haben. Bis auf Deutschland und Großbritannien wächst in den EU-Mitgliedstaaten derzeit der Ausstoß von Treibhausgasen. Auch in Deutschland haben wir Probleme, das sehr ehrgeizige Ziel von minus 81 Prozent zu erreichen und das vor dem Hintergrund, dass in der Wissenschaft diskutiert wird, dass diese Ziele, die wir uns in Kyoto gesetzt haben, nicht ausreichen, sondern wir Ziele brauchen, die weit über das hinausgehen, zu was sich die Völkergemeinschaft verpflichtet hat.

B Gerade deswegen müssen wir unsere Anstrengungen vergrößern, um das bestehende Kyoto-Protokoll zu erfüllen. Dazu bedarf es auch konsequenten Handelns auf kommunaler Ebene. Die Kommunen sind es, die den Schlüssel zu ganz entscheidenden Bereichen des Klimaschutzes in der Hand haben. Nehmen Sie den Verkehrsbereich, der weltweit ein wesentlicher Faktor zur Steigerung der Emission von Treibhausgasen ist. Oder nehmen Sie den Bereich des Bauens, da sind es die Kommunen, die die entscheidenden Weichen stellen können. Aber nicht nur in diesen Bereichen vermisste ich Konsequenz beim Klimaschutz auf Seiten des Senats.

Wir Hamburger sind, was das Klima angeht, nicht besonders gesegnet. Wir mögen uns damit abgefunden haben, dass wir in einer Stadt mit schlechtem Wetter leben.

(Karen Koop CDU: Nö! – Klaus-Peter Hesse CDU: Falsche Einstellung!)

– Herr Hesse, ich sehe das leider so und freue mich auf meinen Urlaub. Ich weiß nicht, wie Sie das sehen.

Damit haben wir uns abgefunden und damit leben wir auch gerne. Womit sich meine Fraktion jedoch nicht abfinden kann, ist, dass wir in Hamburg zum schlechten Klima auch noch eine schlechte Klimaschutzpolitik bekommen, denn wenn Hamburg schon nicht die Stadt mit dem besten Wetter in Deutschland ist, dann sollte es wenigstens unser Ziel sein, die klimafreundlichste Stadt zu werden, Herr Hesse.

(Beifall bei der GAL)

Von diesem Anspruch ist dieser Senat leider weit entfernt und mit unserem Antrag wollen wir wenigstens die ersten Schritte gehen. Deswegen fordern wir in unserem Antrag den Senat auf, eine Energiebilanz für Hamburg zu erstel-

C len, ein konkretes Klimaschutzziel zu beschließen und schließlich einen Maßnahmenkatalog aufzustellen, um die gesetzten Ziele dann auch tatsächlich zu erreichen, denn acht Jahre nach Unterzeichnung des Kyoto-Protokolls gibt es in Hamburg weder eine Bestandsaufnahme über den Ausstoß von Treibhausgasen, noch konkrete Reduktionsziele, noch ein kohärentes Klimaschutzkonzept. Bisher betreibt der Senat beim Klimaschutz hauptsächlich das, was das Kyoto-Protokoll vermeiden will, und das ist viel heiße Luft.

Es ist unglaublich, aber leider wahr. Ob es in Hamburg überhaupt Fortschritte bei der CO₂-Einsparung gibt, lässt sich nicht überprüfen, denn die letzte Hamburger Energiebilanz stammt aus dem Jahr 1997. Man konnte das anhand von Hochrechnungen im Jahr 2001 noch einmal aktualisieren, aber seitdem erstellt der Senat keine Energiebilanz mehr. Es ist für Hamburg aus meiner Sicht blamabel, dass wir ganze acht Jahre nach der Kyoto-Konferenz noch nicht einmal wissen, wie viele Treibhausgase wir überhaupt produzieren.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Ebenso blamabel finde ich es, dass Hamburg kein Klimaschutzziel formuliert hat. Der Senat schaut gerne nach Bayern. Er sollte es in diesem Fall auch einmal tun und, genauer gesagt, nach München schauen. Dort hat man nämlich nicht nur eine genaue Bilanz der Treibhausgasemissionen aufgestellt, sondern auch eine Strategie für eine Halbierung der Treibhausgasemissionen bis zum Jahr 2030. Wir brauchen in Hamburg ebenfalls einen Prozess zur Formulierung eines Klimaschutzzieles. Wir beschränken uns zunächst jedoch auf die Forderung auf einen Prozess zur Zielfindung und haben uns in unserem Antrag auch bewusst enthalten, das sehr ehrgeizige Münchner Ziel als Mindestforderung für Hamburg zu übernehmen, so wie es die Sozialdemokraten in ihrem Zusatzantrag machen. Das ist ein wirklich ehrgeiziges Ziel und wir Grünen freuen uns auch über jeden Überholversuch auf dem Grünstreifen. Es ist bisher allerdings noch niemandem gelungen, uns dort zu überholen.

D Wir haben in unserem Antrag bewusst auf die Übernahme des Münchner Klimaschutzzieles von minus 50 Prozent bis zum Jahr 2030 verzichtet, denn diese Forderung ist ehrgeizig und für München ist sie auch zu begrüßen. Allerdings glauben wir, dass wir eine solche Forderung für Hamburg erst dann erheben können und auch werden, wenn wir wissen, dass sie tatsächlich erreichbar ist, wenn wir an der Regierung wären und für die tatsächliche Umsetzung sorgen könnten. Hierzu fehlen uns schlicht im Moment die Daten. Wir wissen nicht, ob das Münchner Szenario auf Hamburg übertragbar ist. Wir sind uns deswegen unsicher, ob dieses hier geforderte Ziel für Hamburg so darstellbar ist, denn ein wesentlicher Schlüssel der Münchner Strategie liegt in den dortigen Stadtwerken. Ein erheblicher Teil der in Aussicht genommenen Treibhausgasreduzierungen läuft über Maßnahmen bei den Münchner Stadtwerken. Über dieses Instrument verfügen wir nun mal nicht mehr, seit die HEW und Hein Gas nicht mehr in städtischer Hand sind. Wir wollen noch nicht ein solches Ziel beschließen, wenn wir Zweifel haben, ob wir es tatsächlich einhalten können. Deswegen enthalten wir uns an dieser Stelle.

Als dritten Schritt müssen wir jedoch Maßnahmen zur Erreichung des Klimaschutzzieles formulieren und da ist der SPD-Antrag durchaus zielführend. Diese Maßnahmen müssen sehr vielschichtig sein von einer Verbesserung

A des öffentlichen Nahverkehrs über die Steigerung der Effizienz von Kraftwerken, den Einsatz von Biomasse, von Sonnenenergie und Windkraft bis hin zur Sanierung des Wohnungsbestands. Wir dürfen diese Maßnahmen nicht als Wettbewerbshindernisse wahrnehmen, sondern müssen die Chancen ergreifen, die solche Maßnahmen gerade auch für den Arbeitsmarkt eröffnen, denn Deutschland ist bereits jetzt das Silicon-Valley der erneuerbaren Energien. Wir sind die Weltmarktführer in diesem Bereich. Wir haben 150 000 Menschen dadurch in Arbeit gebracht und auch die energetische Sanierung des Gebäudebestands sichert Arbeitsplätze, allein 2000 in Hamburg. Wir wollen, dass das noch mehr wird, dass sich diese Zahl mindestens verdoppelt und Menschen in Hamburg in Arbeit bringt, denn es muss uns um die Vereinbarkeit von Ökonomie und Ökologie gehen und nicht darum, das eine gegen das andere auszuspielen.

(Beifall bei der GAL und bei Dr. Mathias Petersen
SPD)

Damit bin ich in gewisser Weise auch bei der CDU angelangt. Sie haben keinen Antrag zum Klimaschutz eingebracht, das ist Ihr gutes Recht, das verlange ich auch nicht von Ihnen. Aber mich regt dann doch ein wenig auf, dass Sie anscheinend eine Überweisung unserer Anträge an den Umweltausschuss ablehnen, wie mir bedeutet wurde. Das soll sowohl beim Klimaschutz als auch morgen beim Lärmschutz passieren und das, obwohl wir im Umweltausschuss schon seit langem so gut wie nichts zu tun haben, weil in der Vergangenheit nur sehr wenig an Anträgen überwiesen wurde. Ich habe mich bisher wirklich um ein kollegiales Arbeitsverhältnis auch mit den Kollegen von den Christdemokraten in der Umweltpolitik bemüht. Ich habe auch nur leise gegrummelt, wenn unsere Anträge einmal nicht an den Umweltausschuss überwiesen wurden, obwohl ich bereits Sitzungen dieses Ausschusses als Vorsitzender abzusagen hatte. Aber jetzt haben wir in einer Debatte zwei ganz zentrale Bereiche in der Umweltpolitik, die wir hier behandeln, den Klimaschutz und den Lärmschutz. Wir haben ganz bewusst keine Anträge formuliert, die nur so vor Radikalität strotzen, wo wir schon in der Formulierung wussten, dass Sie sie ablehnen müssten. Wir haben das relativ moderat formuliert und wollten eben nicht, dass Sie unsere Anträge einfach kommentarlos vom Tisch wischen können, ohne sie an die Ausschüsse zu überweisen. Aber genau das machen Sie heute. Sie wollen sich nicht mit Klimaschutz beschäftigen, Sie wollen sich anscheinend auch nicht mit Lärmschutz beschäftigen und wischen unsere Anträge ohne Beratung vom Tisch. Das grenzt an Arbeitsverweigerung und macht mich ziemlich ärgerlich.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Wenn Sie keine Lust auf Umwelt- und Klimaschutzpolitik haben, dann sagen Sie uns das hier deutlich. Dann können Sie in aller Konsequenz auch die Abschaffung des Umweltausschusses beantragen. Das wäre immer noch ein würdigeres Ende, als diesen Ausschuss und die Umweltpolitik in Hamburg am ausgestreckten Arm verhungern zu lassen. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Engels.

C **Hartmut Engels** CDU: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Maaß, ich werde auf Ihre letzten Äußerungen gleich eingehen, möchte aber zunächst einmal das Gemeinsame hier unterstreichen. Das Gemeinsame ist in der Tat, dass wir vor einer in vielen Regionen der Erde sich auswirkenden weltweiten Katastrophe stehen, wenn wir so weitermachen wie bisher. Ich teile auch Ihre Auffassung, dass das Kyoto-Protokoll ein Schritt in die richtige Richtung ist, um diese mögliche Katastrophe – das trifft dann nicht nur Sylt alleine, sondern erheblich andere Regionen – zu vermeiden; darüber sind wir uns einig. Man kann sich lediglich darüber streiten, wie hoch die Temperaturveränderungen sind, wie stark die Zunahme der Fluten ist, aber ansonsten ist grundsätzlich auch aus unserer Sicht die Gefährdung gegeben.

Insofern ist auch von unserer Seite ein klares Bekenntnis zum Kyoto-Protokoll vorhanden und es gibt auch eine gewisse Freude darüber, dass es überhaupt zustande gekommen ist. Allerdings ist dies, um ein paar Tropfen hineinzugießen, natürlich nur ein erster Schritt. Es handelt sich zunächst einmal darum, Maßnahmen zu ergreifen, die einen effektiveren Treibhausgasenschutz einleiten. Es handelt sich nach Auffassung sehr vieler Experten noch nicht darum, die weiterhin steigenden CO₂-, aber auch andere Treibhausgasemissionen wirklich zu stoppen. Aber es ist wenigstens ein erster Tritt auf die Bremse, um es einmal so zu formulieren.

D Bei aller Wertschätzung der USA als ein Staat der Freiheit, der Demokratie, auch als ein Staat der Marktwirtschaft bedaure ich ausdrücklich, dass die Vereinigten Staaten sich noch nicht haben entscheiden können, diesem Kyoto-Protokoll beizutreten. Das möchte ich auch einmal an dieser Stelle ausgesprochen haben.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU und der GAL)

Aber kommen wir zum spezifischen Punkt, den Herr Maaß zum Schluss in den Mittelpunkt seiner Rede gestellt hat, nämlich der Frage, was Hamburg tun kann, um dem Kyoto-Protokoll Genüge zu tun. Ich möchte doch daran erinnern, dass es sich erst einmal um ein globales Problem handelt, eine einzelne Stadt kann sehr wenig tun. Unterschrieben hat das Kyoto-Protokoll im Übrigen nicht der Hamburger Senat, sondern die Bundesregierung und die Bundesregierung wird zum Teil auch durch Sie gestellt. Es ist schlicht und ergreifend eine Tatsache, dass die Kyoto-Verpflichtung sich primär für die Bundesregierung stellt und da sitzt der Hase im Pfeffer, da wird im Moment noch zu wenig getan.

(Beifall bei der CDU)

Es ist absolut unsinnig, einen Katalog von Einzelmaßnahmen verschiedener Städte und Gemeinden zu fordern. Es mag gut gemeint sein, sie bei einem globalen Problem zu nennen, aber die Bundesregierung sorgt nicht dafür, dass diese Maßnahmen im Sinne des Protokolls einigermaßen koordiniert werden. Sie haben im Übrigen einen Antrag gestellt, bei dem es nur um eine Erhebung der Daten geht. Es geht gar nicht um das Kyoto-Protokoll, sondern nur um die Frage der Datenerhebung.

(Christian Maaß GAL: Das ist Quatsch! Klimaschutz!)

– Doch, das ist so. Lesen Sie Ihren eigenen Antrag durch.

A Wir lassen uns einen solchen Antrag nicht vorsetzen, um uns als Nasenbär aufzuführen, der drumherum zu tanzen hat und davon ablenken soll, dass die Bundesregierung die Verantwortung trägt. Dazu müssen Sie sich bekennen.

(Beifall bei der CDU)

Das gilt auch für den SPD-Antrag. Es mag sein, dass dieses spezifische Protokoll durchaus für München – Herr Maaß hat schon darauf hingewiesen, dass dort insbesondere im Energieversorgungsbereich andere Voraussetzungen gegeben sind – sinnvoll ist, zum Teil auch in den übergreifenden 50 weiteren Punkten, aber wir haben in Hamburg schlicht und ergreifend eine andere Situation. Ich scheue auf jeden Fall davor zurück, großartige Versprechungen zu machen wie zum Beispiel die Münchner Zielsetzung – das Kyoto-Protokoll ist nur bis zum Jahre 2012 gültig, in München geht es gleich bis 2030, wenn es niemand mehr nachprüfen kann –, eine Reduzierung von 50 Prozent bei den Emissionen zu versprechen. Solche Versprechungen mag ich in diesem Zusammenhang nicht so gerne. Man sollte wahrhaftig sein, konkrete Ziele nennen und nicht solche Fernziele von 50 Prozent im Jahr 2030 formulieren und das noch bei einer einzelnen Stadt, die mit dem Gesamtklima der Erde überhaupt nichts

(Christa Goetsch GAL: Da sind Sie aber ein schlechtes Vorbild als Lehrer! und weitere Zurufe bei der GAL)

oder wenig zu tun hat; das wissen Sie auch.

Noch ein Punkt, was Hamburg betrifft. Ich will gar nicht voll von Ihnen abweichen, aber es gibt auch in Hamburg

B Probleme und Sie kennen die auch. Sie hängen insbesondere damit zusammen, dass aufgrund der Wiedervereinigung vor allen Dingen der Verkehr zugenommen hat – dort haben wir entsprechende Emissionssteigerungen zu verzeichnen – und es andererseits in Hamburg einen Wechsel der Energieproduktion bei den verschiedenen Unternehmen gegeben hat. Wir haben leider in Hamburg einen Zuwachs der Gesamtemission, der nicht ganz unproblematisch ist. Nur bitte ich Sie, auch zu bedenken, dass dieser Zuwachs natürlich auch mit der Umstellung der Energiesysteme zusammenhängt. Man kann immer wunderbar die Windenergie und andere regenerative Energien nennen, sie stehen aber nicht dauerhaft zur Verfügung. Die Frage an Sie lautet, wie Sie die deswegen vorzuhaltenden Ersatzkraftwerke versorgen wollen, und zwar vor allen Dingen emissionsfrei, und das geht zurzeit objektiv noch nicht.

Sie müssen sich natürlich die Frage gefallen lassen, wie Sie auf Dauer den Ausstieg aus einer, zumindest was die Treibhausgase anbetrifft, verhältnismäßig emissionsarmen Energie hinkriegen wollen mit Ihren großartigen Versprechungen, und zwar der Art und Weise, wie aus der Kernenergie ausgestiegen wird. Dort haben Sie bisher jede Antwort vermissen lassen. Sie haben lediglich gesagt, wir steigen aus, das ist irgendwie gefährlich – ist es ja auch, das ist nicht zu leugnen –, aber Sie haben keine Lösung angeboten. Und wenn Sie hier so großartig von Emissionsschutz und Emissionsverminderung sprechen, dann müssen Sie auch Realitäten nennen.

Im Übrigen noch eine letzte Anmerkung, eine Hamburgerie. Sie wissen ja – das ist auch das Problem, das Sie wahrscheinlich im Auge, aber in Ihrer Rede nicht genannt haben –, dass die Statistik über die Energie und ihre Emission bisher im Statistischen Landesamt geführt wur-

de. Wie Sie wissen, sind die statistischen Ämter von Schleswig-Holstein und Hamburg zusammengeführt worden und in dem Zusammenhang ist zunächst einmal, weil es keine Verpflichtung der Landesämter war, die Energiebilanz gestrichen worden und das war wahrscheinlich auch der Ausgangspunkt Ihrer Frage. Dennoch liegen aus 1997 und 2001 in einer Hochrechnung vernünftige Daten vor und das genügt gerade angesichts der globalen Frage zunächst einmal. Dennoch schlage ich vor – dahin gehen auch die Bemühungen des Senats –, in diesem gemeinsamen statistischen Amt in Zukunft wieder die entsprechenden Energiedaten mit zu verwenden gerade im Sinne der Zielsetzung, die wir hier alle gemeinsam vertreten. Ich gehe davon aus, dass wir demnächst einen entsprechenden Vorschlag vonseiten des Senats im Zusammenhang mit dem bereits beschlossenen Antrag "Nachhaltige Energieversorgung" bekommen. Und dann, Herr Maaß, werde ich persönlich mich auch dafür einsetzen, dass wir im Umweltausschuss auf der Basis vorliegender Daten die Diskussion fortführen. In dem Sinne schönen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Dr. Schaal.

Dr. Monika Schaal SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Engels, Sie haben offensichtlich als Umweltpolitiker überhaupt keinen Rückhalt in Ihrer Fraktion, sonst müssten Sie hier nicht so rumeiern.

(Dr. Diethelm Stehr CDU: Irrtum!)

Einerseits erzählen Sie hier, dass Kyoto richtig und wichtig sei, und auf der anderen Seite versuchen Sie, ein Thema von internationaler und weltweiter Bedeutung auf ein klein-klein-parteipolitisches Hickhack runterzubringen. Sie scheinen sich schon auf den Wahlkampf einzustellen

(Bernd Reinert CDU: Vor dem haben wir keine Angst im Gegensatz zu Ihnen!)

und üben ein bisschen, denn ich kann mir durchaus vorstellen, dass das bei den in diesem Hause rechts und links konträren Positionen in der Energie- und Klimaschutzpolitik wohl ein saftiges Wahlkampfthema sein wird.

Wenn Ihnen unsere vorliegenden Anträge, liebe Kolleginnen und Kollegen der CDU, nicht passen, dann legen Sie doch eigene Anträge vor und bringen Ihre Positionen in das Haus ein,

(Beifall bei der SPD und der GAL)

damit wir endlich darüber sprechen können und uns nicht nur solche Schablonen um die Ohren hauen.

Das Wichtigste beim Kyoto-Prozess ist doch, dass es auf internationaler Ebene endlich das erste Mal einen breiten Konsens darüber gegeben hat, dass hier etwas gegen die Klimaveränderung von allen Staaten unternommen werden muss, und dem wollen Sie sich so billig entziehen. Diesen Konsens scheinen wir in diesem Haus nicht zu haben und das ist nicht nur schade, sondern auch fatal.

Bände spricht auch die Tatsache, dass der dafür zuständige Umweltsenator in diesem Haus nicht zu sehen ist. Wenn es anders wäre, dann könnten wir noch sagen, Sie hätten an dem Thema Interesse, aber offensichtlich

C

D

A herrscht in der CDU am Thema Klimaschutz überhaupt kein Interesse.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Meine Damen und Herren! Der SPD-Fraktion und auch der SPD auf Bundesebene ist das Thema Klimaschutz so wichtig, dass sie sich auch im Zuge des Agenda-Prozesses 2010 nicht nur um Sozialpolitik gekümmert hat, sondern gleichwertig um die Energiepolitik und eine energiepolitische Agenda 2010 vorgelegt hat, die Sie schon seit 2003 haben und auch hätten nachlesen können. Wir finden es richtig, dass Hamburg eine Energiebilanz aufstellt und sich bei der Verminderung der Treibhausgase ganz ehrgeizige Ziele setzt, denn wir haben uns eigentlich immer über den Satz verständigen können, dass man global denken, aber im Lokalen handeln muss. Insofern versteh ich auch nicht, dass Sie das Beispiel München so lächerlich machen.

Seit dem vergangenen Jahr wird auch in Hamburg darüber diskutiert, ein zusätzliches Kraftwerk zu bauen. Welche einzelwirtschaftlichen Überlegungen auch immer im Spiel sind, für Politik und Öffentlichkeit und auch aus Klimaschutzsicht muss es doch wichtig sein, dass so ein Kraftwerk hocheffizient ist und möglichst wenig klimaschädliche CO₂-Gase in die Atmosphäre entlässt. Grundsätzlich muss man sich allerdings auch fragen, ob ein solches zusätzliches Kraftwerk tatsächlich gebraucht wird. Die energiepolitische Debatte ist doch immer vom Zubau und Ersatz von Kraftwerken geprägt, aber wir reden überhaupt nicht über die massenhaft vorhandenen Potenziale, nämlich die Effizienz- und Einsparpotenziale, die bekannt sind und die erst einmal realisiert werden müssen.

B Bei uns wird oft unwissentlich viel Energie verschwendet, weil Einspar- und Effizienzpotenziale nicht genutzt werden. Würde man sie nutzen, könnten wir den Primärenergiebedarf um zwei Drittel senken. Das würde eine Menge Geld sparen und auch CO₂ vermeiden.

Gerade bei der Energie- und CO₂-Bilanz müssen wir daran denken, dass hier vor Ort auch etwas getan werden muss. Sie wissen alle, dass bis zu 90 Prozent der Energie im Extremfall verloren geht. Das hat uns das Fraunhofer-Institut vorgerechnet. Die herkömmliche Glühbirne zum Beispiel braucht im Grunde genommen nur 10 Prozent der Leistung, die man in sie hineinfeuert, damit sie leuchtet.

(Dr. Diethelm Stehr CDU: Irrtum!)

Bei der Heizung in unseren Häusern werden in der Regel nur 75 bis 76 Prozent der eingesetzten Energie für die Wärme ausgenutzt und bei der industriellen Prozesswärme sieht es noch schrecklicher aus. Da werden nur 57 Prozent der eingesetzten Energie benötigt, um die gewünschte Wirkung zu erzielen. Zwar lässt sich heute noch nicht jede Effizienzreserve sofort erschließen, aber einige schon. Hausbesitzer – Herr Maaß hat es gesagt – können ihre Häuser besser isolieren, Konsumenten können Energiesparlampen kaufen und auch Haushaltsgeräte, die schon gekennzeichnet sind, wenn sie besonders sparsam und effizient arbeiten. Und jeder kann zu Hause darauf achten, dass die Stand-by-Verluste vermieden werden.

Die Stadt selber kann natürlich durch ein ausgefeiltes Gebäudemanagement entsprechende Einsparungen vorlegen und, und, und; die Liste ist sehr lang. Aber wenn man hinguckt, muss man leider feststellen, dass die Mög-

C lichkeiten für Einsparungen und Effizienzsteigerungen nur sehr wenig genutzt werden.

(Unruhe im Hause – Glocke)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden (unterbrechend): Entschuldigung, Frau Dr. Schaal. Aber der Murmelpegel ist in diesem Hause eindeutig zu hoch und ich bitte, die Gespräche draußen weiter zu führen.

Frau Dr. Schaal, bitte.

Dr. Monika Schaal (fortfahrend): Dieses Thema geht offensichtlich irgendwo noch an uns allen vorbei. Lieber nehmen wir hohe Energiekosten hin und zahlen brav unsere Stromrechnung, als einmal darüber nachzudenken, wie man Kosten vermeiden kann.

(Beifall bei der GAL und vereinzelter Beifall bei der SPD)

Und natürlich wird es so sein, dass uns die Kosten für ein zusätzliches Kraftwerk auch noch aufs Auge gedrückt werden. Wenn man jetzt über zusätzliche Kraftwerke spricht, muss man schon darauf achten, dass diese auch möglichst effizient sind.

Kohlekraftwerke, wie in Hamburg von unserem Energieversorger Vattenfall geplant, nutzen die eingesetzten Energien nur zu 40 Prozent. Wenn wir schon Kraftwerke bauen, dann müssen diese hoch effizient sein. Das sind Dampf-Gas-Turbinen. Diese können heute eine maximale Wirkung von 62 Prozent erreichen. Ein solches Kraftwerk wird dann auch weniger CO₂ und Schadstoffe in die Luft blasen.

D

Welche Bedeutung die Steigerung der Energieeffizienz im Rahmen eines künftigen Energiekonzeptes hat, konnten wir bereits während der Anhörung im letzten Jahr im Wirtschaftsausschuss lernen. Die Energieeffizienz ist die vergessene Säule der Energiepolitik. Wir wollen sie mit unserem Antrag wieder in das Bewusstsein rücken. Wie tragfähig die Säule ist, zeigt uns die Stadt München. Herr Maaß hat schon darauf hingewiesen.

Die bayerische Landeshauptstadt hat sich vorgenommen, ihre CO₂-Emission bis 2030 gegenüber 1987 zu halbieren. Das Öko-Institut hat ausgeführt, dass das Konzept, was sie der Stadt vorgeschlagen haben und das dort auch realisiert wird, auf andere Städte übertragbar ist. Ich denke, dass wir hinter einer solchen Ziellinie, die sich München gesetzt hat, nicht zurückfallen sollten.

Wir können uns eine Menge von München anschauen, wie beispielsweise Informationskampagnen zur Energieeinsparung in den Haushalten und zur effizienteren Nutzung der Energie. Das größte Hemmnis bei der Nutzung von Effizienzpotenzialen ist nun einmal das Informations- und Wissensdefizit aller, die Energie brauchen. Das fängt im Bereich der Politik an und geht bis in den letzten Haushalt hinein. Das haben wir im Rahmen unserer Anhörung von Professor Fischedick vom Wuppertal-Institut gelernt.

Wichtig ist, dass alle bei der Steigerung und Einsparung der Effizienz mitmachen. Die Wohnungswirtschaft ist dabei vorrangig gefragt, weil hier die Einsparpotenziale sehr hoch sind. München startet hier eine Informationsoffensive mit einer direkten Ansprache der Wohnungsunternehmen bis hin zur organisierten Exkursion zu "best practice"-Beispielen.

A Wir müssen uns in Hamburg auf diesem Gebiet nicht verstecken. In Hamburg haben beispielsweise SAGA und GWG gute Beispiele energetischer Sanierung vorzuweisen. Das können Sie aber nur vornehmen, solange Sie nicht durch Sonderabführungen an den Haushalt stranguliert werden, denn in diesem und im nächsten Haushaltsjahr muss die SAGA sage und schreibe 16 Millionen an den Haushalt abführen. Frühere Senate haben sich mit weniger als 3 Millionen im Jahr zufrieden gegeben. Auch die GWG muss offenbar längerfristige Darlehen nach dem Geldbedarf des Senates tilgen und für 2005 und 2006 über 6 Millionen abführen, doppelt so viel wie 2001.

Dieses Geld muss aber in den Unternehmen bleiben, weil es sonst bei der energetischen Sanierung fehlt und die Leute dort auch nicht mehr wohnen wollen, weil die Heizkosten zu hoch sind.

(Beifall bei Christian Maaß GAL)

Verzichtet man auf diese Potenziale, dann lässt sich in dieser Stadt auch eine CO₂-Reduktion nicht schaffen. Hier muss man ranklotzen.

Wir haben zwar keine Stadtwerke, aber die großen Energieversorger Vattenfall und E.on gehören in eine solche Kampagne mit hinein. Sie haben bei der Energieversorgung die Schlüsselstellung und man muss mit ihnen hinsichtlich Kraftwerk und Effizienzpotenziale Gespräche führen. Außerdem verfügen sie über eine Infrastruktur, was die Kundenzentren betrifft. Über ihre Kundenzentren und Zeitschriften können auch die Energieverbraucher gut erreicht werden. Insofern muss man hier auch über eine solche Kampagne mit den großen Versorgern reden.

B Eines ist klar: Wenn wir bei der Effizienzsteigerung Erfolg haben wollen, muss es mehr und mehr Aufklärung über effizientere Geräte und Einspartechniken geben. Das muss in die Haushalte kommuniziert werden.

(Dr. Diethelm Stehr CDU: Und zwar Aufklärung, nicht darüber reden!)

Wir haben hier eine Menge von Einzelheiten. Wir müssen auch über den Verkehrsbereich und andere Bereiche reden. Es wäre sinnvoll, wenn wir das im Ausschuss tun könnten. Aber Sie haben offensichtlich kein Interesse daran. Das finde ich – offen gesagt – sehr blamabel, denn Sie wollen Hamburg auch zu einem Kompetenzzentrum entwickeln, wo Sie Ihre Wasserstofftechnologien voranbringen wollen.

(Klaus-Peter Hesse CDU: Wir sind Spitzentreiter!)

Ich frage mich allerdings, warum Sie das alles tun, wenn Sie an der Frage, wie das Klima zu retten ist, überhaupt kein Interesse zeigen.

(Beifall bei der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Bevor ich Herrn Maaß das Wort gebe, wollte ich Frau Dr. Schaal nicht ein zweites Mal abklingen und sie aus dem Redekonzept bringen. Aber das, was in diesem Hause passiert, ist alles andere als kollegiales Verhalten gegenüber denjenigen, die hier reden.

Ich bitte diejenigen, die dringende Privatgespräche führen möchten, dieses bitte draußen zu tun.

Herr Maaß, Sie haben das Wort.

Christian Maaß GAL:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren!

Herr Engels, das ist schon bemerkenswert: Sie bringen hier zu den größten globalen Umweltproblemen einen Antrag ein und fordern, dass sich Hamburg ein Klimaschutzziel setzen soll, dass Klimaschutzmaßnahmen sowie ein Klimaschutzprogramm ergripen werden müssen und Sie werfen uns vor, dass wir uns hier in Details verlieren. Ich bitte Sie, Herr Engels, in welcher Welt leben Sie eigentlich, wenn das ein Detail ist? Das ist ein sehr elementares Problem, dem Sie sich auch stellen müssen.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Als richtig kurios empfand ich dann den Vorwurf, dass die Bundesregierung zu wenig für den Klimaschutz tun würde. Das ist nun wirklich ein innovativer Vorwurf aus den Reihen der CDU. Immer, wenn irgend etwas aus der Bundesregierung kommt, was mit Klimaschutz zu tun hat, wo auch nur irgendwie der Geruch daran ist, dass das Öko sein könnte, ist es doch die CDU auf Bundesebene, die uns vorwirft, dass das alles wettbewerbsschädlich wäre und wir die Finger davon lassen sollten,

(Ingo Egloff SPD: Nicht nur auf Bundesebene!)

wenn es darum geht, das Energiewirtschaftsgesetz oder das Energieeinspeisegesetz zu novellieren. Dann ist es sogar der Hamburger Senat, der dagegen Einspruch erhebt. Die Ökosteuer sollte am liebsten ganz abgeschafft werden. Der Emissionshandel ist auch ein Teufelszeug und Verkehrsbeschränkungen sind es sowieso. Eine Kerosinsteuere soll auch nicht eingeführt werden. Und dann sagen Sie uns, dass die Bundesregierung zu wenig für den Klimaschutz macht. So ein Verhalten ist wirklich nicht mehr lauter.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Fast schon bedenklich ist dann das Argument gewesen, dass eine Stadt allein, beispielsweise Hamburg, nicht für den Klimawandel verantwortlich sein kann. Das haben Sie wortwörtlich gesagt. Ich hatte eigentlich geglaubt, dass dieses Denken spätestens zum Zeitpunkt meiner Geburt 1972 bei dem Bericht des Club of Rome überwunden war. Hier gab es einmal einen schönen Spruch: Global denken, lokal handeln. Dass ich das hier einem gestandenen Umweltpolitiker noch einmal vorhalten muss, erstaunt mich. Was ist so schwer daran, dieses Prinzip anzuwenden, denn anders geht es nicht. Wenn wir anfangen, überall mit dem Finger auf die anderen zu zeigen, und sagen, wir allein sind doch hilflos, denn wir sind doch nur ein Promillebereich dieser Weltbevölkerung. Wenn die Chinesen nichts unternehmen, warum sollen wir denn hier erst anfangen. Dann können wir den Klimaschutz einstellen. Aber diesen Anspruch habe ich nicht. Nein, wir müssen uns diesem Problem stellen und es lösen. Und das müssen wir hier vor Ort in Hamburg angehen, Herr Engels.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Engels.

Hartmut Engels CDU: Herr Maaß, es kann doch davon nicht die Rede sein, dass hier in Hamburg keine Umweltpolitik gemacht wird,

(Zurufe von der GAL: Doch!)

A die natürlich auch die Klimaproblematik mitberücksichtigt. Wenn hier der Hamburger Senat beispielsweise das Unternehmen Ressourcenschutz oder die Umweltpartnerschaft in Gang gesetzt hat und vor allen Dingen das Zusammenspiel zwischen Wirtschaft und Ökologie weit über das hinaus verbessert hat, als Sie das vorher getan haben, so sind bereits Taten gefolgt. Sie fordern lediglich mit Ihrem Antrag, dass die Daten erhoben werden. Das ist doch ein gewaltiger Unterschied, denn Taten sind wichtiger.

(Beifall bei der CDU)

Und jetzt noch eine Bemerkung zum Emissionshandel. Seinerzeit waren Sie noch hier in der Verantwortung, als ich bereits den Antrag zum Emissionshandel gestellt habe. Wissen Sie, was Sie damals gesagt haben? Das ist im Übrigen seinerzeit Frau Möller gewesen, die gesagt hat, das sei ein viel zu komplizierter und schwieriger Prozess. Sie haben unseren Antrag damals ganz schlicht und ergreifend abgelehnt. Fassen Sie sich bitte an die eigene Nase, bevor Sie hier mit Vorwürfen kommen.

(Beifall bei der CDU)

Ich habe natürlich appelliert, mit zu berücksichtigen, dass bei einem globalen Problem auch die Relation zu lokalen Lösungsversuchen mit zu beachten ist, mehr aber nicht. Das heißt nicht, dass lokal nun überhaupt nichts gemacht wird. Das habe ich Ihnen hoffentlich gerade an dem Beispiel Emissionshandel noch einmal verdeutlicht.

Jetzt möchte ich auf die Bemerkung eingehen, dass ich von Kleinigkeiten und dergleichen gesprochen hätte. Ich glaube, das war Frau Dr. Schaal, die sich dafür entschuldigt hatte, dass sie hier auf verschiedene spezielle, nicht unwichtige Dinge, das will ich gar nicht behaupten, eingegangen ist. Ich habe auch zugesagt, dass wir diesen Maßnahmenkatalog später, wenn die entsprechenden Vorarbeiten so weit sind, natürlich auch im Ausschuss behandeln werden. Aber ich bleibe bei der Aussage, dass die Bundesregierung zurzeit das Klimaschutzprogramm in der Anpassung hat, auch in der Anpassung an Kyoto, und dass natürlich der Bund auch für die Arbeiten in den Gemeinden schon eine wichtige Vorgabe ist. Sie lenken mit Ihrem Antrag ein bisschen von den Schularbeiten ab, die der Bund noch nicht gemacht hat. Das ist der eigentliche politische Grund, weswegen wir ihn heute weder annehmen, noch überweisen, um das deutlich zu machen.

(Beifall bei der CDU)

Eine letzte Bemerkung zu Frau Dr. Schaal. Einen Grund, warum wir in Hamburg die Übertragung der Münchner Arbeit nicht ohne weiteres annehmen können, habe ich vorhin schon einmal ausgeführt und möchte das nicht nochmals lange wiederholen. Aber es gibt noch einen weiteren Grund, weshalb Ihr Antrag überhaupt nicht infrage kommt. Hier mal eben zu sagen, dass der Hamburger Staat so nebenbei in einem kleinen Antrag auf 15 Millionen Euro zugunsten der SAGA und der GWG verzichten soll, ist einfach politisch und haushaltrechtlich unmöglich. Vor dem Hintergrund, dass die SPD bei jedem Detailproblem immer hier und dort Geld fordert, lassen wir Ihnen diese Angelegenheit nicht durchgehen. – Dankeschön.

(Beifall bei der CDU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen mehr. – Doch, Herr Kerstan.

C **Jens Kerstan GAL:** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Engels, Ihre Argumentation war wirklich das kleinste Karo, das man mit dem bloßen Auge noch erkennen konnte.

(Unmutsäußerungen bei der CDU und Beifall bei der GAL)

Das wird ganz deutlich, dass Sie so markig sagen, dass Sie keine Daten wollen, sondern dass Taten zählen. Dann haben Sie die Taten der CDU aufgezählt. Das war ein Antrag von Ihnen, als Sie noch in der Opposition waren. Seitdem Sie an der Regierung sind ist nichts passiert, Herr Engels.

(Beifall bei der GAL)

Jedenfalls haben Sie nichts aufgeführt.

Hartmut Engels CDU: Sie haben nicht zugehört!

Ich wüsste auch nicht, welches denn die Taten dieses Senates der letzten drei Jahre gewesen sein sollen, die klimapolitisch auch nur einen einzigen Punkt vorangebracht haben, Herr Engels. Wenn ich mich täusche und ich hier Unsinn erzähle, dann kommen Sie noch einmal nach vorn und stellen Sie das richtig. Aber Sie haben nichts zu erzählen und dass Sie diesen Antrag vom Tisch wischen und keine eigenen Anträge einbringen, zeigt nur, wie verantwortungslos Sie handeln. Das ist wirklich peinlich, Herr Engels. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

D **Erste Vizepräsidentin Barbara Duden:** Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen mehr. Dann kommen wir zur Abstimmung.

Wer stimmt einer Überweisung der Drucksache 18/1852 und 18/1916 an den Umweltausschuss zu, den bitte ich um das Handzeichen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das Überweisungsbegehren ist abgelehnt.

Dann lasse ich in der Sache abstimmen.

Zunächst zum SPD-Antrag aus der Drucksache 18/1916. Wer möchte diesen annehmen, den bitte ich um das Handzeichen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Der Antrag ist somit abgelehnt.

Wer stimmt dem GAL-Antrag aus der Drucksache 18/1852 zu, den bitte ich um das Handzeichen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Auch dieser Antrag ist mit Mehrheit abgelehnt.

Bevor ich die Tagesordnungspunkte 21 und 22 aufrufe, möchte ich Ihnen die Wahlergebnisse der vorangegangenen Wahlen bekannt geben.

Bei der Wahl einer oder eines Deputierten der Justizbehörde sind 107 Stimmzettel abgegeben worden. Davon waren keine Stimmzettel ungültig. Herr Dr. Nikolas Hill erhielt 91 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen und 11 Enthaltungen. Damit ist Herr Dr. Hill gewählt. Herzlichen Glückwunsch.

Bei der Wahl einer und eines Deputierten der Finanzbehörde sind 108 Stimmzettel abgegeben worden. Davon war 1 Stimmzettel ungültig und somit 107 Stimmzettel gültig. Herr Matthias Gerwien erhielt 86 Ja-Stimmen, 7 Nein-Stimmen, 14 Enthaltungen. Damit ist Herr Gerwien gewählt. Herzlichen Glückwunsch.

- A Wir kommen nun zum Tagesordnungspunkt 21 und 22, den Berichten des Haushaltsausschusses zum Thema Sonderinvestitionsprogramm "Hamburg 2010", Drucksachen 18/1763 und 18/1764.

[Bericht des Haushaltsausschusses über die Drucksache 18/1146: Das Sonderinvestitionsprogramm "Hamburg 2010" (SIP) (Senatsvorlage) – Drucksache 18/1763 –]

[Bericht des Haushaltsausschusses über die Drucksache 18/1577: Sonderinvestitionsprogramm "Hamburg 2010" Einrichtung eines Investitionsfonds (Senatsvorlage) – Drucksache 18/1764 –]

Wer wünscht das Wort? – Herr Kruse.

Rüdiger Kruse CDU:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Am 2. September wurde das Sonderinvestitionsprogramm vom Bürgermeister angekündigt. Ankündigungen sind immer ganz nett, aber es folgten auch die Taten. Am 28. Dezember legte der Senat den ersten Antrag vor. Das war die BallinStadt, die wir auch ausführlich diskutiert haben und sicherlich ein Beitrag ist, um die Attraktivität der Stadt zu erhöhen.

Es folgten der Investitionsfonds, das Hafen-Sonderinvestitionsprogramm, das Kinder- und Jugendtheater am Deutschen Schauspielhaus und Hamburgs Plätze. Wir investieren 400 Millionen Euro in den Ausbau des Wirtschaftsstandortes, 280 Millionen Euro in den Bildungs- und Wissenschaftsstandort Hamburgs und 365 Millionen Euro in die Steigerung der Attraktivität der Stadt. Das sind verschiedene Bereiche, die sich aber alle an dem Leitthema der Hamburger Entwicklung, der wachsenden Stadt, ausrichten.

Das macht sehr viel Sinn, die Investitionen einem Leitthema zuzuordnen, damit die Signalwirkung stärker ist. Die Signalwirkung der wachsenden Stadt ist in und über Hamburg hinaus sehr groß. Investitionen des Staates müssen Signale sein. Sie müssen weitere private Investitionen nach sich ziehen. Dieses Investitionsprogramm von rund 1 Milliarde Euro führt nicht zu einer Neuverschuldung in gleicher Höhe und das ist neu.

(*Jan Peter Riecken SPD:* Das wissen Sie noch gar nicht!)

– Das wissen wir.

(*Jan Peter Riecken SPD:* Gucken Sie mal in die Drucksachen!– Gegenruf von *Klaus-Peter Hesse CDU:* Wir wissen das trotzdem schon!)

– Sie haben schon damals gewusst, dass Sie mit Schulden bezahlen. Hier gebe ich Ihnen Recht.

Damit bleiben wir unserem Ziel treu, die Nettokreditaufnahme kontinuierlich zurückzuführen.

(Beifall bei der CDU)

Die Finanzierung erfolgt durch Umschichtung von 500 Millionen Euro im Investitionshaushalt, 250 Millionen Euro aus der Mobilisierung und 250 Millionen Euro über Public-private-partnership. Bereinigt investieren wir 500 Millionen Euro mehr als ursprünglich für den Zeitraum bis 2010 geplant. Das ist eine Steigerung von 9 Prozent und das ohne zusätzliche Neuverschuldung.

In der heutigen Zeit schauen Sie sich einmal um, wo das Investitionsvolumen um 9 Prozent gesteigert wird, ohne

dass zusätzliche Schulden gemacht werden. Ich denke, das ist ein sehr gutes Signal und ein sehr guter Weg, auf dem sich der Senat befindet. Ich sage ganz einfach: Weiter so! – Danke.

(Beifall bei der CDU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Riecken.

Jan Peter Riecken SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Kruse, ein "Weiter so" wird es hoffentlich nicht geben. Erst einmal vielen Dank für die kurzen und staubtrockenen Ausführungen.

Auf eine Sache möchte ich vorweg eingehen. 250 Millionen Euro Public-private-partnership sind natürlich noch ungedeckt. Sie wissen gar nicht, ob das Geld hereinkommt, genau wie die 250 Millionen Euro, die Sie durch die Vermögensmobilisierung erreichen wollen. Was soll denn hier verkauft werden? Das steht noch nicht fest.

(*Klaus-Peter Hesse CDU:* Sprechen Sie jetzt von Ihren Deckungsvorschlägen!)

Das sind alles ungedeckte Schecks. Ob nachher tatsächlich die Nettoneuverschuldung nicht erhöht werden muss, ist überhaupt nicht klar. Was Sie hier machen und auch der Bürgermeister als "Prinz Charming", als Held der Bambi-Verleihung sowie als strahlender Gastgeber der World Award-

(*Klaus-Peter Hesse CDU:* Nur nicht zu neidisch!)

Feste für die Reichen und Schönen zeigt, ist nur im Rampenlicht stehen und es sich gut gehen lassen. Das sind klingende Worte für die Oberschicht, alles nach dem Motto: Ausgaben, die wichtig sind, solange die Zeitschrift GALA darüber positiv berichtet. Das kann es doch wohl nicht gewesen sein.

(Beifall bei der SPD)

Aber ist es nicht eher so, dass "Unser Ole", wie er so schön im Wahlkampf plakatiert wurde, doch eher der Ritter der traurigen Gestalt ist, der meistens mit hängenden Schultern durch die Stadt geht und eher hilflos zu sieht,

(*Klaus-Peter Hesse CDU:* Dann müssen Sie genauer hingucken!)

wie das Staatschiff im Schuldenberg versinkt. Das ist doch das Problem.

(Beifall bei der SPD)

Es ist nicht redlich, auf der einen Seite so zu tun, als wenn man durch Geldinvestitionen in die Stadt etwas Positives bewegt und auf der anderen Seite Streichungen von Zuschüssen für Schwimmbäder, die Volkshochschule sowie die Abschaffung der Lernmittelfreiheit und unzählige weitere Belastungen der Familien, wie beispielsweise kostenpflichtige Vorschule, vornimmt.

– Ich weiß nicht, warum Sie hier grinsen, Herr Hesse.

(*Klaus-Peter Hesse CDU:* Weil das so ein Unfug ist, was Sie erzählen!)

Das ist doch Scheiße, was Sie machen.

A (Beifall bei der SPD – Glocke – Wolfgang Drews CDU: Wer hat denn 44 Jahre die Haufen gemacht?) C Meinen Dank für diese Großzügigkeit.

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden (unterbrechend): Herr Abgeordneter, ich rufe Sie für dieses Wort zur Ordnung.

Jan Peter Riecken (fortfahrend): Ich habe das zur Kenntnis genommen.

Schauen wir doch mal im Detail hin. Was machen Sie mit dem Geld und mit dem Sonderinvestitionsprogramm? Natürlich musste die "Hamburg Marketing Wachsende Stadt GmbH" neu gegründet werden. Das konnte keine bestehende Organisation, wie die Tourismus GmbH, vornehmen. Der Verwaltungsaufwand für drei Jahre beträgt 2,4 Millionen Euro. Dann kommen noch einmal 14 Millionen Euro im gleichen Zeitraum für Marketingmaßnahmen hinzu. Vorher waren 15 Millionen Euro geplant, jetzt wurde um 1 Million Euro abgesenkt, weil das nicht so genau darauf ankommt.

Das ist genug Geld, um beispielsweise die Volkshochschule oder die Lernmittelfreiheit wieder entsprechend herzustellen.

(*Barbara Ahrons CDU*: Sie müssen erst die Wertschöpfung erhöhen, dann können wir das andere wieder bezahlen!)

– Genau. Das ist Frau Ahrons von der Mittelstandsvereinigung, die weiß, Marketing allein macht das. Die Menschen in der Stadt interessiert sie nicht.

B (Beifall bei der SPD) C Meinen Dank für diese Großzügigkeit.

Sie geben sich nicht einmal die Mühe, eine Schwachstellenanalyse durchzuführen, um zu sehen, ob beispielsweise die Aufgabe weiterer Marketing-Maßnahmen für die Stadt nicht von der Hamburg Touristik übernommen werden kann, was nahe liegen würde. Das finde ich nicht in Ordnung.

Im Sonderinvestitionsprogramm stehen 1 Milliarde Euro bis 2010 zur Verfügung. Genaues wissen wir noch nicht. Das tröpfelt jetzt herein. Einige Drucksachen haben wir schon vorliegen, worin beispielsweise die Straßenschilder für den Alsterwanderweg enthalten sind. Aber es sind auch wichtige Investitionen enthalten, wie zum Beispiel – aus unserer Sicht zumindest – für den Hafen.

Wer handwerklich sauber arbeitet, der hätte das selbstverständlich schon im normalen Haushaltsplan veranschlagt, insbesondere die Hafeninvestition. Es war lange absehbar, dass hier Bedarf besteht. Aber darum ging es nicht. Solide, nachvollziehbar und genau geplant sind nicht die Kriterien, die hier jetzt zum Zuge kommen sollen, sondern es ging um den großen Auftritt von "Prinz Charming". Erst einmal eine Pressemitteilung heraushauen, denn diese war wichtiger als die Substanz. Daher wird auch die Presse vor den Abgeordneten informiert. Die Abgeordneten erhalten dann Monate später immerhin die gleichen Informationen als Drucksache. Der Senat ist auf dieses Verfahren so stolz, dass er dieses im Ausschuss herausstellt. – Ich zitiere aus dem Bericht:

"Die Senatsvertreter verwiesen darauf, dass sie mit dieser Drucksache ihre Zusage eingelöst hätten, den Abgeordneten nicht weniger Informationen als der Presse zu geben."

D (Beifall bei der SPD)

Die Kollegen der CDU sind wahrscheinlich ebenso froh, dass sie mindestens die gleichen Informationen wie die Presse erhalten haben. Dann braucht man zumindes das "Hamburger Abendblatt" nicht lesen. Ich befürchte, so richtig haben Sie die Aufgabe des Parlaments nicht verstanden und der Respekt von dem Etatrecht der Bürgerschaft lässt zu wünschen übrig. Sie sind in wenigen Jahren sehr arrogant geworden. Wir haben sehr viel länger dafür gebraucht.

(Beifall bei der SPD)

Aber ich kann Ihnen aus Erfahrung sagen: Wer hoch sitzt, der fällt tief.

(*Klaus-Peter Hesse CDU*: Das wissen Sie!)

– Ja, das weiß ich als SPD-Politiker seit der letzten Wahl.

(Lachen bei der CDU)

Nun zu Ihrem Reptilienfonds. 5 Millionen Euro jährlich im Investitionsfonds Hamburg 2010. Wie heißt es so schön im Bericht: Für kleinere Maßnahmen, die aufgrund ihrer geringen Bedeutung nicht jeweils mit Einzeldrucksachenmittel eingeworben werden müssen. Wir haben in der Stadt so viele Dinge mit hoher Bedeutung, die wichtig sind und die wir brauchen, weil sie Hoffnung bedeuten. Hierhin gehört das Geld, beispielsweise in die Schwimmbäder, die Volkshochschule oder in die Schule. Es gibt so viele Beispiele. Das wissen Sie selbst. Investieren Sie hier und sehen Sie zu, dass das Geld dort ankommt, wo es den Menschen nützt.

(Beifall bei der SPD)

Verzichten Sie auf überflüssige Ausgaben, verzichten Sie auf diese Show. Sie sind für die schwierige Arbeit gewählt worden, den Haushalt zu sanieren. Hier haben Sie völlig Recht. Aber Sie sind nicht gewählt worden für Ihre Showveranstaltungen.

(Beifall bei der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Dr. Maier.

Dr. Willfried Maier GAL: Frau Präsidentin, meine Damen, meine Herren! Gegen den grundsätzlichen Gedanken, dass die Stadt zusätzlich investieren soll, um Wachstumsschub und nachhaltiges Wachstum auszulösen, ist nichts einzuwenden. Das halte ich für vernünftig. Aber, wenn das so geschieht, dass Sie zwar 1 Milliarde Euro ankündigen, aber 500 Millionen Euro davon aus den bisherigen Investitionsansätzen nur herausgeschnitten werden, reden wir jetzt schon mal nur noch über 500 Millionen Euro.

(*Barbara Ahrons CDU*: Haben wir von Anfang an gesagt!)

– Ich darf das doch der Öffentlichkeit sagen.

Wenn Sie dann weiterhin sagen, dass Sie von diesen 500 Millionen nach den großen Erfolgen, die Sie beispielsweise hinsichtlich des Jungfernstarts vorweisen können, 250 Millionen bei Privaten sammeln wollen,

(*Michael Neumann SPD*: Davon sind die Hälfte Public-private-partnership)

- A kann man absehen, dass es diese 250 Millionen Euro nicht sein werden.

(Beifall bei der GAL)

Es bleiben also 250 Millionen Euro übrig. Diese wollen Sie auf dem Weg der Vermögensverkäufe durch Um- schichtung von Vermögen realisieren. Das ergibt auf sechs Jahre pro Jahr etwa 40 Millionen, über die wir reden. Dafür muss man sich nicht so dick plustern.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Ich habe Ihnen schon einmal vorgerechnet, dass Sie trotz dieses Programms bis zum Jahre 2006 hinter die Investitionsrate des Jahres 2001 zurückfallen – bezogen auf den Anteil der Investitionen am Gesamthaushalt. Das ist also gar kein Grund, sich zu plustern.

Dann kommt hinzu, dass dieses Programm ausgesprochen hafenlastig ist. Hier unterscheide ich mich jetzt von dem Kollegen der SPD.

(Lars Dietrich CDU: Nur da? – Vizepräsidentin Bettina Bliebenich übernimmt den Vorsitz.)

Sie geben zu den über 480 Millionen Euro, die dort ohnehin schon verbucht sind, 262 Millionen Euro zusätzlich in den Hafen. Sie wollen aus dem Gesamtetat 500 Millionen Euro herausnehmen. Welcher Bereich muss dann leiden, wenn es insgesamt 746 Millionen Euro für den Hafen sein sollen? Das heißt, die 500 Millionen Euro, die Sie aus den anderen Investitionen herausziehen, was ungefähr 80 Millionen Euro pro Jahr sind, müssen aus allen anderen Investitionen genommen werden, wie Schule, Hochschule oder Soziales, aber nicht aus dem Hafen, weil

- B dafür schon 746 Millionen Euro garantiert sind, nämlich was bisher veranschlagt war plus die 262 Millionen Euro. Das ist in diesem Bereich eine Steigerung um 55 Prozent. Und das angesichts des Umstandes, dass wir durch die rasant steigende Produktivität im Hafen zwar immer höhere Investitionen hierfür aufwenden müssen, aber die Wertschöpfung, die in Hamburg verbleibt, immer geringer ist, wobei die Anzahl der Arbeitsplätze, die darüber generiert werden, nicht etwa steigt, sondern möglicherweise sogar zurückgeht oder bestenfalls gleich bleibt.

Das ist eine Situation, bei der man sich überlegen muss, ob das denn sinnvolles Investitionsverhalten für nachhaltiges Wachstum ist, wenn eine Sache den Löwenanteil erhält, die zwar erkennbar für Hamburg von großer Bedeutung ist, weil kein Mensch davon spricht, den Hafen aufzugeben, aber wo wir keine Wertschöpfungs-Wachstumsimpulse mehr haben, sondern nur noch Container-Wachstumsimpulse. Das ist nicht sehr vernünftig. Daher finden wir das nicht helle, was der Senat hier macht.

(Beifall bei der GAL)

Zum Dritten: Viele der Projekte sind bis heute weitgehend undefiniert. So kommt auch die Situation zustande, dass Sie von einem Ein-Milliarden-Programm sprechen. Dann sagen Sie, wofür: 400 Millionen Euro für Wirtschaft, 280 Millionen Euro für Wissenschaft, 365 Millionen Euro für Attraktivitätssteigerung. Wenn man das einmal addiert, ist man schon auf 1045 Millionen Euro. Die Addition des Programmes ergibt mehr, als Sie an Mitteln bereitstellen wollen. Das heißt, die Versprechungen an Maßnahmen sind höher, als die Mittel, die Sie bereitstellen wollen. Das ist auch ein Beispiel für seriöse Haushaltspolitik.

(Beifall bei der GAL und bei Michael Neumann SPD)

C

Schließlich machen Sie tatsächlich etwas ziemlich Unerhörtes: Sie schaffen einen Innovationsfond von 30 Millionen Euro, für den Sie sich vorneweg vom Parlament die Globalerlaubnis holen, in der sicheren Erwartung, wir haben ja unsere nickenden CDUler, die geben dem Senat 30 Millionen Euro frei in die Hand. Und was macht der dann damit? Der Senat sagt in der Drucksache dazu,

"Die Senatskanzlei prüft auf der Grundlage schriftlicher Anträge der Fachbehörden die Förderungsvoraussetzungen nach Maßgabe der einschlägigen Kriterien des Leitbildes".

Das heißt, die Senatskanzlei kriegt ein Haushaltrecht, das die Bürgerschaft nicht mehr in Anspruch nehmen kann. Wir können nicht mehr entscheiden, ob eine bestimmte einzelne Maßnahme finanziert werden soll oder nicht, weil Sie ein globales Recht in der Größenordnung von 30 Millionen Euro an die Senatskanzlei geben. Das ist ein haushaltrechtlich völlig ungewöhnlicher, völlig neuartiger und nicht haltbarer Vorschlag. Das geht einfach nicht.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

D

Das ist eine Unterminierung des Haushaltstrechtes des Parlamentes, denn 30 Millionen Euro sind ja so wenig nicht, jedes Jahr 5 Millionen Euro Investitionen. Sie erinnern sich an die Auswandererhalle, da ging es um 6 Millionen Euro städtischen Investitionsvolumens. Solche Größenordnungen wollen Sie künftig überhaupt gar nicht mehr dem Parlament vorlegen. Das wollen Sie Herrn von Beust aus der Tasche machen lassen und sagen, Ole macht das schon, dann können wir uns immer schön Ruhmeskränze flechten. Aber als Parlament können wir es nicht mehr kontrollieren. Das ist parlamentarisch ein ungebührliches Verhalten. Dafür verdienen Sie eine Verwarnung, wenn Sie dem folgen.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Insgesamt kann man also sagen, Ihr Sonderinvestitionsprogramm ist erstens trickreich beziehungsweise nicht finanziert. Zweitens gibt es in den größten Verlustbringer der Stadt die größten Investitionen hinein und drittens trägt es dazu bei, die Rechte der Hamburgischen Bürgerschaft zu beschneiden und dem Senat völlig ungewöhnliche Haushaltstrechte einzuräumen. Dagegen sind wir. – Danke.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Das Wort erhält Senator Uldall.

Senator Gunnar Uldall: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Angesichts der vielen Arbeitslosen, die wir in Deutschland und auch in Hamburg zu beklagen haben, meine ich, dass der Beitrag unseres Kollegen Riecken weder in den Formulierungen noch in der Substanz ein adäquater Beitrag ist.

(Beifall bei der CDU – Michael Neumann SPD: Wenn es hier um Kopfnoten geht, können wir über Sie reden, mein werter Herr. Dann wären Sie gar nicht mehr im Amt!)

A Wenn wir etwas – eingebunden in die bundespolitische Szene – gegen Arbeitslosigkeit tun wollen, haben wir in Hamburg als wichtigsten Hebel die Investitionstätigkeit. Die können wir verstärken. Mit der heute zur Debatte stehenden Vorlage wird eine wesentliche Voraussetzung für eine Stärkung der Investitionen in Hamburg geleistet. Deswegen kann ich nur sagen: Dies ist eine gute Vorlage und sie sollte durch das Parlament entsprechend gewürdigt werden.

(Beifall bei der CDU – *Michael Neumann SPD:*
Müssen wir Danke sagen und Hammonia singen?)

Es gibt drei Schichten von Investitionen, die wir vorantreiben müssen. Das sind die Investitionen der Stadt, die Investitionen der städtischen Unternehmen und die Investitionen der Privaten. Wenn wir uns zunächst einmal die Investitionen der öffentlichen Unternehmen ansehen, können wir feststellen, dass wir hier kräftig investieren. Ich will als Beispiel nur die Erweiterung der Messe nennen. Das hat nicht alle Fraktionen zur Zustimmung bewogen, aber wir haben eine Mehrheit bekommen. Die HHLA wird in den nächsten Jahren 800 Millionen Euro zusätzlich investieren. Das sind die entscheidenden Investitionen für Arbeitsplätze.

(Beifall bei der CDU)

Deswegen werden wir alles tun, dass die öffentlichen Unternehmen, auf die wir Einfluss nehmen können, eine Politik betreiben, die auf sichere Zukunftsinvestitionen aufbaut.

B Der zweite Punkt, den ich ansprechen möchte, sind die privaten Investitionen. Ob die Privaten investieren oder nicht, hängt vom wirtschaftspolitischen Klima in der Stadt ab. Hier können wir nur sagen, die Zunahme der Investitionstätigkeit der Privaten ist ein positiver Indikator für die Entwicklung bei uns in Hamburg.

(*Volker Okun CDU:* Das hat etwas mit Vertrauen zu tun!)

Herr Riecken mag darüber seine Witzchen machen. Es ist uns aber eines gelungen, dass die Unternehmer nicht nur in Hamburg, sondern in ganz Deutschland sagen: Hamburg ist ein positiver Investitionsstandort, dort investieren wir. Deswegen wird bei uns in Hamburg mehr investiert als in anderen Bundesländern.

(Beifall bei der CDU – *Michael Neumann SPD:*
Das ist nur, weil Sie die Regierung übernommen haben!)

Das Dritte ist das Sonderinvestitionsprogramm. Hier haben wir eine Milliarde Euro Investitionen vorgesehen, das ist schon richtig in den Debattenbeiträgen von Ihnen, Herr Kruse, genannt worden. Das sind drei große Brocken: Sicherung und Ausbau der Wirtschaftsstruktur, der Wissenschafts- und Bildungsstruktur und drittens Steigerung der Attraktivität Hamburgs. Alle drei sind wichtige Felder, die besetzt werden müssen.

(*Jan Peter Riecken SPD:* Ja, müssen!)

Nun kann man natürlich darüber debattieren, Herr Maier, ob es wichtig sei, wie wir eine Finanzierung vornehmen wollen. Nur habe ich bei Ihnen nur Kritik gehört und leider den positiven Ansatz vermisst, wo Sie sagen, woher wir zusätzliche Mittel für Investitionen bekommen sollen. Das wäre gut gewesen, Herr Maier.

(Beifall bei der CDU)

C Wir setzen – und das ist ein wesentlicher Punkt, den keiner der Oppositionsredner hervorgehoben hat – den Abbau der Neuverschuldung in Hamburg fort. Jedes Jahr wird die Neuaufnahme von Krediten um 50 Millionen Euro zurückgefahren. Dieses wird trotz dieses Ein-Milliarden-Zukunftsinvestitionsprogrammes auch in Zukunft fortgeführt werden. Ein richtiger finanzpolitischer Ansatz.

(Beifall bei der CDU)

Wir schaffen jetzt eines, das vorher nie gelungen ist, nämlich die Entkopplung von Investitionen und der Nettokreditaufnahme.

(*Michael Neumann SPD:* Davon träumen Sie!)

Investitionen steigen, die Nettokreditaufnahmen gehen zurück: also eine solide Finanzpolitik.

(*Michael Neumann SPD:* Sie sollten wirklich einmal einen Drogentest machen, Herr Uldall!)

Ich sage als Wirtschaftssenator immer, Sie kriegen nur dann eine gute wirtschaftliche Entwicklung in einer Stadt, wenn die Stadt in sich auch solide finanziert ist.

Das Nächste ist, dass wir sagen, wir wollen umschichten. Hier ist es doch interessant, dass Herr Riecken als einziges Beispiel, wo zusätzlich investiert werden solle, die Schwimmbäder genannt hat.

(*Jan Peter Riecken SPD:* Das habe ich nicht! –
Michael Neumann SPD: Das stimmt doch gar nicht!)

– Na, dann gucken Sie einmal im Protokoll nach, da werden Sie sehen, dass Sie die Schwimmbäder für Investitionen vorgeschlagen haben. Da sollte der Senat investieren.

D Dazu kann ich nur sagen, dies sind – so sagt der Volkswirtschaftler in der Theorie – Konsuminvestitionen

(*Michael Neumann SPD:* In der Theorie!)

und das ist nicht das, was wir brauchen.

(*Michael Neumann SPD:* Es geht nicht um Theorie, es geht um Menschen!)

Wir wollen nicht zusätzlichen Konsum, sondern wir wollen solche Investitionen, die im Gefolge Arbeitsplätze schaffen

(Beifall bei der CDU)

und darauf baut sich unsere ganze Umschichtung auf, dass wir Investitionen aus dem Bereich von nicht so dringenden Investitionen umschichten in einen Bereich, wo damit zusätzliche Arbeitsplätze entstehen werden.

Alles in allem kann ich also nur sagen, dieses ist ein wichtiger Beitrag für die Bekämpfung des größten Übels, das wir in Deutschland insgesamt haben, nämlich die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Das Wort erhält der Abgeordnete Riecken.

Jan Peter Riecken SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Uldall, Sie haben mehrmals auf mich verwiesen, sodass ich einiges richtig stellen möchte. Sie haben auf wichtige Punkte keine Antwort gefunden und

A keine benannt, zum Beispiel, warum Sie das alles als Showprogramm vorstellen, warum – wie Herr Maier es ausgeführt hat – es nicht solide durchfinanziert ist. Das sind doch die wichtigen Substanzfragen, die hier gestellt wurden. Darauf sind Sie nicht eingegangen, weil Sie es nicht wissen. Wenn Sie auf Ihre "erfolgreiche Politik" eingehen, muss man sich fragen, warum es denn beim Jungfernstieg mit Public-private-partnership nicht klappt. Wenn es in diesem Bereich nicht klappt, warum soll es mit viel mehr Millionen Euro – 250 Millionen Euro – klappen? Diese Frage müssen Sie doch beantworten können.

Und wenn Sie eben so schön sagen, die Unternehmer dieser Stadt investieren wieder, weil Sie Senator seien: Dazu kann ich nur sagen, als Unternehmer investiere ich nicht, weil Sie Senator sind. Das ist ein Irrtum, das ist wirklich eine große Fehleinschätzung.

(Beifall bei der SPD)

Ein letzter Punkt: Sie haben gesagt, Bildung sei ein Schwerpunkt. Wir haben erlebt – und der Bürgermeister hat es ja selbst eingestanden –, dass Bildung eben kein Schwerpunkt ist und dass Sie dort überall sehr viel einsparen, was wehtut. Das hat der Bürgermeister selbst gesagt. Frau Dinges-Dierig muss es ja immer mit mehr oder weniger Vergnügen exekutieren, aber das ist doch das Problem, dass Sie dort an den Grundlagen etwas wegnehmen. Dazu fehlt mir auch eine wirklich substantielle Aussage von Ihnen, aber wahrscheinlich haben Sie dazu auch keinen Bezug.

(Beifall bei der SPD)

B **Vizepräsidentin Bettina Bliebenich:** Das Wort erhält der Abgeordnete Maier.

Dr. Willfried Maier GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Senator Uldall, Sie sprechen von Intensivierung der Investitionstätigkeit. Noch einmal: Sie geben im Jahr 2006 mit dem Sonderinvestitionsprogramm 10,5 Prozent des Gesamtetats in die Investitionen. Im Jahr 2001 wanderten 10,9 Prozent dorthin. Das ist Ihr Intensivierungsprogramm: Es ist weniger.

Zum Zweiten: Sie reden davon, dass sich private Investitionen in der Größenordnung von 250 Millionen Euro an dem Projekt beteiligen werden. Ich kapiere allmählich, was Sie mit privaten Investitionen meinen:

(Michael Neumann SPD: Messeausbau!)

Sie kamen nicht zufällig auf die HHLA und auf die Messe. Das heißt, von Ihnen angeordnete Investitionen städtischer Gesellschaften

(Michael Neumann SPD: SAGA und GWG auch noch und der HVV!)

zählen jetzt plötzlich im Investitionsvolumen im Haushalt der Stadt mit. Solche privaten Investitionen von städtischen Unternehmen hat es aber schon immer gegeben. Die haben wir aber noch nie in der Investitionsquote der öffentlichen Hand gemessen.

(Jan Peter Riecken SPD: Alles Augenwischerei!)

Das fangen Sie an, um optisch eine hohe Latte zu kriegen. Das ist aber alles.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

C Drittens, Ihre Finanzierungsvorschläge. Sie sagen, Sie machen die Sache jetzt viel solider, denn Sie würden ja sogar die Kreditaufnahme absenken und vollzögen die Investitionen zum Teil durch Umorganisation des öffentlichen Eigentums, indem Sie öffentliches Eigentum verkaufen und damit neue Investitionen tätigen. Ob das solide ist, ob dabei etwas herauskommt oder nicht, werden wir erst wissen, wenn wir die Doppik eingeführt haben, wenn wir wissen, ob der Vermögensbestand der Stadt tatsächlich am Ende gestiegen ist oder nicht. Im Moment wissen wir das nicht. Im Moment machen Sie es freihändig und tun aber so, als ob jede dieser Umschichtungen wirtschaftlich vernünftig sei. Das weiß ich aber gar nicht. Ich nehme an, dass zum Beispiel das lange bei der Stadt verbliebene Grundvermögen – das Sie ja zu einem beträchtlichen Teil verwenden wollen, um damit Investitionen zu tätigen – durch einfaches Daliegenlassen und durch Verknappung wahrscheinlich die höchste Wertsteigerungsrate im gesamten städtischen Vermögen erzielt hat. Die Verknappung kann die Stadt ja organisieren. Sie haben wahrscheinlich keinen Vermögensbestand, der so schnell im Wert gestiegen ist wie dieses. Alle anderen städtischen Investitionen sind nach einiger Zeit wieder gesunken. Das heißt also, städtische Grundstückswirtschaft war bisher immer ein ausgesprochen lohnender Bereich für die Vermögensbildung der Stadt. Den stellen Sie aber gerade zur Disposition zugunsten kurzfristiger Investitionen, die Sie daraus finanzieren wollen. Ob das dauerhaft und nachhaltig ist, steht in den Sternen. Ich glaube nicht so richtig daran.

Insgesamt bleibt es also dabei: Erstens intensivieren Sie die Investitionen gar nicht, zweitens, das, was Sie zusätzlich zu machen gedenken, finanzieren Sie nicht richtig, drittens schaffen Sie sich Spielräume am Parlament vorbei und viertens haben Sie einen großen Lautsprecher. Das muss man zugeben.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

D **Vizepräsidentin Bettina Bliebenich:** Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Dann kommen wir zur Abstimmung. Zunächst zum Bericht Drucksache 18/1763. Hierin wird eine Kenntnisnahme empfohlen. Diese ist erfolgt.

Nun zum Bericht Drucksache 18/1764. In Ziffer 1 wird eine Kenntnisnahme empfohlen. Diese ist erfolgt. Wer stimmt der Empfehlung in Ziffer 2 zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit Mehrheit angenommen.

Hierzu bedarf es einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat einer sofortigen zweiten Lesung zu?

(Der Senat gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

– Das tut er. Gibt es Widerspruch aus dem Hause? – Das ist nicht der Fall. Wer will den soeben in erster Lesung gefassten Beschluss in zweiter Lesung fassen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit Mehrheit so beschlossen. Das ist damit auch in zweiter Lesung und somit endgültig beschlossen worden.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt 37, der Drucksache 18/1836, Antrag der SPD-Fraktion: Ablehnung der EU-Richtlinie über die Dienstleistungen im Binnenmarkt.

**[Antrag der Fraktion der SPD:
Ablehnung der EU-Richtlinie über die Dienstleistungen im Binnenmarkt – Drucksache 18/1836 –]**

- A Hierzu liegt Ihnen als Drucksache 18/1911 ein Antrag der GAL-Fraktion vor.

**[Antrag der Fraktion der GAL:
Überarbeitung der Dienstleistungsrichtlinie – Senat
muss Stellung beziehen! – Drucksache 18/1911 –]**

Beide Drucksachen möchte die CDU-Fraktion an den Europaausschuss überweisen. Wer wünscht das Wort? – Herr Dees, Sie haben es.

Hans-Christoff Dees SPD: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich Sie einen kurzen Augenblick anhand eines Beispiels aus meiner eigenen beruflichen Anschauung in eine etwas andere Welt führen. Es ist die Welt der Logistik und Hochregallager und, sagen wir einmal, das Jahr 2010, das ist der Zeitpunkt, zu dem die Dienstleistungsrichtlinie der EU zwischenzeitlich vollständig in Kraft getreten sein würde. Stellen Sie sich drei Anbieter von Logistikdienstleistungen vor, zum Beispiel einen Hamburger mit seinem Hochregallager in einem Gewerbegebiet, einen vom Hamburger Nachbarland direkt an der Hamburger Landesgrenze und einen polnischen Dienstleister, der direkt neben dem Hamburger Anbieter im selben Gewerbegebiet in einem identischen Gebäude seine Logistikdienstleistung anbietet. Ein Kunde benötigt nun für eine Zwischenlagerung von vielen tausend Paletten unter anderem mehr als 500 Kubikmeter Aerosoldosen. Das entspricht etwa 500 Tonnen leicht flüchtiger und entflammbarer Gase.

Für beide deutsche Anbieter gelten eine Reihe von Richtlinien. Ich habe mir das einmal von Kollegen zusammenstellen lassen. Das ist die Betriebssicherheitsverordnung,

- B die Löschwasserrückhalterichtlinie, das Wasserhaushaltsgesetz, die Industriebaurichtlinie, das Arbeitsschutzgesetz, die Gewerbeordnung, die Arbeitsstättenverordnung und die Arbeitsstättenrichtlinie. Das ist nur die grobe Hälfte, den Rest erspare ich Ihnen.

Nach dem Willen der EU-Kommission gilt für den polnischen Anbieter hingegen keine dieser Rechtsvorschriften, sondern nur diejenigen seines Herkunftslandes. Mit diesem einfachen Prinzip – wenn man darüber nachdenkt, mutet es einen fast erst einmal genial an – will die EU-Kommission es sich ersparen, Richtlinien, Verordnungen und Gesetze von 25 Mitgliedsländern durchzusetzen zu müssen. Die EU-Kommission will verhindern, dass der Dienstleistungserbringer, der die Dienstleistung in einem anderen EU-Mitgliedstaat erbringt, in irgendeiner Form durch restriktive Maßnahmen oder diskriminierende Vorgehensweise öffentlicher Stellen behindert wird. Der gleichberechtigte Marktzutritt soll sichergestellt werden.

Die Grundidee ist dabei ja durchaus richtig. Es verbinden sich auch weitere Erleichterungen, über die wir in der nächsten Zeit durchaus nachdenken sollten. Prinzipieller erwägenswert sind die Abschaffung bestimmter Verwaltungsauflagen, die für kleine und mittlere Unternehmen besonders belastend sein können. Doch schauen wir uns an, wie die Geschichte ausgehen wird: Der Hamburger Dienstleister wird nach einer monatelangen Genehmigungsprozedur von der Hamburger Behörde eine Reihe von besonders kostspieligen Auflagen gemacht bekommen. Nur um Ihnen ein einziges Beispiel dieser Auflagen zu nennen: Man wird ihm vorschreiben, alle 1000 Quadratmeter einen Brandabschnitt einzurichten. Hierfür ist die Errichtung massiver Brandschutzwände aus Beton notwendig. In unserem Beispiel wären das fünf Stück.

Das wird in der bestehenden Anlage entweder nicht machbar sein oder dem Dienstleister eine Investition in Millionenhöhe abverlangen und entsprechend den Preis für seine Dienstleistung verteuern.

Alternativ kann es der Kunde auch mit dem deutschen Anbieter aus dem Nachbarland direkt an Hamburgs Grenze probieren. Dort geht es ihm schon etwas besser. Die Behörde interpretiert vor dem Hintergrund der Rechtslage und der Vorschriften die technische Situation anders und fordert nur einen Brandabschnitt alle 7200 Quadratmeter, was nachher in den Kosten eine Menge ausmachen kann. Den besten Preis wird aber der polnische Anbieter machen können. Er braucht keine gesonderten Maßnahmen zu treffen. Er wird schon jetzt den günstigsten Preis anbieten können, vermutlich auch Dienstleister aus anderen EU-Mitgliedstaaten, das war aber leider unmöglich zu recherchieren, denn bei 25 Mitgliedsländern Verordnungen, Gesetze und Richtlinien diesbezüglich aufzustöbern hätte die Kapazität einer Heerschar von Büros und wissenschaftlichen Mitarbeitern gekostet und wäre wahrscheinlich nicht einmal zu einem Ergebnis gekommen.

Es wird noch schlimmer: Der polnische Dienstleister wird einen Subunternehmer beauftragen können, der ihm polnische Arbeitskräfte besorgt, zu Dumping-Löhnen, zu extremen Arbeitszeiten und bei schlechterem Arbeitsschutz. Das ist das Schlimmste, was uns im Zusammenhang mit Europa passieren kann. Das ist auch das Schlimmste, was Europa als großer Idee in diesem Land widerfahren kann. So etwas müssen wir auf jeden Fall verhindern.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Dass wir als Ergebnis der Dienstleistung einen völlig verzerrten Wettbewerb haben werden, ist, glaube ich, deutlich geworden. Nun wird aber in der Richtlinie das Prinzip des Herkunftslandes noch getoppt. Zuständig für die Überwachung der Gesetze, Verordnungen und Richtlinien sind die Behörden des entsprechenden Heimatlandes des Dienstleisters. Es bleibt völlig unverständlich, wie das funktionieren soll, denn natürlich kann von den Behörden eines anderen EU-Mitgliedstaates nicht erwartet werden, dass sie eine effektivere Kontrolle ausüben als diejenigen Behörden, die vor Ort sitzen. Nebenbei bemerkt, es darf auch daran gezweifelt werden, ob überhaupt ein wirkliches Interesse der entsprechenden Behörde bestünde. Wenn eine riesige Behörde dann für sich beschließe, das gehe so nicht, da sei irgend etwas im Argen, müsste sie sich erst über ein kompliziertes Behörde-zu-Behörde-Verfahren die entsprechende Genehmigung holen, all diese Rechtsvorschriften zu überprüfen. Wie schnell das mit Behörde-zu-Behörde-Verfahren scheitern kann, sehen wir ja schon in Hamburg im Einzelfall. Delegierte man eine solche Aufsichtspflicht, würde es aber bedeuten, dass wir konkret vor Ort hier in Hamburg 25 Mal, für alle Mitgliedsländer, Gesetze, Richtlinien und Verordnungen kennen, beherrschen und anwenden müssten und das nur für den einen Einzelfall, den ich Ihnen hier aufgelistet habe. Für andere Fälle mag es völlig andere Gesetze und Verordnungen geben.

Und auch selbst das ist noch nicht alles, denn jede, aber auch wirklich jede wirtschaftliche Tätigkeit wird durch diese EU-Dienstleistungsrichtlinie erfasst. Dazu zählen auch Felder wie die Gesundheitsversorgung und die Pflegedienste. Der Beschluss des Bundesrates zur Dienstleistungsrichtlinie lehnt zu Recht die unterschieds-

A lose Anwendung des rein von Binnenmarktgesichtspunkten bestimmten Vorschlages auf eben solchen Tätigkeitsfeldern wie Gesundheits- oder Pflegedienste ab. Ich verzichte hier, ein leicht konstruierbares Beispiel länger auszuführen, wie schwierig es für ältere oder kranke Menschen werden dürfte, die Einhaltung medizinischer, pflegerischer oder sozialer Standards zu überprüfen, wenn plötzlich nicht mehr deutsche, sondern polnische oder lettische Vorschriften greifen und im Zweifel auch noch die Gerichte aus diesen Ländern für die Klagen entsprechend zuständig sein müssten. An dieser Stelle ist die Richtlinie nicht mehr nur abstrus, sondern angesichts der Ohnmacht, die man sich bei den Betroffenen vorstellen kann, geradezu – das muss ich leider sagen – unverfroren.

Ich habe Ihnen aber bewusst eingangs ein anderes Beispiel als diese am häufigsten zitierten Beispiele genannt, gewissermaßen aus der Mitte des Hamburger Wirtschaftslebens, weil wir finden, dass der Bundesratsbeschluss in Wahrheit zwar richtigerweise den Schutz des Gemeinwohlinteresses aufgreift, sich aber eben mit seiner Kritik nur auf diese Tatbestände von Pflege und Gesundheit konzentriert und das viel zu kurz greift. Noch weniger ist es den europapolitischen Schwerpunkten des Senats von Anfang Januar dieses Jahres zu entnehmen, wie Sie eigentlich zu der Dienstleistungsrichtlinie stehen. Gerade einmal 17 Zeilen in, glaube ich, Acht- oder Sieben-Punkt-Mikroschrift, zweispaltig auf acht Seiten, 17 Zeilen davon sind diesem gravierenden Umwälzungen gewidmet, die uns gegebenenfalls erreichen können. Frau Merkel, Ihre Parteivorsitzende, hat gerade erst Ende Februar, am 28., das Herkunftslandprinzip, das ich Ihnen ausführlich in seinen Auswirkungen geschildert habe, unterstützt und will nur ein paar mehr Ausnahmen, vermutlich genau die in den Bereichen Gesundheitsdienst und Pflegedienste. Die CDU in der EVP-Fraktion möchte allerdings noch das Handwerk, das deutsche Zunftwesen und die freien Berufe vor Konkurrenz in Deutschland schützen. Das ist die Form von Klientelpolitik, die wir in vielen bundesrepublikanischen Reformdebatten der letzten Jahre bei Ihnen immer wieder beobachtet haben und wo Sie sich auf Bundesebene zum großen Reformtiger aufschwingen, aber allzu oft in Wahrheit Besitzstandswahrung meinen.

B Die Kommissionsinitiative fußt auf der Lissabon-Strategie der EU-Staats- und -Regierungschefs aus dem Frühjahr 2000. Die sozialdemokratische Fraktion begrüßt ausdrücklich die Kernelemente der Strategie, die darauf abzielen, mittels einer Wirtschaftsreform die Union in den nächsten zehn Jahren zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten Wirtschaftsraum in der Welt zu machen. Schließlich ist ja Hamburg schon immer wichtiger Bestandteil von Handel und Wettbewerb gewesen. In diesem Sinne ist zwar die Kommissionsinitiative im Prinzip folgerichtig – nämlich einen besseren Binnenmarkt für Dienstleistungen zu schaffen –, durch breiteren Wettbewerb neue Impulse, Innovation und mehr Wachstum und Beschäftigung zu ermöglichen. Doch das Prinzip des Wettbewerbes ist doch nur dann richtig verstanden, wenn es unter anderem dem Unternehmen auf Basis sozialer und ökologischer Standards durch eine höhere Effizienz und durch mehr Innovation Vorteile schafft und damit einen Wettbewerb, der uns nach vorn bringt. Aber es wäre doch ein gesellschaftlicher Rückschritt, wenn wir Wettbewerb so verstünden, dass es in einen Unterbietungswettbewerb sozialer Standards mündete. Ein solch falsch verstandener Wettbewerbsbegriff und vermeintli-

cher wirtschaftlicher Dynamik führt in die Irre, zu Lohn-dumping und letzten Endes auch in die wirtschaftliche Stagnation.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Wir sind deshalb außerordentlich erleichtert, dass es Bundeskanzler Schröder und Präsident Chirac gelungen ist, die EU-Kommission dazu zu bewegen, die Dienstleistungsrichtlinie grundlegend zu ändern. Der Senat steht in der Pflicht, sich nicht weiter vor diesen Fragen wegzuducken, seine Haltung offen zu legen und seine Vorstellung zu erläutern, um in diesen Prozess, der jetzt stattfindet, einzubringen, wie wir zu mehr Wettbewerb und Wachstum innerhalb der EU kommen, ohne die Standards zu senken.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Das Wort erhält der Abgeordnete Harlinghausen.

Rolf Harlinghausen CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Eins hat mich ja eben fasziniert, Herr Dees, dass Sie genau wissen, wie die Situation in Polen im Jahre 2010 ist, dass Sie genau wissen, wie dann die Preise pro Quadratmeter aussehen. Ich werde Sie mal wegen der Lottozahlen fragen. Das hat schon so etwas von dem, was man einmal Fünf-Jahres-Plan nannte. Das geht ja noch darüber hinaus.

(*Ingo Egloff SPD: Der Mann hat einfach Ahnung, im Gegensatz zu Ihnen!*)

Der Wirbel, der in den letzten Tagen und Wochen

(*Tanja Bestmann SPD: Sie sind doch Lehrer!*)

um den Vorschlag des ehemaligen EU-Kommissars Frits Bolkestein zur Liberalisierung von Dienstleistungen im EU-Binnenmarkt gemacht wird, mutet schon etwas seltsam an, liegt doch das Ansinnen, staatliche Vorschriften für Dienstleistungen in dem Land, in dem sie angeboten werden, zu beseitigen, nicht erst seit gestern auf dem Tisch. Auch besteht im Grunde sehr viel Einvernehmen, was die grundsätzliche Richtung dieses Vorhabens anbelangt. Worüber gestritten wird, ist die konkrete Ausgestaltung. Das Rauschen aber, das dieser Tage durch den Blätterwald und andere Medien geht – manche sprechen sogar schon von einem Sturm –, hinterlässt einen ganz anderen Eindruck bei den Bürgerinnen und Bürgern. Mit Ihrer massiven Kritik inklusive der internen Widersprüchlichkeiten, personifiziert durch Minister Clement, hat die Bundesregierung – wie schon in anderen Fällen – der Sache mehr geschadet als genutzt. Da war die Rede – und das haben wir heute auch wieder gehört – von Dumpinglöhnen und einer Aufweichung des Arbeitsschutzes und wie sooft ist Brüssel mal wieder an allem Schuld.

Tatsache ist jedoch, meine Damen und Herren, dass es die rotgrüne Bundesregierung war, die den Kommissionsentwurf auf dem Kabinettstisch in Berlin verstauben ließ, statt rechtzeitig substanziellem Einfluss auf die Verhandlungen zu nehmen.

(*Michael Fuchs CDU: Sehr richtig!*)

Wer sitzt denn, meine Damen und Herren, im Ministerrat und trägt die Erstverantwortung? Die Brisanz der Sache wurde nicht erkannt oder billigend vernachlässigt.

(*Klaus-Peter Hesse CDU: So ist das!*)

A Nun wird versucht, sich berechtigten Angriffen zu entziehen und durch medienwirksame Fensterreden von der Verantwortung abzulenken. Herr Dees hingegen zählt die Zeilen in der Drucksache über die europapolitischen Schwerpunkte des Senats. Es ist vorrangig an der Bundesregierung, ein durchdachtes Änderungspaket auf europäischer Ebene durchzusetzen.

(Uwe Grund SPD: Was wollen Sie denn? Sagen Sie mal, was Sie wollen!)

Vor diesem Hintergrund entbehren die vorliegenden, etwas blutarmen Anträge der Hamburger Opposition nicht einer gewissen Komik.

(Beifall bei der CDU)

Einer tragischen Komik muss man sagen,

(Christian Maaß GAL: Was wollen Sie denn?)

denn offensichtlich sieht sich die SPD-Fraktion nur veranlasst, die Genossen in Berlin ein wenig wachzurütteln. Unterstützt von einer starken CDU-Fraktion,

(Gesine Dräger SPD: Wo?)

erhofft sich der SPD-Antragsteller, der hier seinen eigenen Antrag noch nicht einmal selbst vertritt, da werde das zarte Stimmchen der Hamburger SPD vielleicht bei den Genossen in Berlin erhört, sodass sich die Bedenken gegen die Dienstleistungsrichtlinie dann doch noch in Brüssel durchsetzen lassen.

(Ingo Eglöf SPD: Sie reden etwas wirr, Herr Kollege!)

B – Das kann auch an Ihnen liegen.

Den Zusatzantrag der Grünen, Herr Sarrazin, finde ich direkt sympathisch.

(Manuel Sarrazin GAL: Bitte nicht!)

Abgesehen davon, dass er im Vorspann eine bessere Recherche der Sachlage zu erkennen gibt, lässt er deutlich werden, dass sich die Opposition auf den Sachverständ und die Tatkraft des Senats verlässt und ihn um konkrete Änderungsvorschläge bittet.

(Wilfried Buss SPD: Was denn sonst?)

Meine Damen und Herren! Wir halten an den Grundprinzipien der Richtlinie fest. Die Öffnung des europäischen Marktes für Dienstleistungen verbessert die Absatzchancen deutscher und nicht zuletzt auch Hamburger Unternehmen im europäischen Ausland und schafft tausende neuer Arbeitsplätze, einer seriösen Studie zufolge, insgesamt bis zu 600 000 und davon allein 100 000 in Deutschland. Das hat auch der Wirtschaftssenator eben explizit erwähnt, dass die Schaffung von Arbeitsplätzen nicht ganz unwichtig ist. Die Bedeutung dieses Aspekts kann bei unseren Schwierigkeiten gar nicht genug hervorgehoben werden.

Die Dienstleistungsrichtlinie beinhaltet eine ganze Reihe von positiven Aspekten, die wir nicht vergessen sollten. So sieht sie vor – um nur ein kleines Beispiel dafür zu geben –, dass Dienstleister in den Behörden einen einheitlichen Ansprechpartner haben und alle Verwaltungsfürformalitäten elektronisch erledigen können.

(Gesine Dräger SPD: Dafür brauchen Sie eine Richtlinie?)

– Ich sagte, ein kleines Beispiel.

C

Allerdings kann die Liberalisierung auch Wettbewerbern den Zutritt zum deutschen Markt weiter erleichtern. Das ist wohl wahr. Wir müssen uns dafür einsetzen, dass es hier eben nicht zu einer Nivellierung von Qualitätsstandards zulasten der deutschen Verbraucher kommt. Ebenso müssen wir darauf drängen, dass die lokalen Behörden trotz des Herkunftslandprinzips vor Ort die ausländischen Unternehmen kontrollieren dürfen. Auch muss klargestellt werden, dass die Dienstleistungsrichtlinie die Mitgliedstaaten nicht zur Privatisierung von Leistungen der Daseinsvorsorge zwingt. Privatisierungen haben in der Regel Vorteile. Hier haben wir eine Ausnahme. Um sensible Bereiche bei uns zu schützen, muss der Anwendungsbereich des Herkunftslandprinzips genau präzisiert werden. Dabei müssen wir die berechtigten Bedenken des Handwerks und der freien Berufe einbeziehen.

Der neu zuständige EU-Kommissar Charlie McCreevy hat bereits angedeutet, dass er in diesem Bereich zu Compromissen bereit ist. Von einer Liberalisierung ausgenommen werden könnten – so ist aus Brüssel zu hören – das Gesundheitswesen und die öffentliche Daseinsvorsorge.

Meine Damen und Herren! Bei der nun anstehenden Nachbesserung der Dienstleistungsrichtlinie gilt es, Risiken zu minimieren und Chancen zu maximieren. Dies geht nicht durch hektischen Aktionismus, sondern durch eine ausgewogene Einflussnahme.

(Beifall bei der CDU)

An diesem Ziel will die CDU-Fraktion gerne mitwirken. Fatal für Hamburger Belange – und nicht nur dort – wäre es, wenn europafeindliche Töne in der Diskussion um die Dienstleistungsrichtlinie die Oberhand gewinnen. Europapolitik ist so gut wie ihre Akteure. Wer im Glashaus sitzt und mit Steinen wirft, schadet nur der europäischen Idee.

(Beifall bei der CDU)

D

Was uns weiterbringt, ist eine fundierte Beratung darüber, wie Hamburgs Interessen chancenreich in den laufenden Prozess eingebracht werden können. Von daher plädieren wir für eine Überweisung der Drucksache an den Fachausschuss. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Das Wort erhält der Abgeordnete Sarrazin.

Manuel Sarrazin GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ein Satz zu Herrn Dees: Ich werde hier nicht die parteipolitischen großen Grabenkämpfe aufmachen. Dafür ist das Thema zu komplex und ich glaube, dass das bisher kaum einer in seiner ganzen Tragweite durchblickt hat. Das hat auch, wenn man die Dokumente studiert, die Anhörung im EP im November gezeigt, dass es wirklich ein schwieriges Thema ist. Aber wenn Sie von dem Preis des polnischen Anbieters reden, dann gehen Sie natürlich davon aus, dass die polnischen Standards geringer sind als die deutschen. Das mag in vielen Bereichen der Fall sein, aber es ist eine typisch deutsche Debatte, nur davon auszugehen, dass wir immer die höchsten Standards hätten und andere immer die niedrigsten. In vielen Bereichen stimmt das, aber auch nicht immer.

A Der zweite Punkt ist, dass Sie zu Recht gesagt haben, dass der Senat in der Pflicht steht, darzulegen, was seine Inhalte sind. Ich habe gerade heute die Antwort auf meine Große Anfrage gesehen und da muss ich wirklich sagen, dass ich enttäuscht bin. Ich hätte mir gewünscht, dass der Senat offener darlegt, welches seine Positionen sind und auch offener zu den Chancen und Risiken für Hamburg speziell Stellung nimmt, damit wir auch hier im Parlament offener und wirklich anhand der Sache diskutieren könnten. Da ist dann leider auch ein bisschen unser Zusatzantrag vorweggenommen.

Zum Bereich Gesundheitsdienstleistungen. Im Ratsdokument der luxemburgischen Präsidentschaft ist im Erwägungsgrund 47 a) festgehalten, dass die Gesundheitsdienstleistungen aus Sicht des Rates im wesentlichen Bereich nicht unter das Herkunftslandprinzip fallen werden, sondern eher unter den Bereich der Niederlassungsfreiheit. Das ist auch ein Bereich, der sehr kompliziert und schwierig ist. Deswegen würde ich ihn nicht so einfach für Beispiele nehmen.

Insgesamt kann man sagen, dass die Dienstleistungsrichtlinie ein dermaßen komplexes Thema ist, dass man in der Behandlung, gerade auch in einem Parlament, Schwierigkeiten hat, das einfach zusammenzufassen. Trotzdem gibt es auch einen gewissen komischen Aspekt der Debatte heute.

Erstens – das hat Herr Dees auch schon genannt –, hat der Senat in den europapolitischen Schwerpunkten den Entwurf der Kommission als eine Harmonisierung nationalstaatlicher Regelungen bezeichnet. Das ist tatsächlich ein Witz. Tatsächlich bedeutet die Dienstleistungsrichtlinie mit der Einführung des Herkunftslandprinzips das Gegenteil, nämlich die Wegkehr von der Harmonisierung nationalstaatlicher Regelungen.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Aber auch im SPD-Antrag ist im Pettitum ein Bundesratsbeschluss erwähnt. Mir sind leider zwei bekannt. Einer aus dem April und einer aus dem Juli. Es wäre dann vielleicht eine Klarstellung im Ausschuss noch einmal angebracht oder dass vielleicht die Übermittlung des zweiten Beschlusses nicht schnell genug gelaufen ist.

(Rolf Harlinghausen CDU: Deswegen sagte ich ja blutarm!)

Auch das hat für mich eine gewisse Komik.

Die Dienstleistungsrichtlinie hat ein Ziel und das Ziel ist auch der jetzigen Situation unterzuordnen, ganz egal, wie man dazu steht. Ich glaube, darüber sind wir uns alle einig. Die Wirtschaftsfreiheit, die mit dem freien Binnenmarkt im Schengener Raum hergestellt werden sollte, die zum großen Teil, zum Beispiel im Bereich der Personenfreizügigkeit auch gegeben ist, ist für Dienstleistungen tatsächlich noch nicht hergestellt. Gleichzeitig ist der Dienstleistungssektor in unserer heutigen Welt von immer größerer wirtschaftlicher Bedeutung. Wir alle wissen, dass es in einer postindustriellen Gesellschaft immer mehr auf qualitative und gute Dienstleistungen ankommt, gerade auch im europäischen Binnenmarkt. Deswegen begrüßen alle Seiten – das gilt auch für die Gewerkschaften, für die SPD und auch für uns – grundsätzlich das Anliegen, den Dienstleistungsverkehr im Binnenmarkt zu verbessern.

C Die Kommission hat diesen Entwurf, über den wir diskutieren, Anfang letzten Jahres vorgelegt. Es gibt ein Ratsdokument, das, glaube ich, im Januar dieses Jahres von der luxemburgischen Präsidentschaft aufgelegt wurde, in dem zahlreiche Änderungen festgehalten sind. Aus unserer Sicht nicht genügend, aber man sieht schon, dass es in eine andere Richtung geht.

Das Europäische Parlament hat im November eine Anhörung mit vielen Experten zu dem Thema durchgeführt. Es gab nicht nur dort, aber auch dort sehr viel Kritik, nicht nur von Interessenverbänden, sondern auch von Experten, die sehen, dass handwerkliche Fehler vorliegen. In der letzten Woche hat – das hat Herr Harlinghausen auch gesagt – die Kommission angekündigt, die Dienstleistungsrichtlinie insgesamt zu überarbeiten. Insofern sehe ich den ersten Punkt des SPD-Antrages nicht mehr als wirklich zeitgemäß an. Sie haben ihn vorher eingereicht. Das ist nicht Ihr Fehler, aber da ist mehr in Bewegung als wir das vor wenigen Wochen noch denken oder sehen konnten.

D Dennoch müssen wir sagen, dass es gerade vor diesem Hintergrund jetzt gilt, sich differenziert und sachlich auseinander zu setzen und auch die Auswirkungen, Risiken und Chancen für Hamburg im Auge zu behalten. Dass wir das versuchen wollen, haben wir mit der Großen Anfrage bewiesen. Der Senat hat mit seiner Antwort – ehrlich gesagt, für mich erstaunlicherweise – auch Vorlagen nicht angenommen, sondern zeigt eher, dass er sich nicht differenziert und sachlich damit auseinander setzen will, sondern europapolitisch mal wieder irgendwie im Dunkeln schifft und versucht, sich auf Sachen draufzuhängen, die von woanders kommen.

(Beifall bei der GAL – Michael Fuchs CDU: Alles Quatsch!)

Was uns in der Diskussion wichtig ist und aus meiner Sicht auch in dem SPD-Antrag zu kurz kommt, sind die Punkte, die uns wichtig sind und auf die wir Wert legen müssen. Da reicht es aus meiner Sicht nicht, nur Bundesratsanträge zu zitieren und sich dahinter zu stellen.

Erstens: Bei der Überarbeitung der Dienstleistungsrichtlinie muss sichergestellt werden, dass die Daseinsvorsorge klar aus dem Anwendungsbereich des Herkunftslandprinzips ausgenommen werden muss. Das ist ein ganz wesentlicher Punkt. Die Kommission hat in den Beratungen im Europäischen Parlament immer gesagt, dass sie das eigentlich auch ausgenommen haben wollte. Den Formulierungen nach ist das nicht so. Das ist ein wesentlicher Kritikpunkt. Hier muss man auch von Hamburg aus massiv Druck ausüben, dass die Daseinsvorsorge ganz klar aus dem Anwendungsbereich heraus bleibt.

Zweitens: Die Entsenderichtlinie der Europäischen Union, die bisher regelt, dass im Grundsatz die Regelungen des Gastlandes gelten, wenn man als ausländischer Arbeitgeber im Dienstleistungsbereich beispielsweise ausländische Arbeitnehmer in einem anderen Land beschäftigt, darf durch die Dienstleistungsrichtlinie nicht unterhöht werden. Das ist ein ganz wesentlicher Punkt. Dann kommen wir nämlich in einen Dumpingprozess, in einen run to bottom-Prozess hinein, den man auf jeden Fall verhindern muss. Deswegen muss sichergestellt werden, dass die Regelung der Entsenderichtlinie und die Regelung in der deutschen Umsetzung des Entsendegesetzes auch weiter sichergestellt und nicht unterhöht werden.

A Der dritte Punkt – und das ist etwas, wo ich auch von Senatsseite Antworten erwartet hätte – ist, dass wir uns hier in Hamburg ganz konkret damit auseinander setzen müssen, wie wir vor dem Hintergrund einer möglicherweise in Kraft getretenen Dienstleistungsrichtlinie die Kontrolle gewährleisten wollen, selbst wenn in Teilen das Herkunftslandprinzip in Kraft ist.

(Beifall bei der GAL und bei Dr. Monika Schaal SPD)

Die Kritik, dass das Prinzip der Harmonisierung nationalstaatlicher Regelungen nicht aufrechterhalten bleibt, ist schon genannt worden. Das ist richtig. Genauso ist die Kritik richtig, dass die Kommission einen horizontalen Ansatz bei der Dienstleistungsrichtlinie gewählt hat, anstatt zu versuchen, ganz bestimmte Bereiche herauszupicken und dafür Regelungen zu machen, in denen besonderer Handlungsbedarf besteht. Natürlich ist auch das schwierig. Dennoch werden viele, viele Sachen sowohl in der Kommission als auch zum Teil im neuen Ratsdokument über einen Kamm geschoren und viele, viele Einzelbeispiele sind dabei nicht berücksichtigt worden.

Das Ratsdokument aus dem Januar bietet Fortschritte, zum Beispiel bei der Daseinsvorsorge. Das reicht aber nicht aus. Gerade im Bereich der Daseinsvorsorge ist es von ganz wesentlicher Bedeutung, dass eine Rahmenrichtlinie auf europäischer Ebene vorangeschoben wird, um die Daseinsvorsorge per Rahmenrichtlinie europaweit einheitlich zu regeln. Dass solch einer Position nicht durch eine Dienstleistungsrichtlinie vorgegriffen wird, dafür müssen wir uns alle gemeinsam einsetzen.

B

Wir sollten aber auch in Bezug auf den Dienstleistungssstandort Hamburg über mögliche positive Aspekte reden. Herr Harlinghausen hat – das ist natürlich wieder peinlich, es werden mir manchmal gewisse Gerüchte vorhergesagt – die Schaffung des einheitlichen Ansprechpartners erwähnt. Den hatte ich auch auf dem Zettel. Der Bundesrat hat sich in seinen Beschlüssen massiv gegen die Einrichtung eines einheitlichen Ansprechpartners gewandt. Er hält das für einen Eingriff in seine Rechte gemäß dem Subsidiaritätsprinzip. Ich finde die Idee an sich nicht so schlecht und meine, wir sollten gucken, inwieweit so etwas nicht auch positive Effekte haben kann.

Grundsätzlich stimmen wir mit vielen Ideen überein, die im Teilbereich der Niederlassungsfreiheit der Dienstleistungsrichtlinie geregelt sind. Es ist durchaus richtig, dass es zum Teil nationalstaatliche Regelungen gibt, die einfach nur Bürokratie sind. Darüber werden wir uns auch alle einig sein, dass man dort zum Teil für Vereinfachungen sorgen kann, zum Beispiel bei den Übersetzungserfordernissen und anderen. Deswegen ist es uns erstens wichtig, dass wir zwischen den einzelnen Teilen der Dienstleistungsrichtlinie differenzieren müssen. Die Frage der Niederlassungsfreiheit ist eine andere Frage als die Frage des freien Dienstleistungsverkehrs. Innerhalb des freien Dienstleistungsverkehrs ist es tatsächlich das Herkunftslandprinzip, das den wesentlichen Kritikpunkt ausmacht und wo ganz massiv Risiken vorliegen. Wir müssen aber auch zwischen den Risiken differenzieren, die genannt werden, den Chancen für Hamburg und auch den speziellen Gegebenheiten, die in Hamburg vorliegen. Da hatte ich mir vom Senat in der Antwort mehr erwartet. Ich hoffe, dass wir dazu im Ausschuss vielleicht mehr Aussagen haben werden.

Zum SPD-Antrag hatte ich schon gesagt, dass mein Problem damit ist, dass ich mich inhaltlich gerne an ihm abgearbeitet hätte. Sie formulieren, dass Sie grundsätzlich die Kritik des Bundesrates teilen. Ich halte die Bundesratsbeschlüsse auch in ihrer inhaltlichen Ausrichtung für grundsätzlich richtig. Es gibt aber Einzelpunkte und auch einzelne Formulierungen, bei denen ich das anders sehe. Insgesamt finde ich die Struktur des Antrages nicht so gut. Ich finde es gut, wenn wir hier, auch vor dem Hintergrund der speziellen Hamburger Gegebenheiten, richtig in die Sachdiskussion einsteigen und gucken, wo die Punkte sind, wo wir aus Hamburger Sicht ganz massiv darauf drängen müssen, dass in Berlin und in Brüssel nachgebessert wird, Sachen aus dem Anwendungsbereich herausgenommen werden. Wo sind Sachen, wo wir gemeinsam arbeiten können, wo muss man im Doppelspiel arbeiten? Das wäre mir wichtig. Deswegen würden wir uns bei dem Antrag in der uns heute vorliegenden Form und auch vor dem Hintergrund dessen, was der Kommissar McCreevy letzte Woche angekündigt hat, enthalten.

(Gesine Dräger SPD: Brauchen Sie nicht!)

– Müssen wir nicht. Ich bin mir auch sicher, dass wir gemeinsam zu einer konstruktiven Lage im Ausschuss kommen.

Ganz wichtig ist mir aber auch ein differenzierter Umgang mit der Frage der Dienstleistungsrichtlinie insgesamt. Wir dürfen nicht vergessen, dass die Entscheidung, einen Binnenmarkt mit einem freien Verkehr für Dienstleistungen, Personen, Finanzmittel, Waren einzuführen, schon vor ungefähr 10 bis 15 Jahren getroffen worden ist – 1993. Diese Entscheidung will keiner von uns rückgängig machen. Die Entscheidung für die Erweiterung der Europäischen Union ist von uns allen mitgetragen und längst gefallen. Auch diese Entscheidung möchte keiner rückgängig machen. Deswegen sehe ich es mit großer Besorgnis, wenn zurzeit in deutschen Medien an dem Beispiel der Fleischproduktion mit etwas unpräziser Gemengelage zwischen Dienstleistungsrichtlinie, Osterweiterung und einer allgemeinen Europaskepsis diskutiert wird. Dazu müssen wir als Politiker ganz klar sagen: Die Probleme, die zurzeit in der Fleischindustrie bestehen, bestehen nicht aufgrund einer zukünftigen Dienstleistungsrichtlinie. Sie bestehen ganz wesentlich auf der Grundlage deutscher Regelungslücken. Beispielsweise gibt es in Großbritannien oder Frankreich einen Mindestlohn, der so etwas verhindern würde, aber auch aufgrund dessen, dass es gerade im Bereich der Fleischindustrie keine Tarifverträge gibt, die zum Beispiel eine Verfolgung von Dumpinglöhnen nach Maßnahmen, die man gegen sitzenwidriges Lohndumping vornehmen kann, ermöglichen würden, weil es in dieser Branche keinen Flächentarifvertrag gibt, an dem man sich festhalten kann, um so etwas festzustellen. Das heißt, es sind zum Teil spezielle Diskussionen, die man anhand deutscher Besonderheiten festhalten kann und nicht in eine allgemeine Europaskepsis ummünzen sollte. Da besteht aus meiner Sicht eine große Gefahr für die Europafähigkeit in Deutschland. Auch vor dem Hintergrund der Diskussion um die Ratifizierung der Europäischen Verfassung.

(Beifall bei Christian Maaß GAL)

Die GAL-Fraktion wird sich weiter mit der Dienstleistungsrichtlinie und den Auswirkungen auf Hamburg befassen. Wir wollen nicht plötzlich in Aktionismus verfallen, sondern differenziert an den Punkten arbeiten.

C

D

A Festzuhalten ist erstens: Die Dienstleistungsrichtlinie muss im Sinne von Verbrauchern, Arbeitnehmern und Umwelt positiv beeinflusst werden. Es muss sichergestellt werden, dass Daseinsvorsorge ausgenommen wird, dass die Entsenderichtlinie nicht unterwandert wird und dass die Kontrolle gewährleistet ist. Wir wollen die Chancen und die konkreten Risiken in Hamburg im Auge behalten, um uns ordentlich vorzubereiten auf das, was uns möglicherweise blüht. Dazu brauchen wir in keiner Weise Vorgaben vom Senat, dazu brauchen wir auch Mitarbeit des Senats, dazu brauchen wir auf der anderen Seite auch keine Schnellschüsse.

Aufgabe ist es im jetzigen Moment, dass der Senat – und das haben wir in unserem Zusatzantrag gefordert – darlegen soll, was seine Positionen sind und wir müssen gemeinsam im Interesse Hamburgs darüber diskutieren, wie wir uns positionieren. Ich habe leider den Verdacht – und das darf ich hier unter uns sagen –, dass der Senat keine Position hat, die er uns darlegen kann. Von daher bin ich gespannt, wie wir im Ausschuss diskutieren. – Danke sehr.

(Beifall bei der GAL)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Das Wort erhält die Abgeordnete Ahrons.

(*Werner Dobritz SPD:* Wollen Sie das alles vorlesen?)

Barbara Ahrons CDU:* Frau Präsidentin, meine Damen, meine Herren! Niederlassungs- und Dienstleistungsfreiheit zählen nun einmal zu den Eckpfeilern des europäischen Binnenmarktes und werden auch durch die EG-Verträge garantiert. Die Dienstleistungsrichtlinie ist ein wesentliches Element der Lissabon-Strategie und unter diesem Aspekt sollten wir uns eigentlich auch damit beschäftigen.

Es liegt gleichermaßen im Interesse der Wirtschaft und auch der EU-Bürger, gewachsene Überregulierung und bürokratische Strukturen zu verringen. Durch die Dienstleistungsrichtlinie werden insbesondere kleine und mittlere Unternehmen ermutigt, mehr als bisher grenzüberschreitend tätig zu werden und zu expandieren. Bereits heute machen die Dienstleistungen rund zwei Drittel des EU-Bruttoinlandsproduktes aus. Gerade im Dienstleistungsbereich liegt ein großes Wachstumspotenzial, das wir fördern müssen, um das Wirtschaftswachstum in Europa zu steigern und damit neue Arbeitsplätze zu schaffen.

Um was geht es denn nun eigentlich? Herr Sarrazin hat schon eine Menge darüber erzählt. Die geplante Dienstleistungsrichtlinie soll auf einen Schlag für alle einheitliche Rahmenbedingungen für Dienstleistungen, vom Einzelhandel über freie Berufe, wie zum Beispiel Architekten oder Ingenieure bis hin zur Autovermietung, Unternehmensberatern, Wachdiensten, schaffen. Die Ausweitung des für Waren bereits geltenden Herkunftslandprinzips soll nach Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs auch auf Dienstleistungen übertragen werden. Das ist der Kern der Richtlinie.

Vorgesehen ist, dass ein in seinem Heimatland tätiger Dienstleister vorübergehend in anderen EU-Staaten aktiv sein kann, ohne eventuell weitergehende Vorschriften hier zu erfüllen oder zusätzliche Genehmigungen zu beantragen. Bei Verträgen zwischen privaten Verbrau-

chern und Dienstleistern soll weiterhin das Gesetz am Wohnsitz des Verbrauchers gelten, weil die EU-Staaten ihre nationalen Vorschriften noch nicht ausreichend angeglichen haben.

Als Ausnahmen – und deswegen weiß ich nicht, ob man manchmal unterschiedlich liest – vom Herkunftslandprinzip sieht die Richtlinie einige Dienstleistungen der Grundversorgung vor, und zwar bei der Wasserversorgung und dem bereits teilliberalisierten Gas-, Post- und Stromdiensten.

Meine Damen und Herren! Eine Fundamentalopposition gegen diese Richtlinie ist alles andere als konstruktiv.

(Beifall bei der CDU)

Zu einer Verwässerung der Kernpunkte darf es auf keinen Fall kommen, wenn wir den europäischen Binnenmarkt weiterentwickeln wollen. Die Kampagne von SPD und Gewerkschaften gegen diese Richtlinie ist doch nichts anderes als eine Wahlkampfkampagne im Vorfeld der Landtagswahlen, die wieder mit den Ängsten der Menschen spielt und von den eigenen Versäumnissen der Wirtschafts-, Sozial- und Arbeitsmarktpolitik ablenken soll.

(Beifall bei der CDU – *Uwe Grund SPD:* Reden Sie doch mal mit der Handwerkskammer!)

Obwohl die SPD wider besseren Wissens das Gegenteil behauptet, entbehren die geäußerten Befürchtungen fast ausnahmslos jedweder Grundlage.

(Beifall bei der CDU – *Ingo Egloff SPD:* Das stimmt doch gar nicht!)

Zahlreiche Ausnahmeregelungen schützen den Status quo in sensiblen Bereichen. Sowohl der Gesundheitssektor als auch die Entsenderichtlinie und sektorspezifische Regelungen für einzelne Berufsgruppen werden durch die vorliegenden EU-Dienstleistungsrichtlinien nicht verändert, sondern allenfalls ergänzt.

(*Manuel Sarrazin GAL:* Das stimmt eben nicht, Frau Ahrons!)

Die Definitionshoheit der Mitgliedstaaten über die Leistung der Daseinsvorsorge bleibt völlig unberührt, ebenso wie die Beihilfe- und Wettbewerbsregelungen der EU. Die Dienstleistungsrichtlinie dient dem Ziel, vorhandene, unnötige Hemmnisse bei der Dienstleistungserbringung in den Mitgliedstaaten sozialverträglich und wettbewerbskonform abzubauen. Es geht lediglich darum, die Diskriminierung der Dienstleistungserbringung in dem Bestimmungsland zu reduzieren und nicht darum, irgendwelche Türen für Niedriglöhne und mindere Qualitäten zu öffnen.

Die CDU-Bürgerschaftsfraktion teilt die Auffassung des Senates, dass mit der Dienstleistungsrichtlinie große Chancen für die Hamburger Dienstleistungswirtschaft eröffnet werden.

(*Werner Dobritz SPD:* Sie sollen freie Reden halten!)

Im laufenden Verfahren kommt es aber darauf an, auf nationale Besonderheiten hinzuweisen und an diesen Schrauben zu drehen. Neben der Initiative des Senates, hafenbezogene Dienstleistungen von dem Regelungsbereich der Richtlinie auszunehmen, muss darüber diskutiert werden, ob möglicherweise Gebäudereinigungs-dienstleistungen ausgeklammert werden sollten. Das

C

D

A Gebäudereinigerhandwerk nimmt eine Sonderstellung ein, die eine Diskussion über eine Ausnahmeregelung – zumindest für eine längere Übergangszeit – rechtfertigt.

(*Uwe Grund SPD: Warum das denn?*)

Das Gebäudereinigerhandwerk zählt mit 700 000 Beschäftigten in Deutschland zum beschäftigungsintensivsten Handwerk mit dem höchsten Lohnkostenanteil. Zwar steht das Gebäudereinigerhandwerk ebenso wie das Baugewerbe unter dem so genannten Zwei-plus-drei-plus-zwei-Schutz und ist damit innerhalb des europäischen Binnenmarktes vor Sozial- und Lohndumping geschützt, doch wie immer steckt auch hier die Tücke im Detail. Wir müssen verhindern, dass es zu Schlupflöchern kommt – Herr Sarrazin hat das angesprochen –, wie wir es jüngst am Beispiel des fleischverarbeitenden Gewerbes deutlich gesehen haben.

(Beifall bei der CDU – *Uwe Grund SPD: Das ist die Regel und nicht die Ausnahme!*)

Es ist aber nach wie vor und ganz dringend sinnvoll, dass wir den Antrag der SPD und den Antrag der GAL ausführlich im Ausschuss beraten.

(*Werner Dobritz SPD: So hätten Sie Ihre Rede beginnen sollen!*)

Ein Ziel aber, meine Damen und Herren, dürfen wir nicht aus dem Auge verlieren: Arbeit in Deutschland muss wieder bezahlbar werden. Dieses Ziel erreichen wir nicht, indem wir uns abschotten, sondern nur, wenn wir wieder wettbewerbsfähig werden. Nur damit können wir die Arbeitslosigkeit bei uns bekämpfen.

B (Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Das Wort erhält der Abgeordnete Dees.

Hans-Christoff Dees SPD: Herr Harlinghausen, Frau Ahrons, über diese Beiträge sind wir, glaube ich, wirklich dankbar, weil sie eines ganz deutlich machen, nämlich dass Sie vor dem Hintergrund der EU-Dienstleistungsrichtlinie ordnungspolitisch völlig ratlos sind. Sie wollen den freien Wettbewerb, den wir auch wollen, und gleichzeitig fangen Sie an – und das ist doch Klientelpolitik –, Handwerksordnung, freie Berufe, jetzt sprechen Sie vom Gebäudereinigerhandwerk, auszuklammern. Das passt doch überhaupt nicht zusammen. Das ist eine ordnungspolitische Klientelpolitik, aber nicht wettbewerbsorientierte Klientelpolitik. Das ist wirklich keine stringente Logik.

(Beifall bei der SPD)

Nun könnte ich als Sozialdemokrat sagen, das ist halt Ihr Problem. Aber – und das ist mein zweiter Punkt, Herr Harlinghausen hat es gesagt – Sie sagen, Sie unterstützen das Herkunftslandprinzip. In Wahrheit führen Sie Ihre Schäfchen ins Trockene für die Klientel, denen Sie sich besonders zugetan fühlen. Sie sind nicht auf mein aus dem Leben gebrachten Beispiel eingegangen. Sie diskutieren ein abstraktes Prinzip, das Herkunftslandprinzip, ohne dass uns allen überhaupt klar ist, zu welcher dramatischen Umwälzung dies in den verschiedensten Sektoren und Branchen unserer Volkswirtschaft führt, und zwar auf solche, die wir unter Umständen nicht wollen, weil es Standards senken kann.

Das Grundproblem, das wir mit diesem Herkunftslandprinzip haben, ist, dass die EU-Kommission nicht Stan-

dards diskutiert, sondern sie führt ein abstraktes Prinzip ein, das politisch nicht durchschaubar ist, das in der Vorbereitung zu dieser Debatte, obwohl das ganze Thema schon über ein Jahr virulent ist, fast nicht greifbar ist, weil es in so viele kleinteilige Regelungsbereiche unserer Gesellschaft hineingeht, die zum Teil überflüssig sind – und da sind wir bei Ihnen –, aber sehr oft auch wichtig sind.

(Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe übernimmt den Vorsitz.)

Wenn Sie das mit einem abstrakten Prinzip machen, etwas zu überrollen, wo wir am Ende nicht wissen, worauf wir uns einlassen, dann gehen Sie die Gefahr ein, dass wir Standards senken und hinterher einen Unterbietungswettbewerb haben. Ich habe Ihnen deshalb ein Beispiel genannt, das wirklich aus dem praktischen Wirtschaftsleben gegriffen ist. Logistik ist das Kompetenzcluster dieses Senates. Das ist ein Feld mit vielen tausenden und zehntausenden von Arbeitsplätzen, das möglicherweise hier in Hamburg sogar noch wachsen wird. Wenn bereits in einem Kompetenzfeld des Senates, in einem starken Wirtschaftssektor dieser Stadt, ein einfaches Beispiel herausgegriffen werden kann, wie es offensichtlich zu Wettbewerbsverzerrungen mit diesem Prinzip kommt, dann ist an diesem Prinzip etwas falsch und das ist etwas, was wir diskutieren müssen.

(Beifall bei Ingo Egloff und bei Doris Mandel, beide SPD – Barbara Ahrons CDU: Aber Ihr Beispiel hinkt ja!)

Der Bruch in Ihrer Logik offenbart sich, weil Sie die Folgen dieses Herkunftslandprinzips überhaupt nicht verarbeitet bekommen, wenn Sie sagen, am Ende – und da wären wir ja bei Ihnen, wenn wir bis dahin überhaupt gefolgt wären – muss die Kontrolle vor Ort erfolgen. Aber können Sie sich das vorstellen, wie von so vielen Mitgliedsländern der EU, die wir haben, Gesetze, Vorschriften, Richtlinien, die sogar innerhalb Deutschlands zwischen zwei Bundesländern – und das Beispiel, das ich Ihnen genannt habe, ist ganz real – zu unterschiedlichen technischen Auslegungen über Gefahrensituationen in einem bestimmten Wirtschaftszweig führen, wie das besser und beherrschbar sein soll, wenn wir dann 25 mitgliedstaatliche Regelungen und Gesetze von einem deutschen Sachbearbeiter zu prüfen haben, der dafür am Ende auch noch geradestehen muss, dass er das richtig ausgelegt hat. Das ist doch ein unglaubliches Aufblähen von Bürokratie. Das ist gerade das, was wir eigentlich nicht wollen und wo Sie auf bundespolitischer Ebene immer sagen, dass Sie das nicht wollen und jetzt schlichtweg wegtäuben, indem Sie das Kleinreden. Sie kommen um die Fragen nicht herum, Herkunftslandprinzip ja oder nein. Wenn Sie das befürworten, aber nicht die ganzen Folgen aufzeigen, dann ist das eine Politik von "Wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht nass", weil Ihnen Wettbewerb in den Regionen, wo Ihre Klientel nicht betroffen ist, nichts ausmacht. Aber in Wahrheit wissen Sie nicht, wie diese Umwälzungen zu beherrschen sind und das kann dramatische Folgen haben. Wir können dem erst zustimmen, wenn wir wissen, worauf wir uns einlassen, dass es keine Dumpinglöhne gibt, dass es keinen Unterbietungswettbewerb in sozialen und ökologischen Standards gibt. Das ist das Mindeste, das wir in einer Diskussion vorher sichergestellt haben müssen.

(Beifall bei der SPD)

- A **Vizepräsidentin Bettina Bliebenich:** Das Wort hat jetzt Herr Sarrazin.

(Zuruf von der CDU)

Manuel Sarrazin GAL: Keine Angst, es wird nicht wieder so lang, aber anscheinend ist es in CDU-Reden notwendig, dass man ein Loblied auf den Senat mitbringt. Deswegen möchte ich nur an einer Stelle einhaken.

Frau Ahrns, Sie haben gesagt, der Senat würde sich differenziert für die Chancen Hamburgs einsetzen, das würde man wirklich verfolgen. Ich habe dem Senat eine Vorlage in meiner Großen Anfrage gegeben, und zwar habe ich die Frage gestellt, ob aus Sicht des Senats durch die Einführung des Herkunftslandprinzips für Hamburg insgesamt eher die Chancen oder Risiken überwiegen. Die Antwort darauf ist für die Senatspolitik in Europa mal wieder bezeichnend:

"Das Verfahren zum Erlass einer Richtlinie ist noch nicht abgeschlossen. Der Senat hat deshalb noch keine abschließende Entscheidung getroffen."

Das zeigt, wie planlos Hamburg da mal wieder agiert. – Danke.

(Beifall bei der GAL – *Rolf Harlinghausen CDU:* Sie haben doch selbst gesagt, dass die Sache im Schwange ist!)

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe: Jetzt liegen mir keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen zur Abstimmung.

- B Wer stimmt einer Überweisung der Drucksachen 18/1836 und 18/1911 an den Europaausschuss zu? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Damit ist die Überweisung einstimmig erfolgt.

Ich rufe Punkt 45 auf, Drucksache 18/1846: Antrag der CDU-Fraktion: 10°KUNST: Den Weg über die Kunstmeile in die HafenCity erlebbar machen.

**[Antrag der Fraktion der CDU:
10°KUNST: Den Weg über die Kunstmeile in die
HafenCity erlebbar machen – Drucksache 18/1846 –]**

Diese Drucksache möchte die SPD-Fraktion an den Kulturausschuss überweisen. Wer wünscht das Wort? – Frau Martens, bitte.

Brigitta Martens CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Am 11. November letzten Jahres haben wir hier den CDU-Antrag zu der Drucksache 18/1102: 10°KUNST: Die Vernetzung der Kultur in der HafenCity und beim "Sprung über die Elbe" diskutiert und einstimmig beschlossen.

In Ihren Ausführungen dazu, Herr Dr. Maier, äußerten Sie starke Zweifel darüber, dass die Kulturvernetzung über die Initiative 10°KUNST überhaupt prominent in der Stadt diskutiert werden würde. Heute nun diskutieren wir wieder einen CDU-Antrag in dieser Richtung im Rahmen von 10°KUNST. Wir füllen – entgegen Ihrer Prognose – 10°KUNST mit Leben.

(Beifall bei der CDU)

Lassen Sie mich eines gleich vorweg sagen. Natürlich liegt die Kunstmeile nicht genau auf dem zehnten Län-

C gengrad, aber direkt daran, das heißt, weniger als eine Bogenminute östlich. Ich denke, da wollen wir hier alle nicht kleinlich sein. Die Initiative 10°KUNST beschäftigt sich schließlich mit der Kunst entlang des zehnten Längengrades und versteht sich als brückenbildendes Kulturnetzwerk.

Vorwiegend befördern wir die Durchführung eines Künstlerwettbewerbs, der den Weg über die Kunstmeile in die HafenCity erlebbar machen wird. Der jetzige Zustand, meine Damen und Herren, der Wahrnehmung der Kunstmeile ist total unbefriedigend. Weder Hamburger noch Touristen vermögen zu erkennen, dass hier wirklich kulturell Wertvolles hinter den Kulissen der Gebäude zusammengehört. Viele benutzen den Begriff Kunstmeile, doch jeder nimmt ihn nur mal singulär und ohne Kontext wahr.

Ich erinnere hier aber an die sehr gute Idee des Tages der Kunstmeile, zuletzt in 2004 mit 26 aktuellen Ausstellungen und über 100 Veranstaltungen in neun Kunstmuseen und Ausstellungshäusern. Hier stellte sich ein spannender Ort der Stadt vor, wo sich die Kunst ballt. Besonders hervorzuheben ist vom Tag der Kunstmeile in 2004 die Enthüllung der Skulpturen "Mann und Frau" von Stephan Balkenhol vor dem Hühnerposten. Damit hat die museale Strecke zwischen Alster und Deichtorplatz ein weithin sichtbares Symbol erhalten.

(*Wilfried Buss SPD:* Wenn Sie dafür die Bücherhallen wegmachen!)

Entlang der Kunstmeile steht darüber hinaus heute schon eine Vielzahl von Kunstwerken. Diese Kunstwerke, teils außen platzierte Skulpturen der Museen, teils für spezifische Orte realisierte Kunstwerke im Rahmen des Programms Kunst im öffentlichen Raum, eignen sich bereits jetzt zur Betonung der Kunstmeile. Leider sind diese Werke aber ohne Hinweistafeln nicht ohne weiteres immer als solche erkennbar. Doch das, meine Damen und Herren, diskutieren wir erst morgen.

D Von Max Bill bis Rémy Zaugg reichen die künstlerischen Positionen, die unterschiedliche Traditionen der Moderne spiegeln. Dieses gilt es mehr in den Fokus der Öffentlichkeit zu rücken und auch sie verstärkt für die Betonung der Kunstmeile zu nutzen.

(Beifall bei der CDU)

Doch leider genügen weder dieses einmalige, wenn auch wiederkehrende Herbstergebnis des Tages der Kunstmeile, noch die Kunstwerke im öffentlichen Raum. Der Begriff Kunstmeile ist dadurch weder städtebaulich, noch künstlerisch als Promenade der Kunst erkennbar. Die sichtbare und damit wahrnehmbare Verbindung der Einrichtung und der Freiräume ist Ziel dieses Wettbewerbes. Entsprechend der hohen Qualität der Kunst in den Einrichtungen ist entlang des Wallrings bis in die HafenCity ein Wettbewerb erforderlich. Nur so ist sichergestellt, dass die Qualität der Ergebnisse mit den Kunsthallen korrespondiert. Aufgabe dieses Wettbewerbs wird es auch sein, die Verbindung zwischen City und HafenCity, das heißt von der Galerie der Gegenwart zu den Deichtorhallen und zukünftig weiterhin bis in die HafenCity, zum Beispiel zum Kaispeicher B mit dem neu entstehenden internationalen Schifffahrts- und Meeresmuseum Peter Tamm, deutlich herzustellen.

Dieser Künstlerwettbewerb steht im Kontext von drei weiteren Wettbewerben in und um die HafenCity. Es

A sollen die verschiedenen Achsen zwischen City und HafenCity deutlich hervorgehoben werden. Zum einen befasst sich der städtebauliche Wettbewerb in der hier beschlossenen Drucksache 18/1614 vom 19. Januar dieses Jahres bereits mit der Hauptachse in die HafenCity, nämlich der so genannten Domachse, das heißt vom Jungfernstieg zum Magdeburger Hafen.

Weiterhin findet zurzeit innerhalb der HafenCity der Ideen- und Projektwettbewerb "Kunst und Kultur in der HafenCity 2005" als Kooperation der HafenCity Hamburg GmbH mit der Hamburgischen Kulturstiftung statt. Hier ist ein experimentelles Vorgehen für die HafenCity geplant. Die Baustelle wird zur Schauanstalt. Die Ergebnisse werden bereits ab Juni 2005 in die Realisierungsphase treten. Über 250 Künstler und Kulturschaffende haben bereits im Februar dieses Jahres mit großem Interesse an der Begehung der Örtlichkeiten teilgenommen. Ergänzend dazu plant nun die HafenCity Hamburg GmbH einen dritten Wettbewerb mit internationalen Künstlern, der die Achse aus der HafenCity heraus vom Brooktorhafen über die Oberbaumbrücke zu den Deichtorhallen thematisiert.

Sie sehen also, meine Damen und Herren, dass an dieser Stelle unmittelbar räumlich und inhaltlich der hier angesprochene Künstlerwettbewerb für die Kunstmeile anknüpft.

Lassen Sie mich noch einige Ausführungen zum Wettbewerb selbst machen. Dieser Wettbewerb hat die Chance, identitätsstiftend zu wirken. Angesprochen werden in dem Wettbewerb bewusst Hamburger Künstlerinnen und Künstler. Die Betonung des regionalen Aspektes soll bewusst ein Zeichen an die Hamburger Künstlerschaft setzen. Es muss hier ein einfaches, aber populäres, allseits erkennbares und zugleich künstlerisch Hochwertiges entstehen. Diese Quadratur des Kreises ist in der Tat eine hohe Herausforderung. Die Kunstmeile wird damit ein Markenzeichen der zu befördernden Marke Hamburg mit dem Leitprojekt "Kulturmétropole Hamburg" werden.

Bewusst offen formuliert das Petitorium die Frage, ob wir hier einen offenen oder einen geladenen Wettbewerb stattfinden lassen möchten. Die Entscheidungsbefugnis dazu liegt bei der Kulturbörde in Verbindung mit dem zuständigen Fachgremium der Kunstkommission. Die Tendenz geht aber eindeutig in die Richtung eines geladenen Wettbewerbs, um so eine größere Qualität der Ergebnisse, aber vor allem auch die Praktikabilität der Ergebnisse zu gewährleisten.

(*Wilfried Buss SPD*: Woher wissen Sie das denn schon?)

Beratendes Gremium für den Künstlerwettbewerb wird die Kunstkommission sein, da sie sich aus interdisziplinär tätigen Fachleuten, also Architekten, bildenden Künstlern und auch Vertretern der Kunsteinrichtung an der Kunstmeile zusammensetzt.

Wünschenswert wäre noch von unserer Seite, dass ergänzend in Absprache mit den Einrichtungen an der Kunstmeile eine über den Tag der Kunstmeile hinausgehende thematische Verbindung zu planen wäre, die den Künstlerwettbewerb flankiert und dann auch thematisch die Zusammengehörigkeit betont, ähnlich wie es ansatzweise bereits bei den Ausstellungen des Museums für Kunst und Gewerbe und der Hamburger Kunsthalle über den Künstler Horst Janssen im letzten Jahr erfolgt ist.

Der Begriff 10°KUNST dient auch hier weiter als verbindender Arbeitstitel zur Kommunikation in der Stadt. Wir stellen deshalb im Rahmen der Initiative 10°KUNST den Künstlerwettbewerb für den Weg der Kunstmeile in die HafenCity heute zur Abstimmung und ich bitte ganz herzlich um Ihre Unterstützung. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe: Frau Bestmann hat jetzt das Wort.

Tanja Bestmann SPD:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Frau Martens, da haben Sie uns aber einen mit auf den Weg gegeben. Ich bin erstaunt. Aber um es vorwegzunehmen, wir wollen Ihrem Antrag zustimmen.

(Beifall bei *Jörn Frommann, Henning Finck und Marita Meyer-Kainer*, alle CDU)

– Warten Sie ab. Ich bin gespannt, ob Sie am Ende auch noch klatschen. Wir werden diesem noch einmal zustimmen.

Bereits im November – Sie haben darauf hingewiesen – haben wir in diesem Hause einen Antrag zum Thema 10°KUNST debattiert und beschlossen. Ich nehme an, dass wir ihn als Leitantrag zu dieser Thematik bezeichnen können. Leider waren Sie auch damals nicht willens, Ihren Leitantrag an den Ausschuss zu überweisen.

(*Wilfried Buss SPD*: Eben!)

Nun stellt sich heraus, dass das wohl ein Fehler war, denn Sie haben jetzt einen weiteren Antrag – man könnte ihn als Folgeantrag 1 beziffern – vorgelegt. Ich finde es ein bisschen merkwürdig, dass Sie dieses an sich gute Thema jetzt scheibenweise à la Salami-Taktik durch die Lande tragen. Im November haben Sie mit der Zustimmung des ganzen Hauses den Senat aufgefordert, die kulturellen Einrichtungen entlang des zehnten Längengrades unter dem Titel 10°KUNST zu vernetzen, zu vermarkten und via HafenCity über die Elbe zu tragen. Sie waren nicht bereit, dieses im Ausschuss zu diskutieren. Nun, vier Monate später, wollen Sie per bürgerlichem Beschluss die Kulturbörde auffordern, im Rahmen von 10°KUNST einen Künstlerwettbewerb durchzuführen, der diese verlängerte Kunstmeile gestalten soll. Im Prinzip ist das nichts anderes als das behördliche Abarbeiten unseres bereits beschlossenen Antrages hier in der Bürgerschaft.

(Beifall bei der SPD und bei *Claudius Lieven GAL*)

Ich möchte an dieser Stelle deutlich sagen, dass ich ein Vorgehen in dieser Art und Weise parlamentarisch nicht für würdig halte, auf die inhaltliche Diskussion im Ausschuss zu verzichten und das Verwaltungshandeln der Kulturbörde via Bürgerschaftsantrag oder via weiterer Bürgerschaftsanträge hier abzuarbeiten und quasi die Pressearbeit für die Kulturbörde zu ersetzen. Das finde ich relativ schade. Da sollte auch die Zusammenarbeit der Behörde und Ihrer Fraktion, die deutlich in Ihrem Redebeitrag herauskam, ihre gewissen Grenzen haben. Ich finde es sehr ärgerlich.

(Beifall bei der SPD und *Christa Goetsch GAL*)

Wir fordern Sie daher nochmals auf, sich der Diskussion dieses Themas zu stellen, einer Ausschussüberweisung heute vielleicht zuzustimmen und es zu unterlassen, die Umsetzung der Bürgerschaftsbeschlüsse in dieser Art

C

D

A und Weise zu publizieren, denn die Kunst und die Kultur entlang des zehnten Längengrades – wo immer der verlaufen mag –

(*Karen Koop CDU: Lombardsbrücke!*)

entsteht nicht durch die CDU-Bürgerschaftsfraktion und durch Ihre Debattenbeiträge, sondern sie entsteht und lebt durch die Kulturszene in Hamburg und mit dieser muss der Dialog gesucht werden. Das kann nicht hier im Plenum passieren, das muss in der Öffentlichkeit und auch in den Ausschüssen passieren. Von daher würde ich Sie noch einmal bitten, einer Überweisung an den Ausschuss zuzustimmen, damit wir dieses wichtige Thema angemessen debattieren können. – Danke.

(Beifall bei der SPD, bei *Christa Goetsch und Claudio Lieven, beide GAL*)

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe: Herr Dr. Maier, Sie haben das Wort.

Dr. Willfried Maier GAL: Frau Präsidentin, meine Damen, meine Herren! Ja, Frau Martens, Sie kriegen schon wieder einen einstimmigen Beschluss,

(*Wolfhard Ploog CDU: Herrlich!*)

obwohl ich nach wie vor nicht besonders glücklich damit bin. Sie sagen, das Thema würde hier schon zum zweiten Mal als richtig prominente Debatte debattiert.

(Heiterkeit bei der GAL und der SPD)

Ich habe den Eindruck, dass dieses Thema in der Stadt noch nicht so richtig angekommen ist.

B

(*Antje Möller GAL: Vor allem bei der CDU!*)

Ich habe auch nach wie vor auch den Eindruck, dass die Bezeichnung 10°KUNST nicht die allerköniglichste ist. Jeder unbefangene Mensch denkt dabei ans Hamburger Klima und nicht an den zehnten Längengrad. Sie müssen doch davon ausgehen, dass das normalerweise unbefangene Menschen sind, die, wenn sie an Kunst denken, weder an heiß noch kalt denken, sondern irgendwie so an ein bisschen lau. Das ist marketingtechnisch, glaube ich, nicht so besonders klug. Aber in der Sache sind wir uns einig. Wir wollen diese geografische Zusammenballung der verschiedenen Kultureinrichtungen betonen und deutlicher sichtbar machen.

Das Problem wird schon lange erörtert. Frau Horáková hat es erörtert, hat dann die Vorstellung gehabt, dort eine Fahnenmastenreihe und Kulturdenkmäler hinzustellen. Aber wir kommen nicht an dem Hauptproblem vorbei, dass dort große Verkehrsschneisen verhindern, dass ein Zusammenhang der Gebäude überhaupt wahrgenommen wird. Da sind sowohl die großen Straßen als auch die tiefe Eisenbahnschlucht. Ich kann mir nicht so richtig vorstellen, wie diese Stadtentwicklungsprobleme, die durch die großen Straßen und Bahnhofseinrichtungen bestehen, durch einen künstlerischen Ideenwettbewerb überspielt werden können. Damit sind bildende Künstler normalerweise ein bisschen überfordert, diese Stadtentwicklungsprobleme zu lösen. Aber möglicherweise kann man bei der Einladung darauf gucken, dass das Leute sind, die nicht nur mal einen Einfall haben, sondern auch eine Kalkulationen über denkbare Maßnahmen innerhalb einer Größenordnung, die auch noch halbwegs finanziert werden kann, aufstellen können, denn sonst wird es nicht funktionieren.

C Dann haben wir von Ihnen so etwas wie eine Inflation von Bezeichnungs- und Hinweissystemen bekommen. In dem Leitprojekt Kulturmétropole Hamburg steht, dass Sie die Kulturlinie U 2 machen wollen, eine Verbindung, die ausgewiesen werden soll. Dann hatte die CDU-Fraktion im letzten Jahr einen Änderungsantrag "In Hamburg sicher zu Fuß – Fußgängerleit- und Stadtinformationssystem". Jetzt kommt ein Antrag, wieder eine neue Kulturmeile zu organisieren. Ich finde das ein bisschen inflationär. Sie müssen sich irgendwie entscheiden, was Sie wirklich verfolgen wollen und das ist im Moment nicht der Fall.

Ich komme zu dem Schluss, dass ein Wettbewerb nicht schaden kann. Er hat nur das Problem, dass er aus dem ohnehin geschrumpften Topf "Kunst im öffentlichen Raum" finanziert muss, der in der letzten Legislaturperiode um 50 Prozent gekürzt worden ist. Ein Wettbewerb ist zwar ein Wettbewerb über öffentlichen Raum, aber er verändert zunächst einmal nichts im öffentlichen Raum. Insofern beschneidet er dadurch auch ein bisschen die Möglichkeit der Gestaltung. Aber wir wollen ihn machen und hoffentlich dürfen wir, wenn der Wettbewerb stattgefunden hat, dann auch mal im Ausschuss darüber reden, nachdem Sie das jetzt nicht wollen. – Danke schön.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe: Mir liegen jetzt keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit kommen wir zur Abstimmung.

Wer stimmt einer Überweisung der Drucksache 18/1846 an den Kulturausschuss zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist dieses Begehr abgelehnt.

D Dann lasse ich in der Sache abstimmen. Wer möchte den Antrag aus der Drucksache 18/1846 annehmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist der Antrag einstimmig angenommen.

Ich rufe die Punkte 15 und 16 auf, die Drucksachen 18/1733 und 18/1734, Bericht des Stadtentwicklungsausschusses zu den Themen: Schnelle Realisierung der Ortsumgehung Finkenwerder und 67. Änderung des Flächennutzungsplans für die Freie und Hansestadt Hamburg sowie 51. Änderung des Landschaftsschutzprogramms einschließlich Arten- und Biotopschutzprogramm für die Freie und Hansestadt Hamburg, Umgehungsstraße Finkenwerder.

[**Bericht des Stadtentwicklungsausschusses über die Drucksache 18/949: Schnelle Realisierung der Ortsumgehung Finkenwerder (CDU-Antrag) – Drucksache 18/1733 –]**

[**Bericht des Stadtentwicklungsausschusses über die Drucksache 18/959:**

**67. Änderung des Flächennutzungsplans für die Freie und Hansestadt Hamburg sowie
51. Änderung des Landschaftsschutzprogramms einschließlich Arten- und Biotopschutzprogramm für die Freie und Hansestadt Hamburg
(Umgehungsstraße Finkenwerder) (Senatsantrag) – Drucksache 18/1734 –]**

Hierzu ist uns mitgeteilt worden, dass sich die Abgeordneten Frau Fischer und Herr Dr. Stehr für befangen erklären und an der Abstimmung zu diesem Thema nicht teilnehmen werden. Wer begeht das Wort? – Herr Hecht.

A (Ingo Egloff SPD: Toller Hecht!)

Heiko Hecht CDU: Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Der Bau der Ortsumgehung Finkenwerder hat mittlerweile eine zweiunddreißigjährige Geschichte, die sich nunmehr dem Ende neigt.

(Beifall bei der CDU)

Über die Senatsentscheidung vom 1. Februar habe ich mich sehr mit den Menschen auf Finkenwerder gefreut. Wir werden in Finkenwerder 8500 Kraftfahrzeuge weniger haben. Ich denke, das ist ein wesentlicher Erfolg. Täglich fahren aber dennoch 24 000 Fahrzeuge durch Finkenwerder. Die Entlastung ist also zwingend notwendig. Viele Gebäude zeigen Schäden und Risse und die Lebensqualität in Finkenwerder ist dadurch beträchtlich gesunken.

Die Ortsumgehung ist zudem nicht nur von Vorteil für Finkenwerder, sondern auch für Airbus. Das Airbus-Werk erhält die längst überfällige leistungsfähige Erschließungsstraße. Dies ist vor dem Hintergrund der Serienproduktion des A380, die jetzt angelaufen ist, zu sehen. Auch vor dem Hintergrund des Wettbewerbes mit Toulouse ist die Erschließung des Werkes ein nicht zu unterschätzender Wettbewerbsfaktor.

(Beifall bei der CDU)

Die mögliche Fertigstellung der Ortsumgehung in 2006/2007 hebt die städtebauliche Blockade, die in Finkenwerder besteht, auf. Wenn man im letzten Jahr das "Hamburger Abendblatt" aufmerksam gelesen hat, ist man vielleicht über einen Artikel des Oberbaudirektors Walter gestolpert, der mit dem Bau der Ortsumgehung Finkenwerder das ab 2006 als Geheimtipp für stadtnahes Wohnen sieht. Das kann ich mir auch sehr gut vorstellen.

(Beifall bei der CDU)

Zwingende Voraussetzung hierfür ist natürlich der Bypass der Ortsumgehung Finkenwerder. Die Festlegung der Trassenvariante Südtrasse erfolgte bereits 1996 nach einer ausführlichen öffentlichen Plandiskussion. Das ist an die Adresse der GAL gerichtet, die immer noch behauptet, man hätte zu wenig diskutiert.

Die Südtrasse führt durch weitgehend unbebautes Gebiet. Daher sind Luftbelastung, Lärm und Erschütterungen in angrenzenden Wohngebieten minimal. Der in 2008 fertigzustellende Finkenwerder Knoten in Waltershof ist unerlässlich für die optimale Verkehrserschließung und Weiterentwicklung der Hafenwirtschaft bei Eurogate und der Hamburger Hafen- und Lagerhaus Aktiengesellschaft. Der Finkenwerder Knoten benötigt eine aufnahmefähige Verkehrsanbindung Richtung Westen. Insoweit ist der Bau der Ortsumgehung für Finkenwerder, Airbus und die Hafenwirtschaft nicht verzichtbar.

(Beifall bei der CDU – Olaf Ohlsen CDU: Bravo!)

Wir lassen es zukünftig nicht mehr zum Verkehrsinfarkt im Süderelberaum kommen. Ein verkehrliches Optimum im Bereich Süderelbe wird erreicht, wenn die Ortsumgehung Finkenwerder und die A 26 realisiert werden. Für die von den Planungen betroffenen Menschen im Süderelberaum wird durch den Senat von Anfang an ein umfassendes, begleitendes Konzept erarbeitet. Hierbei handelt es sich um ein landschaftsplanerisches Entwicklungskonzept und eine begleitende agrarstrukturelle Entwicklungsplanung. Die geschilderten Maßnahmen sind gemeinsamer Nenner der Interessenvertreter des Obst-

C baus, des Bauernverbandes sowie der Naturschutzverbände BUND und NABU. Zielrichtung dieser Maßnahmen ist der Erhalt des Kulturlandschaftsraumes Süderelbe für den Obstbau und die Erholungsnutzung. Diese Ressourcen zu erhalten, ist Hauptanliegen dieser Planungen. Darum ist der Bau der Ortsumgehung nicht bloß Straßenbau, sondern ein Baustein der Entwicklung und Erschließung des gesamten Süderelberaumes.

(Beifall bei der CDU)

Große Unterstützung habe ich als örtlicher Abgeordneter von den Initiativen in Finkenwerder erfahren. Ausdrücklich möchte ich die Bürgerinitiative für die Umgehungsstraße Finkenwerder von Max Lauschner erwähnen und die jüngere Initiative "Ortsumgehung jetzt". Vertreter sind im entsprechenden Auditorium zugegen. Bürger können Initiativen des Senates unterstützen und mittragen. Dies ist hier beispielhaft geschehen. Bitte unterstützen Sie mit mir dieses Projekt. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe: Frau Duden, Sie haben das Wort.

Barbara Duden SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Bemerkenswert ist es heute schon, dass wir hier lediglich über den Flächennutzungsplan und noch nicht über den Bebauungsplan diskutieren. Die CDU fordert eine schnelle Realisierung, aber sie war dagegen, dass wir ein Datum in diesem Antrag eingeben, an dem man deutlich sehen könnte, ob der Senat wirklich schnell ist oder auch nicht.

D Ortsumgehung Finkenwerder ist eine endlose Geschichte. Sie ist nicht mit dem Senatsbeschluss von 2001 beendet worden.

(Wolfgang Drews CDU: Zöger-Eugen!)

Ich hoffe, dass das Datum 2006/2007 das Ende dieser endlosen Geschichte markieren wird. Aber ich bin auch den Verdacht nicht losgeworden, dass der Senator, wenn er denn heute dagewesen wäre, es natürlich zum Anlass genommen hätte, uns eine Rede zu halten, die sein beliebtes Redemodul "44 Jahre" beinhaltet hätte.

(Klaus-Peter Hesse CDU: Das kommt noch!)

Es tut mir fast Leid, dass wir heute darauf verzichten müssen. Aber wir haben im Ausschuss für den Antrag gestimmt und wir werden es auch hier tun, getreu nach dem Finkenwerder Motto, nachdem nicht Seefahrt Not tut, sondern eine Ortsumgehung Not tut.

(Beifall bei der SPD)

Wobei man aber auch heute an dieser Stelle noch einmal auf die Risiken aufmerksam machen muss, die es wirklich gibt und die vermutlich einer schnellen Realisierung, so gerne wir sie auch alle hätten, im Wege stehen könnten. Da ist zum einen die Frage der Grundstücke. Wir haben mehrmals nachgefragt, wie viele Grundstücke es denn sind, und wir haben die Auskunft bekommen, es seien 20, es seien 40. Es gibt also eine Zahl zwischen 20 und 40 und da reicht in unseren Augen die Aussage von Senator Freytag, dass man mit ausgestreckten Händen auf die Grundstücksbesitzer zugehen will, nicht aus. In den ausgestreckten Händen muss vermutlich auch Geld sein.

A Der finanzielle Rahmen ist offen. Das Beispiel Neuenfelde haben wir doch alle noch sehr im Kopf. Selbst Herr Hecht ist, zumindest, wenn man den Zeitungsberichten glauben darf, der Meinung, dass da wirklich gute Angebote gemacht werden müssten, dass dann auch die Bauern bereit sind, ihre Flächen zu verkaufen. Angebote werden zurzeit in der Größenordnung von 6 Euro gemacht. Wer weiß, was in Neuenfelde gezahlt worden ist – das Zehnfache –, wird sehen, dass diese Verhandlungen durchaus noch das eine oder andere Risiko beinhalten können. Wir können alle nur hoffen, dass es nicht auf Finkenwerder Seite zu einer Fortsetzung dieses Landebahndramas kommt.

Aber auch die Reaktionen aus Finkenwerder zeigen, dass es dort innerhalb der Bevölkerung zu Missverständnissen gekommen ist, insbesondere, was die Mitbeteiligung an Planungen betrifft. Dort sind eindeutig Versprechungen, die gemacht worden sind, nicht eingehalten worden.

(Beifall bei der SPD und bei Jörg Lühmann und Jens Kerstan, beide GAL)

Ein Rechtsstreit um jedes einzelne Grundstück würde zu endlosen Verzögerungen führen und kann, glaube ich, nicht im Interesse, zumindest für einen großen Teil dieses Hauses sein. Da kommt es auf sensibles Verhandeln in Augenhöhe an. Ich hoffe, dass man beim Verhandeln vielleicht auch neue Kräfte ins Spiel bringt und sich nicht auf die verlässt, die schon einmal verhandelt haben. Aber wir sind in dieser Frage in guten Händen, weil nämlich selbst die Pressesprecherin der Stadtentwicklungsbehörde gesagt hat, dass es in Finkenwerder keine Lösung gibt, die allen Belangen gerecht wird.

B Nun zum Problem der Kosten. Auch da ist es so, dass man verschiedene Kostenansätze hört. Es ist die Rede von 35 Millionen Euro bis 75 Millionen Euro. Alles keine Peanuts. Selbstverständlich ohne die Grundstückskäufe, die noch gemacht werden müssen, und es ist offen – und das ist in dieser Frage sehr faszinierend –, wie diese Straße endet. Gibt es einen Tunnel? Gibt es eine Umfahrung? Aber das wird man sehen, wenn man anfängt zu bauen. Hier sind allein die Kosten für den Tunnel mit 35 Millionen Euro angegeben worden. Ich denke, auch das sind keine Peanuts und darauf muss man sich richtig einrichten, wobei man natürlich in dieser Frage auch wissen muss, dass sich die Bezirksfraktionen Mitte und Harburg einstimmig für den Bau des Tunnels ausgesprochen haben. Wer sich wie ich in der Geschichte der Ortsumgehung Finkenwerder ein bisschen auskennt, weiß, dass allein die Tatsache, dass Mitte und Harburg zusammen einen Beschluss in dieser Frage gefasst haben, richtungsweisend ist. Wir müssen uns alle überlegen, ob man so etwas wirklich übergehen kann. Bezirksfraktionen sind also dafür, aber die Realisierungsgesellschaft ist gegen den Tunnel. Hier sind es also nicht nur unwägbare Mehrkosten, sondern es ist auch das Problem eines eventuellen neuen Planfeststellungsverfahrens, das zu erheblichen Verzögerungen beim Bau der Umgehungsstraße führen könnte.

(Beifall bei der Jörg Lühmann GAL)

Aber auch hier zeigt die Pressesprecherin der Behörde für Stadtentwicklung Problembeusstsein und Weitsicht, denn – ich zitiere –:

"Ich habe keinen anderen Sachstand als den, dass die Umgehungsstraße gebaut wird."

(Beifall bei der SPD)

C

All diese Probleme, die ich heute aufgezählt habe, sind offenkundig gar nicht so wichtig. Die Umgehungsstraße wird gebaut. Man weiß nicht so richtig, was es kostet, man weiß nicht so richtig, wie viel Grundstücke man braucht, man weiß nicht so richtig, wo sie enden soll, aber sie wird gebaut. Und dazu passend ist natürlich auch das Zitat des Pressesprechers der Wirtschaftsbehörde. Diese Zitate der Pressesprecher der einzelnen Behörden sind ein Schatzkästlein für Redner hier in der Bürgerschaft. Er hat nämlich gesagt – Zitat:

"Die Frage ist uralt und hat uns in gleicher Weise schon einmal beschäftigt."

Ich denke, dem kann man nichts hinzufügen. – Danke.

(Beifall bei der SPD)

D

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe: Herr Lühmann hat das Wort.

Jörg Lühmann GAL: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Hecht, Feste soll man feiern, wenn sie fallen, aber nicht vorher. Das ist einfach unklug. Sie versuchen jetzt hier, sich selbst zu beweihräuchern und sich feiern zu lassen für eine Ortsumgehung, von der Sie nicht so recht wissen, wann sie tatsächlich gebaut wird.

Frau Duden hat soeben sehr schön dargestellt, welche Hindernisse dieser Ortsumgehung tatsächlich noch entgegenstehen. Es ist auch bezeichnend, dass Herr Dr. Stehr und Frau Fischer dieser Abstimmung heute fernbleiben wollen, weil sie aus dem Bezirk Harburg kommen und die Haltung des Bezirks Harburg zwar genau mit der des Bezirks Mitte übereinstimmt, was den Tunnel betrifft, nicht aber in Bezug auf die Ortsumgehung.

(Beifall bei der GAL)

D

Was Sie hier hinsichtlich der Beschleunigung des Verfahrens sagen, so gibt es allerlei Gründe dafür, zu befürchten, dass diese Beschleunigung nicht stattfinden wird. Das sage ich ausdrücklich, auch im Hinblick auf die anwesenden Gäste aus Finkenwerder, denn wir alle sind der Meinung, dass eine Ortsumgehung für Finkenwerder gebraucht wird. Hierüber gibt es im Hause gar keinen Dissens. Es gibt allerdings einen Dissens darüber, wie man mit den Leuten umgeht. Es ist ganz interessant, dass ein zerknirschter Erster Bürgermeister, kurz nachdem die Verhandlungen um die Landebahnverlängerung fast gescheitert waren, öffentlich eingestand: Ja, man hätte mit den Menschen anders umgehen müssen. Man hätte sie auf Augenhöhe behandeln und offen mit ihnen umgehen müssen.

In diesem Zusammenhang hat er am 21. Oktober letzten Jahres im Ortsamt Süderelbe ein Verfahren eingeleitet, das als Mediationsverfahren verstanden wurde. Das wurde im Übrigen nicht nur von uns so verstanden, weit gefehlt. Das wurde auch vom Staatsrat so verstanden und dieser hat die Leute eingeladen. Man darf es den eingeladenen Bürgern wirklich nicht verübeln, wenn sie sich an der Stelle auch zu einem Mediationsverfahren eingeladen fühlen und daher auch eine offene Diskussion erwarten.

A Das ist aber nur insofern passiert, als ein Professor Wickel als Mediator benannt wurde und der Staatsrat auch weiterhin von einer Mediation ausging. Tatsächlich wurde aber dann erzählt: Nein, in Bezug auf die besondere Eilbedürftigkeit des Vorhabens könnte hier von einer Mediation gar nicht die Rede sein, sondern es würden nur Gespräche geführt. Diese Gespräche wurden dann sehr merkwürdig geführt. Die von den Bürgern zu Recht erwartete Offenheit im Verfahren wurde verweigert. Es gab keine Diskussion über Alternativen. Es gab keine Vorlage der Gutachten und es wurden keine Gutachter eingeladen. Es wurde nicht mit einbezogen, dass die Neß-Umfahrung im Planfeststellungsverfahren mittlerweile genehmigt wurde, wodurch es auch Auswirkungen auf die genaue Führung der Ortsumgehung geben könnte. Die Rolle der Vertreter der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt beschränkte sich auf die rein physische Anwesenheit. Das nennen Sie dann: Werben bei den Bürgern für die Ortsumgehung Finkenwerder. Das ist ein bisschen merkwürdig. Sie haben zu Recht auch selbst nie daran glauben wollen, dass das eine Werbeveranstaltung war, sonst hätte der Senat nicht am 1. Februar auf der Landespresso-Konferenz erklärt, dass er natürlich auch enteignen könne. Was ist das für eine Werbeveranstaltung, wenn Sie gleich mit dem Enteignungsschwert kommen.

(Beifall bei der GAL)

Tatsächlich haben Sie die Chance, nämlich Vertrauen in Neuenfelde wieder zurückzergewinnen zu wollen, was der Bürgermeister am 21. Oktober ankündigte, nicht nur vertan, sondern Sie haben mit diesem Verfahren noch richtig eins draufgesetzt. Sie haben sich politisch in einem Maße unklug verhalten, das wirklich erstaunlich ist, als hätte es diese Vorgeschichte der Landebahnverlängerung nicht gegeben.

B Wenn Sie in diesem Mediationsverfahren, das es ursprünglich war und hinterher nicht sein sollte, die Klärung der Sachfragen verweigern, dann bedeutet das, dass Sie diese Sachfragen in den Gerichtsverfahren klären müssen, die jetzt anhängig sind, die bereits angekündigt wurden und die kommen werden. Diese Gerichtsverfahren werden sehr viel Zeit kosten. Für diese Verfahren hat der Senat mit seiner Handlungsweise das Einfallstor erst richtig weit aufgemacht.

Das wäre gar nicht notwendig gewesen, wenn man sich jetzt im Verfahren darauf eingelassen hätte, mit den Menschen vernünftig zu sprechen. Daher ist die Flächennutzungsplanänderung, die wir heute debattieren, und der Antrag der CDU, der im Grunde nur einen Lückenschluss zwischen der Südtrasse und der planfestgestellten Trasse fordert, in der Sache vielleicht sogar obsolet, weil wir gar nicht wissen, wie denn vor Gericht über die Führung der Ortsumgehung entschieden wird. Es kann durchaus sein, dass man auf die Neß-Umfahrung umschwenkt und dann dieses Zwischenstück gar nicht benötigt. Das heißt, in der Sache ist das höchst fragwürdig, worüber wir heute abstimmen, politisch gesehen aber auf jeden Fall schon heute völlig unklug. Daher werden wir diesem Antrag auch nicht zustimmen. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der GAL)

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe: Das Wort hat jetzt Herr Senator Uldall.

C **Senator Gunnar Uldall:** Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Hecht hat in seiner Rede sehr klar dargelegt, dass

– erstens nach 30 Jahren Diskussionen jetzt endlich einmal entschieden wird,

(Beifall bei der CDU – *Karl-Heinz Warnholz CDU: Bravo!*)

– zweitens die Durchfahrzahlen in Finkenwerder um 8500 Fahrzeuge pro Tag verringert werden. Das bedeutet schon etwas und

(Beifall bei der CDU – *Karl-Heinz Warnholz CDU: Bravo!*)

– drittens das Airbus-Werk endlich vernünftig angebunden wird.

Es wäre eigentlich noch einmal eine interessante Debatte darüber, dass hier etwas Großartiges ohne vernünftige Straßenanbindung gebaut wird. Das erinnert mich an Schilda. Und jetzt wird solch ein Schilda aufgehoben.

(Beifall bei der CDU)

Ich finde, dass man jetzt nach einer jahrzehntelangen Debatte den Menschen in Finkenwerder eigentlich dankbar sein muss, dass sie das ausgehalten und ihre Proteste immer in geordneter Form vorgetragen haben. Es ist nicht ein einziger Stein geflogen, wie es in anderen Stadtteilen teilweise üblich ist.

(Beifall bei der CDU – *Karl-Heinz Warnholz und Wolfgang Drews, beide CDU: Bravo!*)

D Der Senat oder – besser gesagt – die Senate haben vom Beginn der Neunzigerjahre 16 verschiedene Varianten ausarbeiten, prüfen und diskutieren lassen, aber nie irgendetwas entschieden.

(*Karl-Heinz Warnholz CDU: Unglaublich!*)

Wir haben in Kenntnis aller relevanten Inhalte 2002 beschlossen, die Umgehungsstraße auf der Südtrasse zu bauen. Die rechtliche Grundlage für die Ortsumgehung Finkenwerder hat drei Abschnitte.

Hier ist zunächst einmal der Ostteil im Hafengebiet. Der Ostteil wurde bereits nach dem Hamburgischen Wegegesetz genehmigt. Der Westteil der Trasse ist Teil des B-Planverfahrens Neuenfelde 15. Der B-Plan befindet sich in der Abstimmung. Seine Feststellung wird für die Jahreswende 2005/2006 vorgesehen. Mit diesem Verfahren betreibt der Senat die schnellstmögliche Sicherung der Ortsumgehung Finkenwerder, unabhängig vom Verfahren zur Airbase-Weiterleitung.

Nun machte es Frau Duden, die eigentlich eine sehr nette Rede gehalten hat,

(Beifall bei der SPD und der GAL)

zum großen Thema: Wird denn nun ein Tunnel gebaut oder nicht? Ihr GAL-Kollege hat diese Frage auch gleich wieder aufgenommen, dass hierüber eine große Unklarheit bestehen würde. Frau Duden hat in ihrer Rede gezeigt, wie intensiv sie sich mit den Pressevertretern der Behörden beschäftigt. Wenn Sie richtig geschaut hätten, liebe Frau Duden, dann hätten Sie festgestellt, dass diese Frage eindeutig ist. Es wird kein Tunnel gebaut, und zwar aus dem Grund, den Sie genannt haben.

(*Klaus-Peter Hesse CDU: 35 Millionen Euro!*)

A Sie haben alle gehört, dass Frau Duden gesagt hat, dass ein Tunnel viel zu teuer wäre, nämlich 35 Millionen Euro. Das ist genau der Grund, Frau Duden, warum wir den Tunnel nicht bauen, sondern bei der Umfahrung bleiben.

(Beifall bei der CDU)

Der Kollege von der GAL hatte dann noch ein weiteres tolles Thema. Wissen Sie, das Thematisieren von absoluten Nebenkriegsschauplätzen war genau das Rezept, mit dem früher über 30 Jahre lang die Entscheidung verhindert wurde. Das wird jetzt genauso wieder gemacht.

(Beifall bei der CDU – *Jörg Lühmann GAL*: Zuviel der Ehre, 30 Jahre!)

Nun hören Sie doch erst einmal zu, was für einen Ballon Sie aufgeblasen haben. Sie haben gesagt, dass etwas Großartiges versprochen und nicht eingehalten worden ist. Sie taten gerade so, dass die GAL zustimmen würde, wenn dieses Versprechen eingehalten worden wäre.

(Zuruf von *Jörg Lühmann GAL*: Ja!)

Wunderbar, Sie haben es gehört und das wird protokolliert. Die GAL würde zustimmen, wenn dieses Versprechen über die Anhörung der Bürger in Neuenfelde eingehalten worden wäre.

(*Jörg Lühmann GAL*: Im Mediationsverfahren!)

Es ist damals in dieser Veranstaltung gesagt worden – Sie waren nicht anwesend, Herr Kollege, aber ich war dort –,

(*Jörg Lühmann GAL*: Ja, ja! – Beifall bei der CDU)

B dass neue Gespräche geführt werden sollen. Der entscheidende Punkt, auf den es ankam, war die Frage, ob während der Dauer dieser Gespräche eine Entscheidung über die Ortsumgehung Finkenwerder getroffen wird, ja oder nein. Hier hat der Bürgermeister gesagt, dass keine Entscheidung getroffen wird. Es gibt hier ein Moratorium in der Entscheidung. Vielleicht sind die Fremdworte "Moratorium" und "Moderationsverfahren" nicht so leicht auseinander zu halten,

(*Jörg Lühmann GAL*: Das ist jetzt aber starker Tabak!)

aber ich kann Ihnen sagen, dass versprochen wurde, hier keine Entscheidung zu treffen. Die Gespräche haben zweieinhalb Monate gedauert und das Versprechen des Bürgermeisters, keine Entscheidung zu treffen, ist entsprechend auch eingehalten worden.

(Beifall bei der CDU)

Also, nicht zu viele Tränen vergießen, sondern Sie müssen einmal zum Ergebnis kommen.

(Lachen bei der GAL)

Nun bleibt noch der Abschnitt Francop 7/Neuenfelde 12. Hier wurde die große Sorge geäußert, dass wir dort unklug gegenüber den Grundeigentümern vorgehen könnten. Ich habe in den letzten Monaten hinsichtlich Umgang mit Grundeigentümern so viel gelernt, wie in Jahrzehnten vorher nicht.

(*Christa Goetsch GAL*: Das ist ja peinlich!)

Daher können Sie davon ausgehen, dass wir hier schon mit dem richtigen Gefühl für den Markt und die Behandlung der Geschäftspartner vorgehen werden.

Für die Trasse sind 2,9 Hektar privater Flächen erforderlich. Diese Flächen gehören, Frau Duden, 35 Eigentümern. Diese Zahl interessierte Sie besonders brennend.

(*Jan Quast SPD*: Schön, dass Sie es mal gesagt haben!)

Wir möchten diese Flächen freihändig erwerben. Die Finanzbehörde führt zurzeit entsprechende Gespräche und wir setzen alle Energie daran, dass wir in einem einvernehmlichen Verfahren mit den Grundeigentümern diese Flächen erwerben können.

Dann gibt es die Flächen für die naturschutzrechtlichen Ausgleichsflächen. Diese betragen insgesamt 10 Hektar. Rund 8 Hektar der dafür vorgesehenen Flächen sind bereits im Eigentum der Stadt und die übrigen Flächen werden außerhalb des Plangebiets liegen. Auch damit ist dieses anscheinend so schwierige Thema nach meiner Einschätzung gelöst.

Ich möchte abschließend sagen, dass mir durchaus bewusst ist, dass es keine Lösung gibt, die den Belangen aller beteiligten Gruppen gerecht werden kann. Daher kommt es darauf an, eine Lösung zu finden, die die Nachteile möglichst minimiert. Ich bin mir sicher, dass die jetzige Lösung auf einem breiten Konsens fußt, unter Berücksichtigung aller relevanten Informationen getroffen wurde und eine Optimierung der Interessen der Anlieger bedeutet.

Im Vordergrund steht nunmehr die zügige Realisierung des Vorhabens. Ich würde es sehr begrüßen, wenn wir auch mit den Grundeigentümern zur schnellen Einigung kommen könnten. Ich bau sehr darauf, dass das Parlament in dieser Frage uns hier die entsprechende Rückendeckung für eine Entscheidung gibt. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe: Frau Duden hat jetzt das Wort.

(*Uwe Grund SPD*: Aber bitte was Nettes!)

Barbara Duden SPD* Frau Präsidentin! Herr Senator Uldall, wenn Sie mich mehrfach so loben, kann mir das in meiner Fraktion natürlich echte Probleme bringen.

(*Klaus-Peter Hesse CDU*: Sie können aus unserem Ausschussprotokoll zitieren!)

Aber ich will doch zumindest auf einen Punkt noch einmal hinweisen, nämlich auf die Tatsache, dass es nicht an dem Gedächtnisverlust der SPD-Vorsteher im Stadtentwicklungsausschuss liegt, dass wir nicht wissen, ob die Ortsumgehung Finkenwerder in einem Tunnel oder in einer Umfahrung endet.

Wer sich die Passage im Protokoll noch einmal anschaut, wird feststellen, dass dort ganz deutlich gesagt wurde, dass die Behörde sowohl den Tunnelbau als auch die Umfahrung geprüft habe und dass der Tunnel infrage käme. Aber es ist möglich, dass dann dem Senator oder den Senatsvertretern der Mut gefehlt hat zu sagen, dass der Tunnel auf keinen Fall gebaut wird, sondern dass die Umfahrung kommt. Das finde ich noch einmal ganz wichtig, hier klarzustellen, dass uns das im Ausschuss so nicht mitgeteilt worden ist.

Es ist durchaus möglich, dass Sie sich im Binnenverhältnis mit dem Kollegen Freytag durchgesetzt haben, was

A Sie untereinander klar machen müssen. Aber das trägt nicht dazu bei, dass die Akzeptanz für ein solches Bau Projekt größer wird, wenn man dann das Thema im Ausschuss behandelt und sich dann nicht zu sagen traut, dass der Senat eine Entscheidung gefällt hat. Das ist der eine Punkt.

(Beifall bei der SPD)

Des Weiteren finde ich, dass der Senat in der Frage, mal eben mit 35 Grundeigentümern zu verhandeln, was schon klappen wird, ziemlich blauäugig ist. Ich habe hier so meine Bedenken. Wenn man Neuenfelde sozusagen als Lernwiese betrachten will, dann war das schon schrecklich. Ich hoffe nur, dass die Lernerfolge, die man in Neuenfelde errungen hat, dann auch in Finkenwerder zu einem guten und schnellen Ergebnis führen.

In diesem Zusammenhang ist mir noch eine weitere Frage ganz wichtig. Natürlich haben wir alle in unseren Reden immer gesagt, dass es keine Lösung geben wird, die nicht irgendjemand ein bisschen negativ betrifft.

(Klaus-Peter Hesse CDU: Na, siehst du mal!)

Aber ich finde, dass wir auch gerade bei der Diskussion um die Grundstücke an die Höhe der Kosten und die Frage der Belastung durch einen Tunnel oder eine Umfahrung denken müssen. Hier geht es für mich nicht darum, dass wir den einen etwas Gutes und den anderen etwas Schlechtes tun. Daher hätte ich mir natürlich gewünscht, dass der Senat die Interessen der Finkenwerder und der Neuenfelder Bürger ehrlicher miteinander abwägt.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe: Herr Lühmann hat jetzt das Wort.

Jörg Lühmann GAL: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Uldall, die Geschichte mit den Fremdworten ist tatsächlich manchmal mit Problemen behaftet. Aber den Unterschied zwischen einem Mediationsverfahren und einem Moratorium während einer Werbeveranstaltung kann ich noch gut auseinander halten. Das müssen Sie mir schon zubilligen.

Wenn ich hier sage, dass die GAL bei einem vernünftigen Mediationsverfahren zustimmen würde, dann muss ich wahrscheinlich doch noch einmal ausholen, um zu erklären, was ein Mediationsverfahren eigentlich bedeutet.

(Oh-Rufe bei der CDU)

– Oh doch, das werden Sie jetzt ertragen müssen. Aber seien Sie ganz tapfer, ich mache das in wenigen Worten.

Mediationsverfahren bedeutet, dass man alle an einen Tisch bringt, alle Interessen deutlich benennt, alle Fakten auf den Tisch legt und beispielsweise klar sagt:

- welche Verkehrsentlastung von der Südstrasse und welche im Verhältnis dazu von der Bezirkstrasse ausgeginge,
- wo die größeren ökologischen Risiken sind,
- welche finanziellen Risiken man eingeht,
- welche Kosten überhaupt entstehen,
- ob beispielsweise eine modifizierte Bezirkstrasse mit Anbindung an die Neß-Umfahrung des Airbusgeländes kostengünstiger sein könnte oder nicht.

Das alles muss offen diskutiert werden können.

(Jörg Hamann CDU: 40 Jahre lang!)

Dann werden Sie auch Vertreter in das Mediationsverfahren schicken müssen, die dort nicht nur physisch anwesend, sondern auch bereit sind und in die Lage versetzt werden, entsprechend zu antworten und mit den Leuten zu verhandeln. Wenn das alles nicht passiert – und hier sollen Sie nicht den Kopf schütteln, Herr Hecht –, schauen Sie doch mal in das Protokoll, das Herr Wickel unterschrieben hat. Dort heißt es sehr vornehm formuliert, dass die Vertreter überwiegend passiv waren. Das bedeutet, sie haben dazu nichts gesagt.

Wenn wir ein Mediationsverfahren haben, dann können in relativ kurzer Zeit alle Fakten auf den Tisch kommen. Wenn man im Gegensatz hierzu die Entscheidung vor Gericht sucht, kann am Ende passieren, dass man wegen Zerschlagung der Südumgehung mit gänzlich leeren Händen dasteht und dann kein Alternativplan vorliegt. Dann ist die Chance, in einem Mediationsverfahren schneller und sinnvoller zum Ziel zu kommen, sehr viel höher, als jetzt auf die Gerichtsverfahren zu setzen. Das ist der Unterschied, Herr Uldall.

(Beifall bei der GAL)

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe: Ich sehe jetzt keine weiteren Wortmeldungen. Dann kommen wir zur Abstimmung.

Zunächst zum Bericht, Drucksache 18/1733. Wer schließt sich der Ausschussempfehlung an? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist diese Ausschussempfehlung mit großer Mehrheit angenommen worden.

Nun zum Bericht, Drucksache 18/1734. Wer möchte Ziffer 1 der Ausschussempfehlung folgen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist die Ziffer 1 mit großer Mehrheit angenommen worden.

Im Übrigen hat die Bürgerschaft Kenntnis genommen.

Ich rufe auf Punkt 6, Drucksache 18/1616, Große Anfrage der CDU-Fraktion zum Thema: Kunstbestände in den Archiven und Depots der Hamburger Museumsstiftungen – Wie gehen wir damit um?

**[Große Anfrage der Fraktion der CDU:
Kunstbestände in den Archiven und Depots der
Hamburger Museumsstiftungen – Wie gehen wir
damit um? – Drucksache 18/1616 –]**

Wer wünscht das Wort? – Herr Drews, bitte.

Wolfgang Drews CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Auf über 30 000 Quadratmetern Archiv- und Depotfläche beherbergen die Hamburger Museumsstiftungen einen künstlerischen und kulturhistorischen Schatz, auf den Hamburg zu Recht stolz sein kann. Ein eindrucksvoller Beleg für die Gewissenhaftigkeit, mit der die Hamburger Museen stets den zentralen Aufgaben des Sammelns und auch des Bewahrens nachgekommen sind.

Nicht minder eindrucksvoll ist aber auch die Art und Weise, in der Museumsstiftungen diesen Schatz der Öffentlichkeit in Hamburg zugänglich gemacht haben und auch machen. Neben den in den meisten Fällen erheblichen Ausstellungen und Sammlungsgegenständen in ständi-

C

D

A gen Schausammlungen haben die Hamburger Museen seit 1999 nicht weniger als genau 598 Sonderausstellungen durchgeführt, davon allein das Museum für Kunst und Gewerbe 185.

Außerdem arbeiten die Museen daran, ihre Depots und Archive in zunehmendem Umfang der Öffentlichkeit zu erschließen. Diese Initiative begrüßen wir als CDU-Fraktion mit Nachdruck und bitten darum, dass dieses weitervorgetrieben wird.

(Beifall bei der CDU)

Allerdings ist trotz allem ein Teil dieser Sammlungsgegenstände auch nicht zu besichtigen und wird nicht gezeigt. Das Museum für Hamburgische Geschichte schätzt diesen Anteil immerhin auf 5 Prozent seiner Bestände.

Ich möchte an dieser Stelle ausdrücklich betonen, dass der Umstand, dass diese Teile nicht zu besichtigen sind, nicht daran liegt, dass sie nicht würdig seien, gezeigt zu werden. Sie sind selbstverständlich ein Teil unseres kulturellen Erbes, sollen bewahrt und auch behalten werden, zumal die Museumsstiftungen hervorheben, dass eine Reihe der in den Depots und Archiven lagernden Objekte auch weiterhin Gegenstände für wissenschaftliche Forschungen sind. Aber oftmals passen diese Objekte nicht in die Sammlungen der Museen, weil sie beispielsweise vererbt oder geschenkt worden sind. Damit passen sie auch nicht in ein Sammlungskonzept, sodass sie Teil einer Ausstellung werden können.

Auf der anderen Seite – und das wissen wir alle – gibt es zahlreiche Kunstwerke auf dem freien Markt, die inhaltlich sehr gut zu den Sammlungen unserer Hamburger Museen passen würden, aber aufgrund der begrenzten finanziellen Mittel, die ihnen zur Verfügung stehen, nicht erworben werden können.

Ich bin mir der Tatsache bewusst, auch bei dem Stellen der Großen Anfrage, dass es sich hierbei um ein sehr sensibles Thema handelt, was in Hamburg hinter den Kulissen schon seit vielen Jahren diskutiert worden ist. Aber die Frage muss aufgeworfen und kann nicht weiter vertagt werden, ob es sinnvoll wäre, unseren Hamburger Museumsstiftungen unter klar definierten Voraussetzungen die Möglichkeit einzuräumen, einzelne Sammlungsgegenstände, die nicht zur Substanz des jeweiligen Museums gehören, in Eigenverantwortung zu veräußern, um mit den aus dem Verkauf erzielten Einkünften zweckgebunden neue Objekte zu erwerben.

In der Sitzung des Kulturausschusses am 27. Juni 2003 der Bürgerschaft haben zwei Hamburger Museen bereits klar signalisiert, dass ein solcher Schritt für sie vorstellbar wäre. Wäre es daher nicht an der Zeit, den Direktoren unserer Museen hier stärkere Eigenverantwortung zu geben? Da trotz der rechtlichen Verselbstständigung unserer Hamburger Museen der weit überwiegende Teil des in den Depots und Archiven lagernden Schatzes nach wie vor Eigentum der Freien und Hansestadt Hamburg ist, bedürften die Museen hierzu jedoch unseres Einverständnisses.

(Wilfried Buss SPD: Das wäre ja noch schöner!)

Ich versteh die Sorge, dass auf diese Weise wertvolle Sammlungsgegenstände aus kurzfristigen, vom jeweiligen Zeitgeist geprägten Überlegungen heraus und ohne hinreichende fachliche Bewertung veräußert werden könnten, wie das in der Vergangenheit anderenorts vor-

gekommen sein soll. Aber auf der anderen Seite denke ich auch, dass diese Tatsache vor allem dem Fehlen klar definierter Voraussetzungen für eine Abgabe von Sammlungsgegenständen zuzuschreiben war.

Auch die beiden auf nationaler Ebene in Deutschland tätigen Museumsorganisationen, nämlich zum einen der Deutsche Museumsbund und zum anderen die deutsche Sektion des Internationalen Museumsrates ICOM, haben sich seit einiger Zeit intensiv mit genau dieser Frage der Abgabe von Sammlungsgut durch das einzelne Museum befasst.

Nach eingehender Diskussion im letzten Jahr haben die Vorstände ein Diskussionspapier erarbeitet, das auf der Mitgliederversammlung des Deutschen Museumsbundes im Mai dieses Jahres diskutiert werden soll. Hiermit sehen Sie, dass das zurzeit in der Museumslandschaft in Deutschland ein aktuelles Thema ist.

(Beifall bei der CDU)

ie sehen auch, dass es der Wunsch der CDU ist, aktuelle Themen zu aktueller Stunde aufzugreifen sowie zu diskutieren und nicht 20 Jahre zu verschleppen oder zehn Jahre zu spät zu kommen.

(Wolfhard Ploog CDU: Sehr gut!)

Die Präambel in diesem Papier stellt klar und daran rütteln wir selbstverständlich auch nicht, dass der Auftrag der Museen und ihrer für die Sammlung verantwortlichen Träger Teil des kulturellen Erbes ist und das natürlich auch die ungeschriebene Aufgabe ist und bleiben soll.

Die Objekte dieser Sammlungen seien bewusst und endgültig den Wirtschaftskreisen auch entzogen – so steht es dort –, um sie der Öffentlichkeit zugänglich zu machen und für nachfolgende Generationen zu bewahren. Ich glaube, in diesem Punkt sind wir auch alle d'accord.

Aber die beiden Museumsorganisationen stellen in der Diskussion auch klar, dass ausnahmsweise und unter geregelten Voraussetzungen eine Abgabe von Sammlungsgut möglich sein kann, die diesem Auftrag nicht widersprechen. Das Verfahren, das hier vorgeschlagen wird, setzt eine Reihe von Hürden, um der Gefahr der von mir soeben zitierten vorschnellen Abgabe ohne Sorge, ohne hinreichende Begutachtung und Bewertung vorzubeugen.

So wird unter anderem ein langfristig vorzuschreibendes und verbindliches Sammlungskonzept für jedes einzelne Museum verlangt sowie ein qualifiziertes Fachgutachten zur wissenschaftlichen, künstlerischen und historischen Bedeutung der einzelnen Objekte. Darüber hinaus ist dann wichtig, dass für jedes Objekt ab 1000 Euro die Entscheidung einer externen Kommission notwendig ist. Es gibt noch viele weitere Punkte, die ich hier aus Zeitgründen nicht alle nennen möchte.

Diese Kriterien entsprechen genau dem internationalen Standard, denn sie stellen eine nationale Konkretisierung der entsprechenden Vorgehensweisen dar. Das ist der Abschnitt 4.3 der ethischen Richtlinien für Museen des Internationalen Museumsrates.

(Präsident Berndt Röder übernimmt den Vorsitz.)

Daher wird zurzeit ganz aktuell geprüft, ob derartige Verfahrensgrundsätze nicht auch für unsere Hamburger Sammlungen einen hinreichenden Schutz böten, ohne auf der anderen Seite eine Veräußerung einzelner Objek-

A te zum Zwecke der Anschaffung neuer Objekte gänzlich auszuschließen. Es geht also darum, dass wir als CDU das nicht aktiv forcieren wollen, aber es geht darum, zu diskutieren, ob es nicht auch möglich sein darf.

Wir, die Hamburger CDU, sind uns der Risiken, aber auch der Chancen bewusst, die die Öffnung dieser Möglichkeiten mittel- und langfristig bergen können. Auch wenn nach meiner persönlichen Auffassung die Chancen überwiegen, möchte ich an dieser Stelle die aufgeworfene Frage nicht jetzt abschließend beantworten. Vielmehr wollen wir aktiv im Kulturausschuss mit den anderen Fraktionen einen Prozess anregen, im Zuge dessen wir uns gemeinsam Gedanken darüber machen können, wie wir mit dem über Generationen gewachsenen Schatz in den Depots und Archiven unserer Museen umgehen wollen und wie viel Freiheit wir unseren ansonsten in jeder Hinsicht verantwortungsbewussten Hamburger Museumsdirektoren zusätzlich geben können.

Die Museen in Hamburg erfreuen sich bei den Hamburgerinnen und Hamburgern größter Beliebtheit. Letzte Woche konnten wir es lesen, dass die "Lange Nacht der Museen" zum beliebtesten Groß-Event der Stadt gewählt worden ist. Wer hätte das gedacht? An dieser Stelle kann ich für unsere Fraktion sagen: Hut ab vor der engagierten Arbeit der Hamburger Museen.

(Beifall bei der CDU)

B Ich denke, es ist ganz wichtig, dass wir als Parlament auf der Höhe der Zeit der Diskussion in Deutschland sind, wie unsere Museen attraktiv bleiben und wie wir sie bei dieser schwierigen Arbeit unterstützen können. Deswegen ist mein Wunsch und meine Bitte an die anderen Fraktionen: Lassen Sie uns an diesem wichtigen Thema nicht politisch, sondern gemeinsam mit allen Kräften daran arbeiten, unsere Hamburger Museen noch attraktiver für die Zukunft zu gestalten. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt die Abgeordnete Dr. Stapelfeldt.

Dr. Dorothee Stapelfeldt SPD: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Nachricht aus dem "Hamburger Abendblatt", die eben zitiert worden ist, war tatsächlich die beste zu diesem Thema in der ganzen Woche, nämlich dass die Hamburger am liebsten die "Lange Nacht der Museen" aufsuchen. Das ist das Ergebnis einer Studie der Hamburger Universität. Die "Lange Nacht der Museen" ist die beliebteste Veranstaltung der Stadt, wahrscheinlich beliebter als die lange Nacht des Parlamentes, wie wir heute sehen.

Es ist ganz erfreulich, dass dies so bilanziert wurde. Schon Ende des vergangenen Jahres gab es in einer anderen Tageszeitung, der "Welt", eine Schlagzeile, "Spitzenjahr für die Hamburger Museen", die bilanzierte, dass im Jahr 2004 die Besucherzahlen in den Museen wieder erheblich, teilweise um bis zu 30 Prozent gestiegen waren. Das ist nach einigen sehr schwierigen Jahren eine sehr erfreuliche Entwicklung, die wir den gut durchdachten Konzeptionen der Museumsleitungen und auch den attraktiven und interessanten Ausstellungen zu verdanken haben.

Wie ist also der Umgang mit den Kunstbeständen in den Archiven und Depots der hamburgischen Museumsstif-

C tungen? Wie gehen sie damit um? Dies ist das Hauptthema Ihrer Anfrage und diese Frage wird in der Drucksache, die Sie eben zum Teil schon erläutert haben, sehr gut und ausführlich – am Beispiel der Kunsthalle – beantwortet. Es gab dort zahlreiche Ausstellungen in den Jahren 2002 bis 2004, alleine 16 eigene Ausstellungen mit 785 Werken aus den eigenen Depots. Sechs Ausstellungen wurden mit über hundert Depotbildern angereichert. Außerdem wurden von 2003 bis 2004 338 Werke ausgeliehen. So viel zu den Zahlen. Diese Bilanz zeigt ja, dass ständig Nutzen aus den Werken, die sich in den Depots befinden, gezogen wird und dass sie eben nicht abgeschottet oder vergessen werden, sondern dass viele Werke zum Glück gezeigt werden.

Es ist auch falsch zu glauben, es bestehe hier eine ganz fest gefügte Trennung zwischen den Schausammlungen einerseits und den Depots und Archiven andererseits. Das ist weder in der Kunsthalle noch in den anderen Hamburgischen Museen der Fall, sondern wir wissen, dass es hier einen ständigen Wechsel gibt und die Werke aus den Depots natürlich mit einbezogen werden. Wir wissen auch, dass sich dieses Konzept, das auch die anderen öffentlichen Hamburger Museen verfolgen, mit steigenden Besucherzahlen tatsächlich bewährt hat. Dazu auch noch einmal ganz wenige Zahlen: Das Altonaer Museum stellt zwischen 30 Prozent und 90 Prozent seiner Sammlungsgegenstände aus, das Museum für Hamburgische Geschichte zurzeit 50 Prozent und das Museum für Völkerkunde strebt an, innerhalb von 20 Jahren jeden Sammlungsgegenstand mindestens einmal öffentlich zu präsentieren. Es finden darüber hinaus viele Führungen, zum Teil wöchentlich, zum Teil auch nur zu einigen Zeiten im Jahr durch diese Depots und Archive statt. Das also zum Umgang der Museen mit den wertvollen Kunstbeständen in ihren Archiven und Depots.

D Geht es Ihnen aber tatsächlich um diese Frage? Natürlich nicht. Der Kollege Drews hat schon darauf hingewiesen, was das Zentrum ist. Aber lassen Sie mich noch ein anderes Thema aufwerfen, denn Sie beginnen schließlich Ihre Große Anfrage mit einem Hinweis auf den Bericht des Rechnungshofes 2004. Wenn Sie Antworten zu konkreten, durch aussagefähige Kennzahlen untermauerten Maßstäben für die Bemessung der Zuwendungen hätten haben wollen, so wie der Rechnungshof sie einforderte, hätten Sie allerdings andere Fragen stellen müssen.

(Beifall bei Wilfried Buss und Sabine Boeddinghaus, beide SPD)

Es geht also ganz eindeutig um die Veräußerung von Kunstbeständen, um damit Geld in die Kassen zu spülen. Ich möchte in diesem Zusammenhang noch einmal den Stiftungszweck aus dem Errichtungsgesetz der hamburgischen Museumsstiftungen zitieren:

"Die Stiftungen haben die Aufgabe, die Sammlungen zu bewahren und zu erweitern, sie durch Forschung, Dokumentation und Publikation zu erschließen und sie durch Ausstellungen und andere Veranstaltungen der Allgemeinheit zugänglich zu machen."

Das ist die Kernaufgabe, die Sammlungen anzulegen, zu pflegen und für die Nachwelt zu erhalten, und hier geht es um die Bewahrung unseres kulturellen Erbes. Zum Glück gibt es ein Papier des Deutschen Museumsbundes und des Internationalen Museumsrates, das eine ganz klare Haltung zu diesem Thema deutlich macht. Das muss

A meiner Ansicht nach auch Maßstab für unser Handeln sein. Das ist ein Papier, das ich ausdrücklich unterstütze, weil es nämlich sagt, dass die Objekte der musealen Sammlungen bewusst und endgültig dem Wirtschaftskreislauf entzogen worden seien, um sie der Öffentlichkeit zugänglich zu machen und sie für nachfolgende Generationen zu bewahren. Die Abgabe von Sammlungsgut – und das heißt eben nicht nur Veräußerung – kann dementsprechend nur ausnahmsweise und unter geregelten Voraussetzungen erfolgen, die diesem Auftrag nicht widersprechen. Herr Kollege Drews, ich sage es noch einmal, da geht es nicht allein um Veräußerungen. Das ist wirklich der absolute Ausnahmefall,

(Wolfgang Drews CDU: Das habe ich auch richtig zitiert!)

der – wie Sie ja die Anhörung richtig zitiert haben – im Kulturausschuss vor fast zwei Jahren auch zur Ausnahme erklärt worden ist.

Es geht auch um die sonstige Abgabe von Kunstgegenständen, das heißt nämlich, es geht auch um die Frage ganz extremer Ausleihen oder auch um Tausch zwischen den Museen. Das finde ich auch ganz wichtig festzuhalten.

Infofern ist eine kleine Befürchtung, die ich heute hatte, bevor wir in die Debatte eingestiegen sind, dass hier das Thema, wir veräußern Kunstgegenstände aus den hamburgischen öffentlichen Museen, um in Zeiten knapper Kassen Geld in die Museumsstiftungen zu kriegen, aufgemacht wird, jedenfalls von Ihnen so nicht vorgetragen wird. Dies überhaupt zu befürworten – auch zum Beispiel zur Finanzierung laufender Ausgaben für die Museumsstiftungen –, wäre tatsächlich absolut fahrlässig und darf überhaupt nicht in Erwägung gezogen werden. Deswegen ist es ganz wichtig, dass der Deutsche Museumsbund und der Internationale Museumsrat ihre Haltung geklärt haben.

Der Ausgangspunkt für dieses Thema überhaupt ist die wirtschaftliche Lage der Museumsstiftungen. Das heißt, die Möglichkeit, die sie haben, durch eigene Mittel Kunstgegenstände und neue Kunst zu erwerben. Deswegen lassen Sie mich an dieser Stelle auch einige grundsätzliche Bemerkungen zur Lage der Museumsstiftungen machen.

Obwohl die Museen in den vergangenen Jahren wirklich alle Anstrengungen unternommen haben, ihre Einnahmen zu erhöhen – zum Beispiel durch die Steigerung der Besucherzahlen, auf die wir ja mehrfach positiv hingewiesen haben –, konnten die Verlustvorträge gar nicht abgebaut werden. Das heißt, sie lasten auf den öffentlichen Museen und sie resultieren – jedenfalls zum Teil – aus strukturellen Problemen aus und nach der Verselbstständigung. Ich persönlich glaube also, dass die Kulturbehörde und der Senat überhaupt nicht darum herumkommen werden, die betroffenen Museen einmalig zu entschulden. Ich glaube auch nicht, dass die Kulturbehörde und der Senat, wir hier in der Bürgerschaft, die wir ja das Geld durch Haushaltbeschlüsse bewilligen, darum herumkommen werden, über strukturelle Zuwendungen an die Museen zu diskutieren und nach besseren Wegen zu suchen. Auf diese Frage haben die Beratungen, die wir bislang mit der Kulturbehörde hatten, leider noch überhaupt keine Ergebnisse gebracht, weder in den Haushaltberatungen noch danach.

C Meine Damen und Herren, die Museumslandschaft ist attraktiv, abwechslungsreich, interessant und vielfältig. Die Hamburgerinnen und Hamburger nehmen die Angebote in immer stärkerem Umfang wahr. Lassen Sie uns alles dafür tun, dass dies so bleibt. Lassen Sie uns alles dafür tun, dass die Museen ihren Weg in die Zukunft gestärkt gehen können.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Berndt Röder: Das Wort wünscht der Abgeordnete Dr. Maier.

Dr. Willfried Maier GAL: Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Diese Anfrage ist ausgesprochen interessant, auch in der Form der Beantwortung. Es sind ja im Großen und Ganzen zwei Fragen, die gestellt werden, und zwei Themen, die dadurch aufgeworfen werden: Erstens, wie werden die Bestände der Museen, also auch die Depotbestände, dem Hamburger Publikum zugänglich gemacht? In Bezug auf diese Frage ist die Behörde ausgesprochen auskunftsfreudig.

(Wilfried Buss SPD: Ach!)

Mit Hilfe der Leitungen der Museen wird über dreieinhalb Seiten Auskunft gegeben.

Die zweite Frage, die verhandelt wird, ist die brisantere. Sie lautet: Unter welchen Umständen ist an Verkäufe gedacht? In Bezug auf diese zweite Frage ist die Behörde wenig auskunftsfreudig. Da sagt sie, es werde darüber mit den Museumsleitungen geredet. Da gibt es, so habe ich den Eindruck, eine kleine Konfliktlage zwischen der fragenden Fraktion und der antwortenden Behörde in D diesem Punkt, was man gut verstehen kann.

(Wolfgang Drews CDU: Das ist Quatsch!)

– Ich habe ja gar nichts dagegen, dass es auch einmal eine Konfliktlage geben sollte. Gut, das ist egal.

Diese zweite Frage ist natürlich die im Moment politisch interessante. Diese zweite Frage wird im Moment vor einem Hintergrund aufgeworfen, dass die Hamburger Museen Schulden von 7 Millionen Euro angehäuft haben und insbesondere zwei davon – die Kunsthalle und das Museum für Kunst und Gewerbe – auch erklärt haben, sie sähen keine Möglichkeit, diese Schulden abzubauen. Das sind die beiden größeren Schuldenträger. Zudem hat sich dort eben seit Jahren die Praxis eingebürgert, regelmäßig in den Vorgriff auf das jeweils nächste Jahr zu gehen, um überhaupt liquide bleiben zu können. Das heißt, das Problem drückt. Und wenn ein solches Problem richtig drückt, dann wird natürlich verzweifelt nach Auskünften gesucht, um das Problem zu lösen. In diesem Zusammenhang dann die Frage nach denkbaren Verkäufen aufzuwerfen, ist eher problematisch, weil damit fast ja schon die Zielmarke aufgestellt ist und das zu lösende Problem. Das wird niemand so sagen, aber es wird faktisch so wirken.

Das ist eine Sache, die, finde ich, nicht laufen darf. Es kann nicht sein, dass wir eine Debatte – auch eine unterschellige – kriegen, ob wir nicht aus den Beständen die Schulden der Museen abbauen wollen. Da haben wir uns tatsächlich als Stadt verpflichtet, als wir diese Sammlungen begonnen haben, diese zu pflegen und zu behalten. Daraus sind Folgekosten zwingend und man muss über diese Folgekosten reden und darüber, wie man sie aufbringt. Wir können aber nicht sagen, wir werfen diese

- A Bestände einfach aus ökonomischen Gründen ins Schuldenloch hinein.

Die Museumsinstitutionen haben ja ziemlich eindeutige Fälle genannt, wann Verkäufe denkbar seien: wenn es Ausstellungsgegenstände sind, die gar nicht zum Profil passen, oder wenn es Dubletten sind, die möglicherweise zu behalten sinnlos wäre. Das sind die beiden Fälle, die mir im Moment einfallen. Gleichzeitig hört man dann aber auch immer wieder Dinge wie: Vor 20 Jahren war, glaube ich, Jugendstil nicht so besonders in, da hatte man den Eindruck, das seien Bestände, die könnte man auch leicht verkaufen. Heute müssten Sie ziemlich teuer nachgekauft werden. Zeitgeistwellen gehen ja auch an Museen nicht vorbei, sondern Museen haben sehr unterschiedliche Wahrnehmungen von dem Wert ihrer Bestände.

Eine weitere Problematik taucht auf, sie ist auch in der Drucksache gelegentlich erwähnt: Es würden ja gerade die Werte dieser Ausstellungsgegenstände im Zusammenhang mit der Vermögenserfassung der Stadt insgesamt erfasst. So sehr ich eigentlich insgesamt für die Erfassung der Vermögensbestände bin, habe ich in diesem Fall dagegen große Bedenken, denn das bedeutet gerade, wenn ich die Kunstschatze der Stadt ein bisschen fiktiv oder zugerechnet bewerte, dass ich sie indirekt ökonomisch zur Disposition stelle, weil ich sie ja dann in die Vermögensbilanz hineinnehme und gucke, ob Vermehrung oder Verminderung des Vermögens stattfindet. Dann muss aber dieses Vermögen in einer Weise zur Disposition gestellt werden. Es war irgendwann einmal die Entscheidung bei der Gründung der Museen getroffen worden, nein, wir wollen einen bestimmten Bereich von

- B wertvollen Gegenständen gerade nicht in den ökonomischen Kreislauf stellen lassen. Insofern ist die Hereinnahme in die Erfassung durch die Doppik im Unterschied zu allen anderen Gegenständen eher ein problematischer Fall, weil Kunstgegenstände tatsächlich – soweit sie denn als öffentliche Güter genommen werden – da herausgezogen werden sollen.

Ich verstehe deswegen die Zurückhaltung der Behörde ganz gut, wenn sie sagt, es werde darüber verhandelt und geredet. Ich finde aber auch, dass wir da zu einer Regelung und zu definierten Grundsätzen kommen müssen, wann es denn möglich sein soll. Diese Entscheidung müssen wir als Bürgerschaft treffen, denn es handelt sich um Umgang mit Vermögen dieser Stadt. Das kann der Senat nicht freihändig machen, man kann auch nicht sagen, dass das die Museumsdirektoren machen sollen, man kann noch nicht einmal sagen, die Expertengremien. Sie müssen dazu erst durch unsere Entscheidung ermächtigt werden. Welche Regeln das sein sollen, darüber sollten wir reden. – Danke schön.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Präsident Berndt Röder: Das Wort erhält Senatorin Prof. von Welck.

Senatorin Dr. Karin von Welck: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Die Auskünfte der sieben Hamburger Museumsstiftungen auf die Große Anfrage der CDU zum Umgang mit den Beständen in Archiven und Depots zeigt eindrucksvoll, wie wichtig diese Bestände für die Erfüllung des Auftrages dieser Häuser sind.

- (Beifall bei der CDU und bei Hans-Christoff Dees SPD) C

Herr Drews hat eben ausführlich darauf hingewiesen. Die Sammlung ist für ein Museum von mehrfacher Bedeutung. Stärker noch als spektakuläre Sonderausstellungen bestimmt sie das Profil und Renommee eines Museums. Es besteht noch immer der Grundsatz, je bedeutender die Sammlung eines Museums, desto glanzvoller sein Ruf und natürlich auch der Ruf der Stadt, in der das Museum steht. Es ist die Sammlung, die letztendlich für die Ausstellungspolitik eines Museums richtungsweisend ist. Aus ihr entwickeln sich erst die Sonderausstellungen, indem sie deren Inhalte vertiefen, ergänzen und erweitern.

Eine bedeutende Sammlung ist für ein Museum aber auch deshalb wichtig, weil sie das Haus zu einem gefragten Partner im internationalen wie nationalen Leihverkehr macht. In einer Zeit, in der große Sonderausstellungen immer schwieriger zu finanzieren sind, kommt auch diesem sammlungspolitischen Aspekt ein ganz besonderes Gewicht zu. So wäre zum Beispiel das großartige Gemälde von Caspar David Friedrich, "Der Watzmann", das zum Weltkulturerbe gehört und zurzeit in der Hamburger Kunsthalle zu sehen ist, nie nach Hamburg entliehen worden, wenn unser wunderbares Caspar-David-Friedrich-Gemälde, "Eismeer", nicht zuvor in Berlin gezeigt worden wäre.

Christoph Vitali, der viele Jahre hindurch Chef des Hauses der Kunst in München war, formulierte einmal sehr treffend:

"Die Schausammlung darf nicht zu einer über Jahrzehnte unberührbaren Preziosauslage erstarren, sondern muss immer wieder neu überlegt, neu mit den in den meisten Museen überreichen ... Depotbeständen aufgemischt werden." D

Wenn ein Museum attraktiv bleiben will, muss es mit seinen Pfunden wuchern.

"Nichts ist spannender als eine museale Sammlung immer neu pointiert zu erleben".

So arbeiten bereits die Hamburger Museen. Das zeigt sich zum Beispiel exemplarisch an der Aufstellung der Hamburger Kunsthalle und im klugen Konzept "Der innere Reichtum" des Museums für Völkerkunde. Beides hat Frau Stapelfeldt bereits erwähnt.

Damit Schausammlungen auf ein gesteigertes Publikumsinteresse stoßen, ist permanente konzeptionelle Arbeit erforderlich, gepaart mit Experimentierfreudigkeit und Kreativität. Genau nach dieser Maxime wird in Hamburg gearbeitet.

Nun noch ein paar Hinweise zur Diskussion des Verkaufes von Objekten aus den Hamburger Museen. Genau so wie Herr Drews sehe auch ich, dass es sich hier um einen äußerst sensiblen Bereich handelt, der meines Erachtens nicht umsonst lange Jahre von einer gewissen Tabuzone umgeben war. Zunächst möchte ich auch hier noch einmal nachdrücklich feststellen, dass der Auftrag der Museen darin besteht, das kulturelle Erbe, das sich in den Sammlungen ausdrückt, zu bewahren, zu pflegen und für die Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Grundsätzlich geht es also darum, die Sammlung zu erhalten und zu ergänzen. Nicht von ungefähr ist daher in der Präambel des von Herrn Drews und Frau Stapelfeldt

A erwähnten Positionspapiers des Deutschen Museumbundes und von ICOM festgehalten, dass eine Abgabe von Sammlungsgut im Grundsatz verhindert werden solle, da – Herr Drews und Sie, Frau Stapelfeld, haben es zitiert – die Sammlungsgegenstände der Museen bewusst und endgültig dem Wirtschaftskreislauf entzogen wurden.

In der Museumswelt wird die Frage, ob und wenn ja, unter welchen Voraussetzungen und geregelten Ausnahmen derartige Verkäufe zugelassen werden sollen, gerade – wir haben es schon gehört – heiß diskutiert und ist noch keineswegs mit einer abschließenden Empfehlung versehen worden. Da ich mich mit der Frage "Verkauf von Museumsgegenständen" bereits während meiner Zeit als Museumsdirektorin und Vorstandsmitglied des Deutschen Museumsverbandes sowie als Generalsekretärin der Kulturstiftung der Länder sehr intensiv beschäftigt habe, will ich die Problematik in vier Punkten und an zwei Hamburger Beispielen ein bisschen erläutern.

Erstens wurden auch in der Vergangenheit immer wieder einmal Objekte aus Museumssammlungen verkauft. Aus heutiger Sicht handelt es sich dabei eigentlich immer um Objekte, von denen die jeweiligen Museumsdirektoren nichts verstanden oder von denen sie aus einer dem jeweiligen Zeitgeist angepassten Strategie für ihr Haus nichts hielten. Die Nachfolger und die Öffentlichkeit hatten das Nachsehen. Schon allein aus diesem Grund darf die Entscheidung über den Verkauf nicht den Museumsdirektoren allein überlassen sein, sondern muss von externen Experten begutachtet, beurteilt und der Vorgang letztendlich der Bürgerschaft ab einer gewissen Wertgrenze zur Entscheidung vorgelegt werden, so wie es Herr Drews auch schon vorgestellt hat.

Zweitens sind die Objekte in den Depots, die manch einer verkaufen will, nicht unbedingt diejenigen, die das erhoffte Geld einspielen.

Drittens muss geprüft werden, bevor ein Museum in einer Stadt, in einem Land ein Objekt auf dem freien Markt anbieten darf, ob dieses Objekt nicht in eine andere öffentliche Sammlung der Stadt beziehungsweise des Landes sinnvoll integriert werden kann, denn es geht ja – ich wiederhole mich – bei den Museumssammlungen um Objekte, die unserer Generation anvertraut sind, damit wir sie als Teil unserer Geschichte an die folgenden Generationen weiterreichen.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Viertens muss in der Diskussion dringend zwischen den einzelnen Museumstypen unterschieden werden, denn ein Technikmuseum zum Beispiel hat sicher ganz anders geartete Probleme, auch in der Depotfrage, als zum Beispiel ein Kunstmuseum.

Um Ihnen einen Eindruck von der sensiblen Problematik der Fragestellung zu geben, komme ich abschließend zu den beiden Hamburger Beispielen, die mir aus meiner Zeit als Generalsekretärin der Kulturstiftung der Länder in Erinnerung geblieben sind.

Beim ersten Beispiel handelt es sich um den geplanten Verkauf einer kostbaren Handschrift aus dem Kupferstichkabinett der Hamburger Kunsthalle, den zweiten Band einer französischen Bibel, die 1372 bis 1380 im Auftrag von Karl V. entstanden ist. Die Kunsthalle plante, diese Bibel zu verkaufen, um damit den Ankauf der Run-

ge-Bilder zu finanzieren. Als wir in der Kulturstiftung davon Kenntnis erhielten, weil die Münchener Staatsbibliothek an dem Erwerb interessiert war, gaben wir ein Gutachten in Auftrag, das ergab, dass diese Handschrift aus der Blütezeit der spätmittelalterlichen Buchmalerei einst, das heißt im Jahre 1863, als bewusste Gründungsschenkung des profilierten Kunsthistorikers J. M. Commeter an die damals im Aufbau befindliche Kunsthalle gegeben worden war. Ich riet daher der damaligen Kultursenatorin, Christina Weiß, dringend vom Verkauf der Handschrift ab, denn ein derartiger Verkauf wäre meines Erachtens ein Schlag ins Gesicht aller gegenwärtigen und zukünftigen Förderer und Stifter der Kunsthalle gewesen und hätte bei Bekanntwerden entsprechend scharfe Proteste hervorgerufen. Wenn sich denn die Kunsthalle von der Handschrift hätte trennen wollen, weil sie der Meinung war, sie passe nicht in das Profil der staatlichen musealen Sammlung, wäre der üblicherweise gewählte Ausweg einer Dauerleihgabe an das zuständige staatliche Fachinstitut vor Ort sicher der bessere Weg gewesen. In diesem Fall wäre die Bibel zur Staatsbibliothek gekommen.

Der zweite Fall betrifft drei Benin-Bronzen aus dem Besitz des Museums für Kunst und Gewerbe, im Übrigen ein Ankauf von Justus Brinkmann aus dem Jahre 1897 für sein Haus, mit dem er das Ziel verfolgte, diese afrikanischen Bronzen als ebenbürtig neben edelste italienische Bronzen zu stellen, ein in seiner Zeit Aufsehen erregender Gedanke, mit dem Justus Brinkmann die afrikanische Kunst in Europa salonfähig gemacht hat. Wenn die Bronzen nicht im Museum für Kunst und Gewerbe Aufstellung finden – was sammlungsgeschichtlich gerade im Zeitalter der Globalisierung ohnehin bedauerlich wäre –, sollten sie meines Erachtens auf keinen Fall verkauft werden, sondern wenigstens als Leihgabe des Museums an das staatliche Museum für Völkerkunde hier in Hamburg gegeben werden.

Sie sehen, es gibt in dieser schwierigen Frage sehr viel zu bedenken, der wir uns aber gleichwohl in aller Offenheit stellen müssen. Deshalb bin ich für diesen Impuls von Herrn Drews sehr dankbar, denn wir müssen dies tun, weil es nicht zuletzt von der Öffentlichkeit gefordert wird. Ich kann Ihnen als Aufsichtsratsvorsitzende der sieben Hamburger Museumsstiftungen im Übrigen berichten, dass wir auch in den Museumsstiftungen seit geraumer Zeit die Frage des Verkaufs diskutieren. Wir haben uns geeinigt, zunächst die abschließende Meinungsbildung im Deutschen Museumbund abzuwarten, das wird wohl nach der Debatte im Mai im Herbst 2005 der Fall sein. Mein Grundsatz in dieser Debatte: nicht vorschnell handeln, nicht dem Zeitgeist erliegen und den Schutzwall um die Sammlung möglichst hoch bauen. Dabei hoffe ich auf Ihrer aller Unterstützung. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

Präsident Berndt Röder: Weiter Wortmeldungen sehe ich nicht. Dann stelle ich fest, dass die Anfrage Drucksache 18/1616 besprochen worden ist.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 7 auf, Drucksache 18/1690, die Große Anfrage der SPD-Fraktion zum Thema: Wo bleiben Bürgerfreundlichkeit und Beteiligung – das Internetportal hamburg.de auf dem Qualitätsprüfstand.

C

D

A [Große Anfrage der Fraktion der SPD:
Wo bleiben Bürgerfreundlichkeit und Beteiligung – das Internetportal hamburg.de auf dem Qualitätsprüfstand – Drucksache 18/1690 –]

Diese Drucksache möchte die SPD-Fraktion an den Haushaltsausschuss überweisen. Wird das Wort gewünscht? – Das ist der Fall. Der Abgeordnete Grund hat es.

Uwe Grund SPD:* Hamburg.de, meine Damen und Herren, sehr geehrter Herr Präsident, ist für die Freie und Hansestadt Hamburg ein richtiger Schatz, ein Image- und Werbekauf von herausragender Bedeutung für Hamburg. Ich stelle dies hier fest, um eingangs zu bemerken, dass diese Tatsache bei der Kritik, die anschließend im Umgang mit diesem Pfund von mir gemacht wird, keineswegs bedeutet, dass wir dem Instrument selbst kritisch gegenüberstünden. Das ist mitnichten der Fall. Das ist ja unser Baby und es ist ein gutes Kind geworden, ein stattliches Kind, das Sie wie viele andere gute Dinge von uns geerbt haben. Die Stadt lebt im Prinzip mit dieser Entwicklung positiv.

(Beifall bei der SPD)

Wie passt das zusammen, dass die Stadt bereit ist, für Image- und Werbekampagnen Millionenbeträge auszugeben, dass man die Marketing-GmbH ausstattet, um das Image der Stadt nach vorn zu treiben, und auf der anderen Seite mit hamburg.de so schmählich umgeht, wie das gegenwärtig geschieht?

(Beifall bei Dr. Till Steffen und Jens Kerstan, beide GAL)

Wir stellen fest, dass diese Einrichtung – hamburg.de – mit drei Säulen gebildet wurde, nämlich einerseits der Stadtsäule, also dem, was man heute als E-Government bezeichnet, andererseits der kommerziellen Säule und drittens der so genannten Bürgersäule. Wir stellen fest, dass inzwischen in Hamburg die Bürgersäule verramscht wird. Das ist ein schwerer Fehler. Ich finde, Sie sind auf dem guten Weg, diesen Fehler weiter zu vertiefen. Wir können Ihnen nur davon abraten, diesen Weg weiter zu gehen.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Ich stelle auch fest, dass der Staatsrat bei der Diskussion, die wir vor einigen Monaten über die Frage hatten, wie es zu dieser Entwicklung gekommen sei, in diesem Parlament nicht die Wahrheit gesagt hat. Er hat den Eindruck erweckt, als ob die Bürgerschaft über die Entwicklung laufend unterrichtet worden sei und selbstverständlich Einvernehmen in dieser Frage herrsche. Dies, Herr Staatsrat, trifft so nicht zu. Im Oktober des Jahres 2002 hat es sehr wohl im IuK-Ausschuss dieses Parlamentes eine Information darüber gegeben, dass die finanzielle Seite von hamburg.de nicht in Ordnung sei und dass man erwäge, künftig Gebühren für bislang freie Leistungen zu erheben. So war das dargestellt worden. Zwei Jahre später mussten wir den Medien entnehmen, dass dies alles beschlossene Sache ist und eingeführt wurde. Ich finde nicht, dass das eine anständige Unterrichtung des Parlaments über diese wichtige Frage ist.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Meine Damen und Herren! Über 200 000 Hamburgerinnen und Hamburger haben ihre private E-Mail-Adresse

mit hamburg.de verbunden. Das ist ein wirklich herausragendes Imagethema, selbst wenn der Senat oder hamburg.de betonen, dass nicht alle 200 000 Bürgerinnen und Bürger reichlich Gebrauch von ihrer Internetadresse machen; immerhin tun das 80 000.

Nun ist Hamburg bereit, das anders zu bewerten. Das heißt also, den Teil der Bürgersäule, nämlich die freie E-Mail-Adresse, soll es nicht mehr geben. Das wird künftig mit Preisen versehen. Das Ergebnis kann man nachlesen. In der Anfrage meiner Kollegin Dräger war nachzulesen, dass von 213 000 Adressen inzwischen nur noch 20 000 übrig geblieben sind, die von den Bürgerinnen und Bürgern bezahlt werden.

(Beifall bei Dr. Till Steffen GAL)

Den Bürgerlichen in diesem Hause sind die Bürgerschnuppe. Das ist ein erneuter Beleg dafür, wie wir mit den Bürgerinnen und Bürgern umgehen.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Hamburg.de wird nicht nur an dieser Stelle verramscht, sondern auch an einer anderen Stelle. Ich mache darauf aufmerksam, dass wir uns in der Fragestunde im vergangenen Spätherbst schon sehr intensiv über die Frage unterhalten haben, wie es mit den Vereinen und Verbänden aussieht.

Bisher war es so, dass die Vereine, Verbände und Einrichtungen in der Lage waren, ihre elektronische Visitenkarte in hamburg.de zu hinterlegen. Auch dies soll nun in erheblichem Umfang Geld kosten. Da geht es um keine Kleinigkeiten mehr. Das führt ganz sicher dazu, dass sich die Vereine, Verbände und Einrichtungen in der Stadt in großen Teilen nicht mehr leisten können. Es ist von hamburg.de angekündigt, dass die eingestellten Adressen, wenn sie durch die Vereine und Verbände nicht bezahlt werden, ab Anfang März aus dem Angebot von hamburg.de verschwinden sollen. Wir haben es gerade eben noch einmal geprüft. Heute waren sie noch drin. Ich kann den Senat und auch dieses Haus nur auffordern, das nicht mitzumachen. Die Vereine, die Verbände und die Einrichtungen in dieser Stadt, die privaten Institutionen, die das kulturelle und das soziale Leben in dieser Stadt tragen und gestalten,

(Volker Okun CDU: Gewerkschaften!)

müssen eine freie Adresse in hamburg.de behalten. Alles andere ist eine Fehlentscheidung.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Diese Entscheidungen sind mit erheblichen Qualitätseinbußen verbunden. Wir haben auch im Herbst bereits darauf aufmerksam gemacht, dass die anfangs sehr lobenden Ergebnisse über die Funktionalität von hamburg.de inzwischen erhebliche Kratzer bekommen haben. Wir haben auf die Studie des Fraunhofer Instituts hingewiesen. In dieser Studie wurde nicht so sehr untersucht, wie das Informationsangebot im Ganzen ist, sondern wie die Bürger mit diesem Informationsangebot vernünftig umgehen können. Es ist ein interessantes Ergebnis gewesen, nämlich an dem konkreten Lebensbeispiel.

Eine Familie zieht nach Hamburg und will sich im Internet orientieren. Dabei kommt heraus, dass hamburg.de große Probleme hat, weil alle technischen Details, aber vor allem auch die Art und Weise, wie die Links angelegt

C

D

A sind, sehr kritische Fragen hinterlassen. Das bedeutet, ein solches Internetangebot muss bürgerfreundlich sein. Wenn es viele Informationen enthält, dann nützt es nichts, wenn die Bürgerinnen und Bürger diese Informationen nicht finden. Es muss also hart daran gearbeitet werden, diese Informationen ordentlich aufzuarbeiten.

Ich will damit enden, womit ich eingestiegen bin. Ich habe gesagt, hamburg.de ist ein großer Schatz für diese Stadt, eine Marke inzwischen, die unser Image nach vorne bringt. Gehen Sie mit dieser Marke pfleglich um und sorgen Sie dafür, dass die Bürgerinnen und Bürger sich mit dieser Einrichtung weiter identifizieren und dass sie mit hamburg.de leben. – Danke.

(Beifall bei der SPD und bei *Farid Müller GAL*)

Präsident Berndt Röder: Ich gebe das Wort dem Abgeordneten Voet van Vormizeele.

Kai Voet van Vormizeele CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Kollegen! Wenn man sich die Ausführungen des Kollegen Grund eben angehört hat, dann könnte man gelegentlich zum Schluss kommen, wir reden hier über das Internetportal irgendeiner kleinen Gemeinde, irgendeines kleinen Kuhdorfs und überhaupt keiner will es mehr sehen.

Tatsache, Herr Kollege Grund, ist, dass wir in Hamburg ein Stadtportal haben, das deutschlandweit – gemessen an den Besuchern – zurzeit das erfolgreichste ist.

(*Doris Mandel SPD:* Ja, hat er doch gesagt!)

B Jeden Monat kommen zweieinhalb Millionen Besucher auf diese Seite – das ist bundesweit ein Spitzenwert – und jeden Monat haben wir zehn Millionen Seitenabrufe. Wenn das so unattraktiv wäre, verehrte Kollegen von der SPD, dann würden diese Menschen wohl nicht dort hinkommen. Tatsache ist, der Senat hat dieses Angebot in den letzten Monaten hoch attraktiv ausgebaut. Wir haben heute eines der attraktivsten und besten Portale in ganz Deutschland. Darauf sind wir stolz.

(Beifall bei der CDU)

Dass dieses auch absolut so ist und übrigens in vielen Studien bestätigt wird, können wir nahezu Jahr für Jahr sehen. Sowohl im Jahr 2001/2002 als auch im Jahr 2004 war Hamburg bei den jeweiligen Bundeswettbewerben, die parallel zur CeBIT stattgefunden haben, mit seinen Angeboten im Internet preisfähiger. Wir freuen uns darauf, dass morgen, glaube ich, auf der CeBIT die Preise für 2005 vergeben werden. Ich bin relativ hoffnungsvoll, dass Hamburg im bundesweiten Vergleich wieder hervorragend abschneiden wird.

Wir sind derweilen so gut, dass andere Gemeinden und Städte unsere Systeme übernehmen wollen. Gerade was die Bürgersäule angeht, die Mitbestimmung und das Mitwirken des Bürgers durch das Medium Internet, sind wir derweilen hervorragend geworden, sodass andere große Gemeinden bei uns nachfragen. Es gibt ein großes gemeinsames Projekt des Deutschen Städtetages. In diesem hat Hamburg aufgrund der in seinen Projekten gemachten Erfahrungen in den Bereichen Mitwirkung von Bürgern in der Stadt durch Internet die Federführung übernommen. Auch darauf können wir stolz sein. Das sollten wir nicht durch solche Beiträge, wie eben von Herrn Grund, schlecht reden.

(Beifall bei der CDU)

C

Noch ein paar Worte zur Bürgersäule. Herr Grund, Hamburg hält in dieser Gesellschaft nur noch 20 Prozent. Wir sind als Hamburger Stadt verantwortlich für das Angebot, das die Verwaltung betrifft. Der Rest ist schon seit sehr langer Zeit Sache eines Jointventures. Diesen Bereich, für den die Stadt Hamburg verantwortlich ist, hat sie fortentwickelt und er wird auch weiterhin attraktiv bleiben.

Sie haben eben langsam ausgeführt, wie schlimm es für den Bürger wäre, wenn er keine E-Mail-Adresse mehr hat. Sie haben die Zahlen genannt: 200 000 Hamburger hatten bei hamburg.de eine E-Mail-Adresse.

(*Uwe Grund SPD:* 213 000!)

– Sehen Sie, wahrscheinlich waren es im Endeffekt sogar noch ein paar mehr.

Nur genutzt haben die meisten von ihnen diesen Account überhaupt nicht. Warum haben sie ihn nicht genutzt? Weil es sehr einfach war, den im Vorbeigehen einzurichten. Tatsächlich haben die meisten Hamburgerinnen und Hamburger – wie die meisten Menschen auch – ganz andere Accounts genutzt und hamburg.de war der Account, den man nebenbei mitgenommen hat. Das hat mit Imagegewinn für Hamburg überhaupt nichts zu tun.

Sie sprachen die Visitenkarten der Vereine an und haben eben behauptet, die Vereine hätten keine Chance, sich World Wide Web darzustellen, wenn wir die Visitenkarten bei hamburg.de kostenpflichtig machen würden. Das ist absoluter Blödsinn. Im Gegenteil. Derweilen können Sie in jedem Provider für einen geringen Betrag von 5 bis 10 Euro hervorragende Angebote bekommen, die technisch weitaus umfangreicher sind als das, was hamburg.de als Anbieter jemals bieten kann. Heute so zu tun, als wenn Vereine das für einen Beitrag von 5 bis 10 Euro nicht mehr könnten, ist blödsinnig, Herr Kollege. So geht es nicht.

(Beifall bei der CDU – Glocke)

D

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): Herr Abgeordneter, das Wort wird durch Wiederholung nicht besser. Ich bitte Sie, das zu vermeiden.

Kai Voet van Vormizeele (fortfahrend): Ich werde es berücksichtigen.

(*Dr. Willfried Maier GAL:* Sagen Sie einfach sinnig!)

– Genau. Das andere Wort denken wir uns davor.

Wir haben in den letzten Monaten das, was wir für den Bürger machen wollen, weiterentwickelt. Wir haben sehr viele offene Projekte gehabt. Wir haben Online-Debatten zu dem Projekt "Wachsende Stadt" geführt. Über 4000 Menschen haben an dieser Online-Diskussion teilgenommen. Es gab teilweise bemerkenswert gute Ergebnisse. Viele Vorschläge sind in Angriff genommen worden. Die Preisträger dieses Wettbewerbs haben sich mit dem Ersten Bürgermeister getroffen und viele Vorschläge sind jetzt bereits in der Umsetzungsphase.

Diese erste große Debatte, die wir in Hamburg geführt haben, zeigte bundesweit die größte Beteiligung von Bürgern an kommunalen Entscheidungen, die wir je in Deutschland gehabt haben. Auch darauf, verehrte Kollegen, können wir stolz sein.

A Wir sind dabei – in absehbarer Zeit, hoffe ich, sehr schnell – das Ratsinformationssystem in den Bezirken umzusetzen. Daran haben die Kollegen der vorigen Regierung jahrelang gemurkt, ohne irgendetwas auf die Reihe zu kriegen. Wir werden uns im nächsten Monat im IuK-Ausschuss den Zwischenbericht geben lassen und werden sehen, Herr Kollege Neumann,

(*Michael Neumann SPD*: Ihr Kollege bin ich noch lange nicht!)

dass es geht. Dass wir etwas können, was Sie nie hinbekommen haben, ist bei uns Grundsatz, das ist bei Ihnen eben so schwierig.

(Beifall bei der CDU)

Ich will noch auf einen kleinen Punkt eingehen, den ich in Ihrer Anfrage sehr bemerkenswert fand. Sie haben sich über die Qualität der Suchmaschine bei hamburg.de beschwert. Sie haben langatmig begründet, dass man unglaublich langweilige Links bekäme, wenn man den Begriff LKA eingegeben würde; die wären alle ganz alt und es gebe sie gar nicht mehr. Jeder, der sich ein bisschen auskennt, weiß, wie schwierig es ist, Suchmaschinen auf einem vernünftigen System zu halten. Hamburg ist dabei, dieses Suchsystemprogramm umzustellen.

Hamburg.de ist da weiter als manch anderer. Ich habe mir heute morgen die Freude gemacht, auf der Seite der SPD-Homepage der Bürgerschaftsfaktion nachzuschauen. Dort habe ich den Begriff LKA eingegeben. Es gab einen einzigen Treffer, die Presseerklärung eines gewissen Fraktionsvorsitzenden Zuckerer vom März 2003. Da waren die Ergebnisse von hamburg.de aber um Längen besser, verehrte Kollegen. Ihre Suchmaschine ist veraltet, das spricht für Sie, Sie hängen immer noch fest auf dem Status von 2003, während wir daran gehen, jetzt neue Systeme einzubauen.

(Beifall bei der CDU)

Wir sind diejenigen, die jetzt dafür Sorge tragen werden, dass wir in Hamburg Suchmaschinen bekommen werden, die stimmen.

(Zuruf von *Gesine Dräger SPD*)

– Dass Sie nicht mehr haben, Frau Dräger, verstehe ich ja.

Nur, Sie können sich doch nicht darüber beschweren, dass Sie alte Ergebnisse bekommen, wenn Ihre eigene Suchmaschine – gelinde gesagt – genauso schlecht ist. Das wird es bei uns nicht geben.

Wir sind der festen Überzeugung, dass sich hamburg.de als Portal für den Bürger und als attraktives Portal für die Stadt weiterentwickeln und behaupten wird. Wir sind fest davon überzeugt, dass wir mit hamburg.de das beste Portal in Deutschland haben. Dieser Senat wird dafür Sorge tragen, dass es noch besser wird, ganz egal, was Herr Grund dazu sagt.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Berndt Röder: Der Abgeordnete Müller meldet sich zu Wort und soll es auch bekommen.

Farid Müller GAL: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Worte meines Kollegen von der CDU kann

man so nicht unwidersprochen stehen lassen – auch C nicht für das Protokoll.

(Beifall bei *Michael Neumann SPD*)

Als ich mir diese Große Anfrage beziehungsweise die Antwort des Senats durchgelesen hatte, war ich wieder einmal um eine Gewissheit reicher geworden. Wenn es um Medien geht, darf man diesen Senat nicht allein lassen.

(*Dr. Andrea Hilgers SPD*: Den darf man überhaupt nicht allein lassen!)

Die Zahlen sprechen für sich: 213 000 Accounts vor der Umstellung und 20 145 danach. Das ist eine Abstimmung mit den Füßen. Ihnen sind die Leute wegelaufen, und zwar massenhaft.

(Beifall bei der GAL und der SPD – *Michael Neumann SPD*: Wie im Leben! – Gegenruf von *Bernd Reinert CDU*: Herr Neumann, für Sie ist das Leben ganz anders!)

Da nützen Ihnen auch die paar Menschen nichts, die noch geblieben sind, die noch etwas zahlen. Sie haben in Ihrer Antwort gesagt, die Premium-Mail kostet 35 Euro. Ich habe mir die Mühe gemacht, in Berlin bei berlin.de anzurufen. Die sind mit 27 Euro günstiger. Sie haben auch gesagt, sie arbeiten damit kostendeckend und sie hätten überhaupt nicht verstanden, warum man bei der Umstellung gleich hochpreisig wird, wenn man denn nun schon auf die Idee kommt, etwas dafür zu nehmen. Mit anderen Worten: Wenn man schon meint, man müsste eine Kostendeckung erreichen, war das der klügste Weg, den man gehen konnte. Das Ergebnis ist bekannt.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Wenn hamburg.de nach Ihrem Konzept irgendwann einmal Überschüsse ...

(Unruhe im Hause – Glocke)

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): Herr Abgeordneter, ich möchte die Abgeordneten, die hinter der letzten Bankreihe stehen, darauf hinweisen, dass wir für jeden von Ihnen einen Platz bereit halten. Den dürfen Sie gerne einnehmen. Wenn Sie ihn nicht einnehmen wollen, dann gehen Sie bitte nach draußen. – Fahren Sie bitte fort, Herr Müller.

(Beifall bei der GAL und der SPD – *Gerhard Lein SPD*: Benennen Sie für das Protokoll die Fraktionen!)

Farid Müller (fortfahrend): Was passiert eigentlich, wenn hamburg.de einmal Gewinne macht? Das ist noch nicht abzusehen, aber laut Antwort des Senats streben Sie danach. Darauf gibt es keine Antwort. Wem gehört das Geld hinterher? 20 Prozent hat Hamburg, 80 Prozent die Betreibergesellschaft.

(*Barbara Ahrons CDU*: Das geht von den Steuern ab. Das ist das Wichtigste!)

Auch da ist uns Berlin weit voraus: Der Senat hat mit der Betreibergesellschaft einen Vertrag geschlossen, dass Teile der Gewinne für gemeinnützige Web-Projekte eingesetzt werden. Berlin hat also nicht mehr 1 Prozent an berlin.de, es ist alles verkauft.

(*Volker Okun CDU*: Welche Botschaft ist das?)

- A Wir haben 20 Prozent an hamburg.de und keine vertraglichen Zusicherungen darüber, was mit dem Gewinn geschieht. Das ist mehr als traurig. Da kann man nur sagen: Schlecht verhandelt.

(Beifall bei der GAL)

Nun kommen wir zu der tollen direkten Bürgerbeteiligung, die mein Kollege von der CDU vorgestellt hat. Es gab mehrere Studien, die gesagt haben, dass das genau die Schwäche des Hamburg-Portals ist. Die Frauenhofer-Studie hat leider festgestellt, dass wir weit hinter den bundesdeutschen Großstädten liegen. Es ist ein bisschen obskur, hier davon zu sprechen, wir wären die Nummer eins. Das ist eine Schwäche, das sind wir laut Frauenhofer-Studie nicht. Sie wird auch in der Antwort des Senats zugegeben.

Wir erinnern uns noch an die Foren "Wachsende Stadt"; sie wurden eben erwähnt. Was kann man auf hamburg.de sehen? – Die Ideen, die gewonnen haben. Aber das, was an kritischen Bemerkungen gekommen ist, was nicht umgesetzt wurde, ist für den Bürger heute überhaupt nicht mehr nachvollziehbar. Das ist einfach verschwunden. Das ist keine Bürgerbeteiligung, die Transparenz und Nachvollziehbarkeit sichert, wenn Menschen ein interessantes Portal sehen wollen, das ist nur Lohhudelei.

(Beifall bei Gesine Dräger und Uwe Grund, beide SPD)

Das Gleiche ist bei der Bezirksverwaltungsreform passiert. Auch da wurden aus der Bevölkerung sehr viele E-Mail-Antworten erwartet. Irgendwann erhielten wir dann die Presseerklärung von Senator Peiner, in der wolkig beschrieben wurde, was die Antworten gewesen seien. Im Internet steht keine Zusammenfassung. Der einzige Hinweis war: Man arbeitet noch an der Auswertung. Aber eine Transparenz, welche Vorschläge gemacht wurden – die liegt ja vor, sonst brauchte man keine Presseerklärung dazu zu machen –, die ist nicht gegeben.

Es ist für die Bürger enttäuschend und kontraproduktiv, wenn sie für die Politik ihren Input geben, hinterher nichts passiert und sie es auch nicht mehr nachvollziehen können. Da muss ich den Kollegen von der SPD absolut Recht geben.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Sie schreiben, dass Sie inzwischen selber nicht mehr an Ihr tolles hamburg.de glauben. Ich lese es vor:

"Über die oben bereits genannten Maßnahmen hinaus wird zurzeit eine grundlegende Neustrukturierung und grafische Überarbeitung sowohl der Behördenauftritte als auch der von der Betreibergesellschaft verantworteten Seiten auf www.hamburg.de vorbereitet."

Damit gestehen Sie ein, dass dieser Auftritt momentan so nicht mehr funktioniert, ein Misserfolg ist und Sie hier einen Komplettrelaunch machen. Sie verkaufen uns das als den großen Erfolg von hamburg.de und schreiben in Ihrer eigenen Antwort das Gegenteil. Lesen Sie also bitte die Antworten Ihres Senats und sagen Sie hier nichts, was nichts mit der Realität zu tun hat.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Letztendlich bleibt festzuhalten, dass Hamburg Marketing mit einem Mehrmillionenetat teure und nutzlose Umfragen macht. Hamburg.de, eine sehr günstige effektive Werbung für diese Stadt, blutet aus, die Bürger laufen

davon. Für mich ist das wieder einmal ein Beweis dafür, dass Marketing und Medien bei der Union kein Sachverständ zu erwarten ist. Wir haben morgen einen merkwürdigen Marketinggipfel-Antrag auf der Tagesordnung. Vor diesem Hintergrund kann ich nur sagen: peinlich, peinlich.

Wir werden Sie als Opposition nicht alleine lassen. Dazu ist hamburg.de zu wertvoll, unsere Kontrollfunktion ist hier ganz sicher gefragt.

(Beifall bei der GAL und der SPD – Volker Okun
CDU: Wir sind dankbar, dass wir Sie haben!)

Präsident Berndt Röder: Das Wort erhält die Abgeordnete Dräger.

(Dr. Andrea Hilgers SPD: Erkläre es Ihnen noch einmal!)

Gesine Dräger SPD: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Man kann wirklich nicht alles unwidersprochen lassen, was Sie gesagt haben. Ich muss, glaube ich, und da hat die CDU offenbar einen gewissen Bedarf, eine Aufklärung über das Thema Visitenkarten und Homepages betreiben. Worum geht es dabei eigentlich?

Sie haben völlig Recht, man kann sich überall für wenig Geld 15, 50 Megabyte Speicherplatz holen. Man ist aber in keiner Weise über die Seite hamburg.de dann noch erreichbar. Das heißt, wenn ich ein kleiner Sportverein bin oder eine Initiativgruppe zum Thema Selbsthilfe bei Krankheiten oder ein Verein aus Hamburg, der gern unter dem Dach von hamburg.de erreichbar sein möchte, dann hilft es mir überhaupt rein gar nichts, wenn ich in den Weiten des Internets irgendwo meinen kleinen Bereich habe. Ich muss, um von der Suchmaschine von hamburg.de gefunden zu werden – das ist nämlich eine speziell auf die Domain begrenzte Suchmaschine –, dort auch meinen Auftritt haben. Also nützt mir der Webspace am anderen Ende der Welt nichts, wenn ich dafür extra bezahlen muss, um bei hamburg.de auffindbar zu sein.

(Beifall bei der SPD und der GAL – Michael Neumann SPD: Hört, hört!)

Es gibt viele kleine Vereine, die nicht mit Internetfreaks gesegnet sind, die eine vereinseigene Website vielleicht gar nicht durchgängig betreuen und erstellen können. Die hatten bislang die Möglichkeit, das unter hamburg.de zu machen. Diese Möglichkeit gibt es jetzt nicht mehr. Ich habe den Verdacht, dass auch den Machern von hamburg.de gerade klar wird, dass sie sich einen absoluten Fehlgriff geleistet haben. Die Visitenkarten sollten ab dem 1. November – das ist jetzt ein knappes halbes Jahr her – kostenpflichtig sein. Seitdem sollten die Seiten immer gelöscht werden. Ich bin heilfroh um jeden Tag, an dem die Seiten noch drin sind, da können Sie sicher sein. Aber offenbar merken auch die Macher, dass es auf den Inhalt eines Internetportals ankommt und dass man ein Angebot, das beispielsweise von Initiativen erstellt wird, nicht einfach gnadenlos löschen kann, weil man meint, man könnte damit Geld verdienen. Das zur Klärung.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Diesen eher humoristischen Beitrag zur Frage, ob die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt über die SPD-Fraktion ausführliche Informationen über die Landeskriminalämter finden können, wollen wir weglassen, denn

A ich glaube, wer sich dafür interessiert, wer in Hamburg zum Beispiel für Wirtschaftskriminalität zuständig ist,

(*Michael Neumann SPD: Die Bekämpfung!*)

– Die Bekämpfung vor allen Dingen.

sollte eigentlich bei hamburg.de gut aufgehoben sein. Dort findet er aber nichts, weil die Links inzwischen abgeschaltet sind, nachdem wir unsere Anfrage gestellt haben, weil sie gemerkt haben, dass da so viel kaputte, gebrochene Links vorhanden sind, dass das ganze Angebot drohte, nur noch zu einer Müllhalde von nicht mehr existierenden Webseiten zu werden. Das war wirklich absurd.

Forum Wachsende Stadt. Herr Müller hat es schon beschrieben. Es ist zweieinhalb Jahre her, dass die Diskussion dort stattgefunden hat. Es fehlt in dieser Stadt nicht an dem technischen Sachverstand, so ein Forum zu organisieren. Die TU Hamburg-Harburg ist ausdrücklich zu loben. Demos hat ein tolles System vorgestellt. Warum nutzen Sie es eigentlich noch nicht wieder? Warum steht das zweieinhalb Jahre zur Verfügung und Sie nutzen es nicht? Und dann die kritischen Anmerkungen. Sie haben die Wettbewerbsgewinner wunderbar unter www.wachsende-stadt.de präsentiert. Dort gibt es keinen Link zu dem Diskussionsforum. Man kann jetzt in der Antwort lesen, dass das noch unter www.demos.tutech.de zu finden ist.

(*Wolfgang Beuß CDU: Können Sie mir das mal erklären? Ich verstehe Sie nicht!*)

– Ja, das kann ich mir vorstellen, dass Sie es nicht verstehen.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Das heißt, wenn man auf die Idee kommt, man möchte zu dem Prozess in dieser Stadt kritische Anmerkungen finden, dann muss man sich eine andere Suchmaschine – zum Beispiel Google oder Yahoo – nehmen, dort wissen, von wem dieses System damals geschrieben worden ist und wie die Stichworte sind. Dann kommt man, wenn man Glück hat, zu den kritischen Anmerkungen zum Thema "Wachsende Stadt". Auf hamburg.de, auf wachsende-stadt.de: Fehlanzeige. Genau so versteht der hamburgische Senat Bürgerbeteiligung. Man pickt sich die Rosinen heraus und lässt die Kritik möglichst weit, weit weg von sich, irgendwo, wo keiner per Zufall hinkommen kann, sondern wo man schon ganz genau wissen muss, wo man sucht.

Ich möchte abschließend noch eine Sache ansprechen. Wir reden morgen über ein Landesbehindertengleichstellungsgesetz. Das steht auf der Tagesordnung. Wir reden darüber, wie wichtig es ist, dass die Stadt barrierefrei ist. Das sollte auch für hamburg.de gelten.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Der Senat zieht sich auf die formale Argumentation zurück, Bundesrichtlinien seien nicht anwendbar, etwas Analoges gäbe es in Hamburg noch nicht und deswegen sei es ihm eigentlich vollkommen egal, ob hamburg.de behindertenfreundlich, barrierefrei ist oder nicht. Das ist ein Skandal.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Es gibt eine wunderhübsche Webanwendung, auf der man sich die Hamburger Theater und Museen angucken

C kann. Für jemanden, der vielleicht mit dem Sehen, mit der Koordination oder womit auch immer Probleme hat, ist dieses Angebot vollkommen unzugänglich. Ich verstehe nicht, warum es bei den Sozialpolitikern oder bei den Menschen in der CDU, die sich mit den Problemen von Menschen mit Behinderungen auseinander setzen, keinen Protest gibt, sondern warum sie so tun, als ob es alles irgendwie in Ordnung sei und als ob man das gar nicht besser machen könnte.

Herr Voet van Vormizeele, Suchmaschinen mögen ja kompliziert sein. Sie haben vorhin gesagt, es sei sehr schwierig, das aktuell zu halten. Andere Städte schaffen das, professionelle Systeme schaffen das. Wenn hamburg.de das nicht schafft, ist es ein Armutzeugnis für die Stadt und nicht irgendetwas, was unvermeidbar wäre.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Präsident Berndt Röder: Meine Damen und Herren, ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Dann kommen wir jetzt völlig untechnisch zur Abstimmung.

Wer stimmt einer Überweisung der Drucksache 18/1690 an den Haushaltsausschuss zu? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich wünsche Ihnen einen guten Heimweg. Die Sitzung ist geschlossen.

D **Schluss: 19.56 Uhr**

Hinweis: Die mit * gekennzeichneten Redebeiträge wurden in der von der Rednerin beziehungsweise vom Redner nicht korrigierten Fassung aufgenommen.

In dieser Sitzung waren nicht anwesend: die Abgeordneten Dr. Barbara Brüning, Dr. Natalie Hochheim, Dirk Kienscherf, Lutz Kretschmann-Johannsen, Dr. Andreas Matzner, Frank-Thorsten Schira.